

87. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Februar 2007, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6642	zur Prüfung etwaiger unzulässiger Maßnahmen bei Einsetzung und Geschäftsbetrieb der „Task Force Fußball-WM 2006“ im Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufgrund von Entscheidungen bis zum 18.04.2005, zur Prüfung damit zusammenhängender etwaiger fehlerhafter Verwendung von öffentlichen Mitteln und zur Prüfung der Frage, ob die damalige Staatsministerin Hohlmeier über etwaige Unregelmäßigkeiten informiert war und diese ggf. nicht verhinderte (Drs.15/4669) (Drs. 15/7190)	
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Dr. Martin Runge	6642		
Ministerbefragung auf Antrag der SPD-Fraktion „Zwischenzeugnisse in Bayern: Sieht die Staatsregierung dem Lehrermangel und dem dramatischen Unterrichtsausfall tatenlos zu?“			
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	6642, 6645	Engelbert Kupka (CSU)	6649, 6675
Staatsminister Siegfried Schneider	6642, 6643, 6644, 6646, 6647, 6648	Karin Radermacher (SPD)	6657
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	6643	Margarete Bause (GRÜNE)	6663, 6670
Simone Tolle (GRÜNE)	6644, 6647	Thomas Obermeier (CSU)	6666
Ingrid Heckner (CSU)	6646	Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	6668, 6674
		Josef Zellmeier (CSU)	6671
		Petra Guttenberger (CSU)	6672
		Eberhard Rotter (CSU)	6673
Schlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage, inwieweit Staatsministerin Hohlmeier über Vorgänge in der CSU, die dem Landeswahlgesetz in Verbindung mit der CSU-Satzung zuwiderliefen und/oder eine Verletzung des Strafgesetzbuches darstellen, informiert war und ggf. diese nicht verhinderte oder sogar aktiv unterstützte,		Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen (s. a. Anlage 1)	
zur Prüfung etwaiger unzulässiger Verquickung von staatlichen Aufgaben mit Parteiarbeiten für die CSU im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, sowie zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Begünstigungen von Mitarbeitern des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus,		Beschluss	6675, 6701
zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Benachteiligungen bzw. Beförderungen einzelner bayerischer Schulleiterinnen und Schulleiter durch Staatsministerin Hohlmeier (Drs. 15/2432) und		Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes (Drs. 15/7387) – Erste Lesung –	
		Verweisung in den Hochschulausschuss	6676
		Mitteilung betr. Absetzung der Eingabe (EB.2319.15) von der Tagesordnung	6676

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7
GeschO **nicht einzeln beraten** werden
(s. a. Anlage 2)

Beschluss 6676, 6703

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimaschutz durch ökologischen Anbau
(Drs. 15/7486)

Ruth Paulig (GRÜNE) 6676
Helmut Brunner (CSU) 6678
Ludwig Wörner (SPD) 6680
Staatsminister Josef Miller 6681, 6683
Ruth Paulig (GRÜNE) (Zwischen-
bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) 6683

Beschluss 6684

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann,
Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt.
(CSU)

**Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter
drei Jahren beschleunigen – Kindergeld und
Ehegattensplitting nicht beschränken**
(Drs. 15/7487)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Joa-
chim Wahnschaffe, Johanna Werner-Muggendorfer
u. a. u. Frakt. (SPD)

**Ausbau von Kinderkrippen beschleunigen – das
BayKiBiG zugunsten der Kinder umgestalten**
(Drs. 15/7501)

Joachim Herrmann (CSU) 6684
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) 6686
Renate Ackermann (GRÜNE) 6688, 6691
Staatsministerin
Christa Stewens 6689, 6690, 6691, 6692
Joachim Wahnschaffe (SPD) 6690, 6691

Beschluss zum CSU-Dringlich-
keitsantrag 15/7487 6693

Beschluss zum SPD-Dringlich-
keitsantrag 15/7501 6693

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr.
Christoph Rabenstein, Susann Biedefeld u. a.
u. Frakt. (SPD)

**Bamberger Domschatz als Leihgabe zum Bis-
tumsjubiläum – sofortiges Handeln notwendig**
(Drs. 15/7488)

Dr. Christoph Rabenstein (SPD) 6693, 6697
Walter Nadler (CSU) 6694, 6696
Susann Biedefeld (SPD) (Zwischen-
bemerkung gem. § 111 Abs. 4 GeschO) 6696, 6699

Christine Stahl (GRÜNE) 6696
Staatsminister Dr. Thomas Goppel 6698, 6699
Melanie Huml (Persönliche
Erklärung gem. § 112 GeschO) 6699

Beschluss 6700

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Transrapid – Planfeststellungsverfahren vor dem
Hintergrund der unwahrscheinlichen Projekt-
Realisierung einstellen** (Drs. 15/7489)

Beschluss 6700

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann,
Thomas Kreuzer, Peter Welnhöfer u. a. u. Frakt.
(CSU)

**Gesetzeslücken im Bereich der nachträglichen
Sicherungsverwahrung schließen** (Drs. 15/7490)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 6700

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Kath-
rin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe u. a.
u. Frakt. (SPD)

**Heroingestützte Behandlung Schwerstabhängi-
ger weiter ermöglichen – Hamburger Bundesra-
tsinitiative unterstützen** (Drs. 15/7491)

hierzu:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Letzte Chance erhalten: Heroinbehandlung wird
Regelangebot der Drogenhilfe** (Drs. 15/7494)

Verweisung in den Sozialausschuss. 6700

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Regulären Unterrichtsbetrieb durch unverzügliche
Aufstockung der mobilen Reserve herstel-
len** (Drs. 15/7492)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-
Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt.
(SPD)

Unterrichtsgarantie an Bayerns Schulen
(Drs. 15/7496)

Verweisung in den Bildungsausschuss 6700

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann,
Thomas Kreuzer, Peter Weinhofer u. a. u. Frakt.
(CSU)

**Für Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug
und gegen Zuwanderung in die Sozialsysteme!**
(Drs. 15/7493)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 6700

Schluss der Sitzung 6700

(Beginn: 09.01 Uhr)

Präsident Alois Glück: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 87. Vollsitzung. Ich begrüße herzlich Presse, Funk, Fernsehen und auch die Fotografen. Sie haben wie immer um Aufnahmegenehmigung gebeten; sie wurde natürlich erteilt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Herrn Kollegen Dr. Runge gratulieren, der heute Geburtstag feiert. Ich wünsche ihm im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Er ist noch nicht anwesend. Ich bitte, es ihm dann auszurichten.

Ich darf zunächst einen Überblick über den voraussichtlichen Sitzungsablauf geben: Wir haben jetzt, 9.00 Uhr, eine Ministerbefragung. Anschließend steht der Schlussbericht des Untersuchungsausschusses auf der Tagesordnung. Gegen 13.00 Uhr wird es eine halbe Stunde Mittagspause geben. 13.30 Uhr folgen die Dringlichkeitsanträge, anschließend die Ersten Lesungen bis zum Sitzungsende gegen 17.00 Uhr.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung

Entsprechend den probeweise geltenden, von der Geschäftsordnung abweichenden Regelungen findet heute die erste Ministerbefragung statt. Die vorschlagsberechtigte Fraktion der SPD hat hierfür als Thema benannt: **„Zwischenzeugnisse in Bayern: Sieht die Staatsregierung dem Lehrermangel und dem dramatischen Unterrichtsausfall tatenlos zu?“**

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister für Unterricht und Kultus. Bevor ich den jeweiligen Fragestellern das Wort erteile, möchte ich ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass jeder Fraktion mindestens zwei Wortmeldungen zustehen und der einzelne Fragesteller nicht länger als 3 Minuten sprechen darf. Es darf also auch kürzer sein. Als zeitlicher Rahmen sind 30 Minuten vorgesehen. Vermutlich werden wir nicht ganz in diesem Zeitraster bleiben, da zwei Sprecher je Fraktion auf jeden Fall die Gelegenheit zur Fragestellung bekommen. Zwischenfragen sind nicht zugelassen, um das von vornherein zu klären. Das haben wir auch gestern im Ältestenrat so besprochen.

Die erste Frage steht der vorschlagsberechtigten SPD-Fraktion zu. Das Wort hat Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister, wir haben nun seit Jahren in Bayern einen Lehrermangel. Die Oppositionsparteien, die Lehrerverbände, die Eltern und Schulen weisen seit Jahren darauf hin.

In den letzten Monaten spitzt sich die Lage zu. Ich darf Ihnen einige Beispiele nennen:

- Grundschule Sankt Leonhard Nürnberg: 6 Wochen Unterrichtsausfall in einer Klasse;
- Grundschule Wendelskirchen: 1. Klasse 5 Wochen ohne Lehrer;
- Grundschule Leuching: 380 Überstunden für Klassenlehrer;
- Volksschule Essenbach: tageweise kein Unterricht;
- Neues Gymnasium Nürnberg: 5 Wochen kein Ersatz für kranke Lehrer;
- Hauptschule Höchstadt: 3 Tage Schule komplett geschlossen;
- Sankt-Anna-Gymnasium München: seit Schuljahresbeginn kein Kunstunterricht in der 6. Klasse;
- Realschule Waldmünchen: Da muss ein 83-jähriger ehemaliger Rektor einspringen für eine kranke Lehrerin

(Unruhe bei der SPD)

Wir wissen aus den Zeitungen, aus den Schulen: Die Eltern müssen einspringen, Klassen werden zusammengelegt, ganze Schulen schließen.

Herr Staatsminister, teilen Sie die Auffassung, dass dies keine Einzelfälle sind, sondern ein strukturelles Lehrerinnen- und Lehrerproblem in ganz Bayern ist, halten Sie die derzeit vorgehaltenen Planstellen für alle Schulen für ausreichend, um den geplanten Unterricht zu garantieren, und wie wollen Sie den Stundenausfall nachhaltig kompensieren, damit sich Eltern auf den Unterricht verlassen können?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Pfaffmann, zunächst einmal können wir festhalten, dass die SPD jetzt Einzelfälle zitiert hat, Einzelfälle, die in einer Zeit passieren können, in der vor allem Krankheiten an der Tagesordnung sind.

(Zurufe von der SPD)

Ich nehme ein Beispiel heraus, das Sie genannt haben, nämlich die Hauptschule in Höchstadt, wo sich an einem Tag in der Frühe von 13 Lehrern 11 Lehrer krankmelden und die zugeteilte Mobile Reserve ebenfalls. Das ist ein Unterrichtsausfall, den Sie nicht vorausberechnen, den Sie auch nicht aufrechnen können. Das ist ein Einzelfall.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweites Beispiel: Ich nehme den Teilbereich Wendelskirchen heraus. Das ist eine ausgelagerte Schule mit zwei Klassen. Eine der Kolleginnen ist schwanger; es ist eine

Risikoschwangerschaft. Die Kollegin geht zum Arzt, wird von diesem von Montag bis Freitag krankgeschrieben und sagt, am folgenden Montag kommt sie wieder. Am Sonntag ruft sie an, dass sie leider nicht kommen und der Unterricht von ihr wieder nicht gehalten werden kann. Auch das ist eine Sondersituation, die eine Vorausplanung nicht zulässt, wenn man davon ausgeht, dass die Lehrkraft in einigen Tagen wieder zur Verfügung steht.

Wir haben trotzdem darauf reagiert und bereits jetzt, zum Halbjahr, zusätzliche Mobile Reserven in Bayern zur Verfügung gestellt. Damit, mit 150 und zusätzlichen 30 Planstellen, wird es gelingen, diese Spitzen abzufedern. Wir werden das auch in Zukunft genau beobachten.

Ich war gestern sowohl in Landshut als auch in Dingolfing-Landau und habe mit dem Leiter des dortigen Schulamts gesprochen, um zu schauen, woran es liegt, dass in manchen Bereichen bestimmte Spitzen da sind. Diese bestimmten Spitzen werden wir auch in Zukunft genau beachten. Ich habe diese 30 zusätzlichen Planstellen, die ich gezielt einsetzen kann, und mein Anliegen ist es, trotz dieser Spitzenbelastung das leisten zu können, was auch finanziell leistbar ist.

Ich möchte aber auch deutlich machen, dass Unterrichtsausfall – wenn denn eine Differenzierung aufgehoben wird – nicht unbedingt heißt, dass Unterricht entfällt, sondern es findet halt keine Teilung statt, sondern es werden von einer Lehrkraft dann zwei Gruppen betreut.

Wir haben vor Weihnachten über 14 Tage hinweg den Unterrichtsausfall in Bayern gemessen mit einem Vorgehen, das 1999 im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags auf Antrag der SPD zwischen allen Fraktionen so vereinbart wurde: in welchem Zeitrahmen wir messen, welche Schulen wir auswählen, welche Fragen wir stellen. Man war damals der Meinung, dass man genau unterscheiden soll, ob Unterricht ersatzlos ausfällt oder ob er vertreten wird.

Das Ergebnis dieser Umfrage Ende vergangenen Jahres zeigt, dass im Volksschulbereich 1,4 % des Unterrichts ausfallen. Das ist ein Wert, der sich deutschlandweit wirklich mehr als sehen lassen kann, und er ist auch ein Ergebnis dessen, dass wir in den letzten Jahren permanent zusätzliche Planstellen zur Verfügung gestellt und auch die Mobile Reserve erhöht haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Professor Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Staatsminister, teilen Sie meine Auffassung, dass es bei über 5000 Schulen in Bayern durchaus vorkommen kann, dass entsprechende Versorgungsprobleme in Einzelfällen auftreten können

(Heiterkeit und Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und dass wir uns in Bayern besonders mit Blick auf die Entwicklung bei Lehrereinstellungen

(Unruhe bei der SPD)

und bei Bildungsausgaben pro Schüler auch im Vergleich mit anderen Ländern sehen lassen können – –?

– Ja, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, hören Sie sich doch wenigstens erst einmal die Frage an!

(Zuruf von der SPD: Das ist keine Frage, sondern bereits die Antwort!)

– Ich habe die Frage so gestellt, Herr Präsident,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ob er meine Einstellung teilt, dass es eben so ist,

(Widerspruch bei der SPD)

dass sich Bayern auf einem guten Weg befindet, wenn man die Anzahl der Lehrereinstellungen und die Bildungsausgaben pro Schüler betrachtet.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren! Diese Art der Befragung kann nur lebendig sein, wenn gleichzeitig wechselseitig ein gewisses Maß an Selbstdisziplin herrscht.

(Beifall bei der CSU)

Das Wort hat der Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried (Kultusministerium): Zumindest sollte man dem Minister die Möglichkeit geben, die Frage zu verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es wäre schon etwas, wenn man dem Minister, bevor er antwortet, die Chance gibt, die Frage zu verstehen.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, auch Sie – –

Präsident Alois Glück: Also, bitte. Wir führen keine Zwiegespräche mehr. Das Wort hat der Herr Staatsminister. Bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich glaube, auch die Opposition ist daran interessiert, dass sie ihre Fragen stellen kann. Darum bitte ich, dies auch der CSU-Fraktion zu ermöglichen. Vor allem ich lege Wert darauf, dass ich die Fragen beantworten kann.

Wir haben mehr als 5000 Schulen und haben in den vergangenen zehn Jahren etwas mehr als 6000 zusätzliche Lehrerplanstellen an bayerischen Schulen geschaffen. Wir haben in den letzten drei Jahren mehr als 1600 zusätzliche Planstellen in Bayern geschaffen. Wir haben in diesem Schuljahr insgesamt 1950 Planstellen für Mobile Reserven.

Nur ein Beispiel: Mittlerweile teilt in Berlin der neue Bildungssenator Zöllner von der SPD den Schulen mit, dass sie für 100 Lehrer entweder drei Mobile Reserven oder das Geld dafür bekommen, dass sie sich auf dem freien Markt Leute suchen können. Also, für 100 Lehrer drei Mobile Reserven. Wir haben eine Mobile Reserve für 17 Klassen. Das heißt, wir haben für circa 60 Lehrer drei Mobile Reserven, in Berlin sind es für 100 Lehrer drei Mobile Reserven.

Das zeigt sehr deutlich, dass wir in Bayern sehr stark in Bildung investieren. Wir geben in Bayern pro Schüler im Schnitt 5200 Euro aus. Das ist mit Abstand der höchste Betrag aller westlichen Flächenländer. Nur ein Vergleich: Das von der SPD regierte Land Rheinland-Pfalz gibt 4600 Euro pro Schüler aus, bei uns sind es 5200 Euro.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Hört, hört!)

Um das deutlich zu machen: Vielleicht haben Sie heute die Presse gelesen und auch die Studie der UNICEF nachvollzogen. Diese Investition in bayerische Bildungspolitik lohnt sich; denn die neueste Studie belegt, dass Deutschland im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften auf Platz 11 der untersuchten Länder liegt. Es gibt ein Land in Deutschland, das überhaupt in der Spitzengruppe dabei ist, nämlich Bayern, und zwar auf Platz 2 nach Finnland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Sie können das heute im „Münchner Merkur“ und in anderen Zeitungen nachlesen. Bayern ist das einzige Land in Deutschland, das international mithalten kann, und befindet sich international nach Finnland auf Platz 2. Das ist das Ergebnis auch unserer Investitionen in Bildung.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister!

(Unruhe)

Präsident Alois Glück: Einen Moment, bitte. Das Wort hat Frau Kollegin Tolle. Ich weiß nicht, weshalb jetzt auf beiden Seiten Aufregung herrscht. Können wir uns wieder beruhigen? – Einen kleinen Moment, Herr Staatsminister, es pressiert nicht. Zunächst warten wir, bis wieder Ruhe im Haus ist. – Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, ich stelle fest, in Bayern gibt es ziemlich viele Sonderfälle. Wenn Sie registrieren, dass der Sonderfall nahezu zur Regel wird, ist es, glaube ich, das Gebot der Stunde, dass Sie diese Sonderfälle regeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere mich sehr genau an die Zeit, als Sie vor zwei Jahren noch Vorsitzender des Bildungsausschusses waren. Damals war die Situation hinsichtlich des Lehrermangels ähnlich.

Ich will Ihnen nur zum Beweis dafür, dass wir viele Sonderfälle haben, noch einmal ein paar Beispiele nennen. Ein 67-jähriger Professor und fünf Lehramtsstudenten unterrichten am Carl-Orff-Gymnasium in Unterschleißheim regelmäßig als Aushilfslehrer. In Neuried wird Sportunterricht zusammengelegt. Ich zitierte: Bis zu 50 Kinder werden gleichzeitig durch die Halle gejagt. – In Kirchdorf wurden die 2. und 3. Klasse zwangsfusioniert. Nach Mobilien Reserven fragt die Direktorin erst gar nicht, weil sie weiß, dass es keine gibt. Im Kreis Dachau ist die Mobile Reserve rasant geschmolzen. Von 29 Springern sind 23 fest verplant.

In der „Süddeutschen Zeitung“ konnten wir alle von einem Schulleiter namens Pfeffer lesen, dass er in diesem Jahr schon zweimal einer Klasse unterrichtsfrei geben musste, weil das für ihn der letzte Ausweg war. Er sah auch keine Chance, an Mobile Reserven heranzukommen. Dabei hätte er zu Spitzenzeiten gut drei Aushilfslehrer brauchen können.

Die Beispiele, Herr Minister, sind nur eine Auswahl aus einer Palette, für die drei Minuten Redezeit nicht reichen. Herr Pfeffer hat auch gesagt, die personelle Zuweisung vom Staat sei von Anfang an zu gering gewesen. Damit setze sich eine Entwicklung fort, die er seit fünf Jahren beobachte. Er sagt weiter, dass er immer weniger Lehrerstunden zugewiesen bekomme. Sein Vertrauen in die Unterstützung der Schulen sei verloren gegangen.

Ich frage Sie nun: Wie wollen Sie dieses Vertrauen mit 180 zusätzlichen Stellen wiederherstellen, wenn im Haushalt den Volksschulen in diesem Jahr 1300 Stellen und im nächsten Jahr noch einmal 300 Stellen weggenommen werden? Wo kommen haushaltstechnisch die von Ihnen gestern versprochenen zusätzlichen 180 Lehrerstellen her?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Kollegin Tolle, Sie berichten ja selbst von Sonderfällen.

(Unruhe bei der SPD)

Ich nehme das Beispiel Unterschleißheim. Das ist ein Gymnasium. Dort gibt es aufgrund des Fachlehrerprinzips kaum Mobile Reserven, weil es wenig Sinn macht, wenn ich einen Deutschlehrer als Mobile Reserve habe und Mathematik- oder Sportunterricht ausfällt. Deshalb hat das Gymnasium ein Budget. Es organisiert selbst Aushilfskräfte. Das liegt also in der Verantwortung des Schulleiters vor Ort. Ich habe selbst mit dem Schulleiter in Unterschleißheim gesprochen und bin sehr froh, dass er sehr darauf bedacht ist, den Schülern das bestmögliche Angebot zu machen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein etwas älterer Herr und auch jüngere Menschen ein sehr gutes Angebot für junge Schülerinnen und Schüler machen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Als zweites Beispiel ist von Ihnen Kirchdorf angesprochen worden. Ich weiß, dass die Schulleitung die Art und Weise, wie das in der Presse dargestellt worden ist, so nicht akzeptiert und auch Widerspruch erhoben hat.

Zum Thema Mobile Reserven: Bayern ist so ziemlich das einzige Land, das eine solche Qualität an Mobilien Reserven hat. Es gibt 1950 Mobile Reserven. Sie sind gerade dazu da, Ausfälle zu kompensieren. Dann gibt es in einem Schulamt auch Sonderfälle.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich nehme das Beispiel, das ich heute im Radio gehört habe. In Nürnberg sind im langjährigen Mittel in der Regel 20 Lehrerinnen schwanger. In diesem Jahr sind es mehr als 60.

(Beifall bei der CSU)

Ich nehme das Beispiel Dingolfing, weil ich gestern dort war. Die Schulamtsdirektorin sagt mir, im langjährigen Mittel gebe es acht bis neun Schwangerschaften pro Schuljahr. In diesem Jahr seien es 20. Das ist eine Situation, die uns alle freuen sollte, aber das heißt natürlich,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass wir im September bei den Planungen von einem langjährigen Mittel ausgehen. Diese 180 Stellen dienen dazu, in bestimmten Bereichen, in denen in der Tat die Mobile Reserve durch Krankheitsfälle, Risikoschwangerschaften, Mutterschaft usw. länger gebunden ist, schwerpunktmäßig intervenieren zu können. Wo kommen diese Stellen her? Die Wiederbesetzungssperre wurde insoweit aufgelöst. Daraus gewinne ich dieses zusätzliche Potenzial. Ich bin sehr dankbar, dass wir mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses vereinbart haben, dass wir, falls diese Zahl nicht ausreichen sollte und Spitzenbelastungen auftreten sollten, zusätzlich auch noch etwas einrichten können.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich aber an dieser Stelle auch ganz herzlich bei den Schulleitern und bei den Lehrkräften bedanken, die in einer Zeit, in der durch grippale Infekte und andere Dinge besonders viele Krankheiten verursacht werden, bereit sind, Mehrarbeit zu leisten, die bereit sind, eine höhere Belastung zu tragen, indem sie eine Klasse einmal mitführen, oder dadurch, dass eine Differenzierung nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Insgesamt haben wir festzustellen – Sie werden von mir die Erhebung bekommen und im nächsten Bildungsausschuss sicherlich diskutieren –, dass – untersucht an über 490 Schulen – der Unterrichtsausfall nicht gestiegen ist, sondern im Gegenteil bis auf eine Schulart in jeder Schulart zurückgegangen ist. Ich werde für das nächste Jahr einen Schulversuch, das sogenannte Forchheimer Modell, ausweiten, bei dem man im September und Oktober noch nicht alle Planstellen der Mobilien Reserve zuteilt, sondern dem Schulamt in Form von ein, zwei oder drei Mobilien Reserven Mittel und Zusatzstunden gibt, damit es in bestimmten Bereichen, wenn besonderer Ausfall zu verzeichnen ist, stärker reagieren kann.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alle, mit denen ich bisher gesprochen habe – nämlich in den Schulamtsbezirken, die diesen Modellversuch in diesem Schuljahr durchführen; er wird in jedem Regierungsbezirk von einem Schulamt bzw. der Regierung durchgeführt –, sagen mir: Das ist der richtige Weg, und diesen werden wir auch konsequent weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Wir kommen zum zweiten Durchgang. Nochmals Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Staatsminister, auch wir bedanken uns bei den Lehrerinnen und Lehrern und bei den Eltern,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

die die Planungsfehler der CSU in Personalfragen mit hohem Engagement einigermaßen kompensiert haben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, Herr Staatsminister, auch Ihnen ist bekannt, dass der Winter jährlich wiederkehrt und dass Frauen schwanger werden können.

(Zurufe von der CSU: Ha, ha! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich gehe davon aus, dass man in dieser Zeit einen gestiegenen Bedarf hat, so wie es den täglichen Berichterstattungen zu entnehmen ist. Deswegen möchte ich eine zweite Frage stellen, obwohl Sie meine erste Frage gar nicht beantwortet haben.

Sind Sie denn bereit, aufgrund des offensichtlich gestiegenen Bedarfs an Mobiler Reserve – wegen gestiegener Krankheitszeiten und auch mehr Schwangerschaften – den vorhandenen 1000 Bewerberinnen und Bewerbern um eine Planstelle an den Schulen ein Einstellungsangebot zu machen, um künftig den Unterrichtsausfall an den Schulen nachhaltig zu verhindern, der offensichtlich auf einen strukturellen, grundsätzlichen Lehrermangel zurückgeht und kein Einzelfall ist?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich habe bereits gesagt, dass wir dem gestiegenen Bedarf zum Halbjahr entgegenzutreten werden, indem wir den Umfang von 150 zusätzlichen Planstellen um weitere 30 erhöhen. Das sind über 5000 Lehrerstunden, die nach den Frühlings- oder Faschingsferien zusätzlich zur Verfügung stehen, um Spitzenbedarfe besser abfedern zu können.

Den Dank, den Sie an die Lehrkräfte richten, habe ich ebenfalls ausgesprochen. Ich danke auch den Eltern. Aber es ist nicht so, wie in der Presse in dem einen Fall kolportiert wurde, dass Eltern dreimal in der Woche mit den Schülern Mathe und Deutsch pauken mussten. Ich habe nachfragen lassen, weil das natürlich ein Thema wäre, mit dem man sich auseinandersetzen müsste.

(Zurufe von der SPD)

Tatsache ist nach Rückmeldung des Schulleiters: In einer Woche haben die Eltern, um einer Übergangssituation besser gerecht zu werden, angeboten, dass sie Beaufsichtigungen durchführen. Am Mittwoch wurden zwei Stunden in der Frühe und die beiden letzten Stunden und am Freitag wurden zwei Stunden in der Frühe von Eltern beaufsichtigt. Es wurde mit Kindern gelesen. Es handelt sich um eine erste Klasse. Wenn wir sagen, das sei unverantwortlich, da werde gepaukt, werden wir der Situation nicht gerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Schulämter haben jetzt die Kapazitäten zugewiesen bekommen. Die Schulämter sind auch fleißig am Telefonieren – ich sage das sehr deutlich –, um Lehrkräfte zu gewinnen, die sich in Erziehungsurlaub befinden, die in der Beurlaubungsphase sind, dass sie in die Schule zurückkommen. Denn, Herr Kollege Pfaffmann, es ist nicht so, dass die Bewerber en masse auf der Straße stehen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Über 1000!)

– Überhaupt nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jeden Absolventen in der Realschule und jeden in der Hauptschule angestellt. Jeder hat ein Angebot bekommen. Wir haben bis auf die Fächerkombinationen mit Kunst am Gymnasium jedem ein Angebot gemacht. Der einzige Bereich, in dem ursprünglich 500 nicht eingestellt worden sind, war der Grundschulbereich. Hier hatten wir mehr Bewerber.

Nun sage ich aber auch deutlich: Ich habe den Gymnasien das Angebot gemacht, in den ersten beiden Jahrgangsstufen – fünf und sechs – auch studierte Grundschullehrkräfte in ihrem Fach einzusetzen. Das wurde leider, auch von den Gymnasien selbst, als nicht tragfähig angesehen. Ich bin anderer Meinung. Diese Angebote müssen wir auch in Zukunft machen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darin unterstützen wir Sie auch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht so, dass 1000 Bewerber auf der Straße stehen. Vielmehr sind sie in privaten Volksschulen, in privaten Förderschulen und in Berufsschulen untergekommen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Weil Sie sie nicht angestellt haben!)

– Weil ich sie nicht angestellt habe. Aber – Sie werden es nicht glauben, Herr Pfaffmann – sie unterrichten auch bayerische Schüler, zwar nicht an einer staatlichen, aber an einer privaten Schule.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber Sie haben sie nicht eingestellt!)

Sie werden doch nicht sagen, dass die Schüler an einer privaten Schule nicht das Recht haben, unterrichtet zu werden. Selbstverständlich sind sie untergekommen. Wer im Staatsdienst nicht eingestellt wird, hat die Möglichkeit in einem ganz großen Umfang im Privatschulbereich.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir reden davon, dass sie in staatlichen Schulen fehlen!)

Sie müssen immer sehen, dass eine Vielzahl von Gymnasien und Realschulen in kirchlicher Trägerschaft und Förderschulen in privater Trägerschaft darauf angewiesen ist, dass auch ihnen noch ein paar Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Sehr verehrter Herr Minister, wir wissen alle, dass der Vertretungsfall, in dem Mobile Reserven eingesetzt werden müssen, vielfältiger Natur sein kann. Dazu gehören Grippewellen, wie wir sie derzeit haben, dazu gehören Schwangerschaften. Herr Pfaffmann, mir ist nicht bekannt, dass Schwangerschaften zwölf Monate dauern, sodass sie konkret planbar sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dazu gehören auch vorzeitige Dienstunfähigkeiten. Die Verfahren mit Amtsarzt und Personalvertretungen – das wissen wir auch alle – können sich über Monate hinziehen, und es kann nicht so geplant werden, dass die Lehrkräfte immer pünktlich zum Schuljahresbeginn ersetzt werden.

Sehr geehrter Herr Minister, es gibt das sogenannte Forchheimer Modell, das Sie angesprochen haben. Sie haben auch den Vertretungsfall an den Gymnasien angesprochen und dargestellt, dass durch Budgets vor Ort Mobile Reserven sehr flexibel und wirklich auch bei Spitzenausfällen eingesetzt werden können.

Ich frage Sie: Ist es denn denkbar, dass wir dieses Forchheimer Modell, das jetzt in der Fläche bei einigen Schulämtern erprobt wird, wirklich flächendeckend in ganz Bayern anwenden, damit wir den Unterricht auch bei einem solchen Spitzenbedarf abdecken können und verschiedenen Kräften in Bayern nicht die Möglichkeit gegeben wird, aus Einzelfällen strukturelle Katastrophen zu basteln?

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Kollegin Heckner, sicherlich wird künftig noch stärker als bisher das Prinzip der Flexibilität notwendig sein. Das ist nicht nur ein Thema in Bayern, sondern überall. Ich verweise auf Hessen, wo mit der „Unterrichtsgarantie Plus“ jede einzelne Schule Geld bekommt und vor Ort schauen muss, wie sie Unterrichtsvertretungen organisiert. Ich habe mit den Hessen bereits Kontakt. Wir haben uns ausgetauscht und vereinbart, auch dieses Modell anzuschauen.

Unser Modell, das Forchheimer Modell, sieht vor, dass die Zuweisung an das Schulamt mit einer bestimmten Anzahl an Mobilen Reserven bleibt – das orientiert sich an den Klassen- und an den Schülerzahlen –, dass aber das Schulamt einen Teil dieser Zuteilung nicht in Form einer Person, sondern in Form von Zusatzstunden und von Geldmitteln erhält. Weil in der Regel im September und im Oktober sowie im Juni und im Juli weniger krankheitsbedingte Ausfälle zu verzeichnen sind, besteht somit die Möglichkeit, das Geld in diesen Zeiten einzusparen, um es in den Monaten mit mehr Ausfall gezielter einzusetzen.

Wir erproben das derzeit in Forchheim, in Donau-Ries, in Fürth-Schwabach, in Haßberge, in Schwandorf, bei der Regierung von Niederbayern und der Regierung von Oberbayern, also an zwei Bezirksregierungen und in fünf Schulämtern. Wir wollen wissen, inwieweit es sinnvoll ist, Kompetenzen nach unten zu verlagern. Ich persönlich bin der Überzeugung – und das zeigen auch die ersten Rückmeldungen –, dass wir es an die Schulämter geben und dort einen gewissen Puffer zur Verfügung stellen sollten. Das Schulamt ist beauftragt, einen Pool zu gewinnen. So könnte eine Lehrkraft, die in Elternzeit ist, beispielsweise sagen, ich halte mich für vier Wochen an bestimmten Schulen bereit, sodass man das telefonisch veranlassen kann.

Wir müssen dabei natürlich die eine oder andere standespolitische Diskussion führen. Ich hoffe, dass da nicht zu viel Sperrfeuer kommt. Wir müssen BAT-Fragen klären: Wie sind die Verträge zu gestalten, um möglichst flexibel

zu sein? Wenn keine Bereitschaft da ist, auch ungewohnte Möglichkeiten zu diskutieren und umzusetzen, wird es schwieriger. Wenn die Offenheit da ist, auch unkonventionelle Wege zu gehen, dann werden wir es auch schaffen, mit einem größeren Maß an Flexibilität schneller und gezielter reagieren zu können.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Fragestellerin: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister! Zum Forchheimer Modell habe ich eine Anmerkung: Wenn es genauso läuft wie bei den Arbeitsverträgen für die Lehrer an den Ganztagschulen, dann wird mir angst und bange. Da war es nämlich schon im Dezember so, dass Sie teilweise kein Geld hatten. Das war ein hochbürokratischer Aufwand, sodass ich glaube, dass sehr viele von einem Arbeitsvertrag mit der Staatsregierung Abstand nehmen werden.

Zweite Bemerkung. Sie haben mir geantwortet, Sie wollten diese 180 Stellen für die Mobile Reserve über die Wiederbesetzungssperre beschaffen. Ich stelle fest: Sie schaffen also keine neuen Stellen, sondern Sie schneiden sie sich durch haushaltstechnische Tricks aus den Rippen. Ich denke, das wird das Problem nicht grundsätzlich lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Problem ist aus meiner Sicht, dass zwar der Sonderfall geregelt wird, dass Sie aber den Hauptschulen – im Haushalt ist das der Volksschulbereich – jedes Jahr Stellen streichen. Ich möchte es noch einmal sagen: in diesem Jahr mindestens 1300 und im nächsten Jahr mehr als 300.

Ich möchte Sie auch noch einmal daran erinnern, Herr Minister, dass nach der letzten Erhebung, die Sie gemacht haben, die nicht erteilten Lehrerstunden im Volksschulbereich bei 7,76 % lagen, an den Realschulen bei 9,97 % und an den Gymnasien bei 8,33 %.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie gestern äußerten, der teilweise Rückgang um 0,1 % sei ein Erfolg, so möchte ich Ihnen sagen: Das ist kein Erfolg, den Sie da erreicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sich Mühe gegeben zu haben, ist kein Erfolgskriterium an sich. Ihre Mühe war erfolglos, und die Situation zeigt sehr genau, welchen Stellenwert der Bildungsbereich und welchen Stellenwert Sie, Herr Minister, bei der CSU-Fraktion haben. Er ist nämlich sehr gering.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen des Abgeordneten Joachim Herrmann (CSU))

Ich will Ihnen noch ein weiteres Beispiel für erfolglose Bemühungen vorhalten. Seit 1999, also seit sieben Jahren, gibt es eine vorübergehende Kürzung des Unterrichts in den Jahrgangsstufen 5 und 6 der Realschule auf 28 bzw. 29 Wochenstunden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wo ist die Frage? – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die muss erst zum Schluss kommen! Bitte beschäftigen Sie sich einmal mit dem Thema Ministerbefragung!)

Schulschwänzer, Herr Minister, müssen mit Konsequenzen rechnen, wenn sie ihre Schulpflicht nicht erfüllen. Aus der Schulpflicht ergibt sich auch die Verpflichtung der Staatsregierung, Unterricht zur Verfügung zu stellen. Ein Wort schreiben Sie immer groß, Herr Minister: Leistung. Herr Minister, wann und wie wollen Sie Ihren Teil erfüllen und sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler in Bayern den ihnen zustehenden Unterricht erhalten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich versuche, die verschiedenen Fragen abzuarbeiten.

Zunächst einmal haben wir zum Beispiel bei uns eine andere Situation als in Hessen. Hessen ist nicht in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Bayern ist in dieser Tarifgemeinschaft, das heißt, jede Unterrichtsvertretung muss über BAT behandelt werden. Sprechen Sie mit dem Hauptpersonalrat. Davon können Sie nicht einfach abweichen, sondern das müssen Sie sauber über BAT-Verträge abwickeln.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): TVöD!)

Das ist eines der Themen, die ich angesprochen habe, die wir angehen müssen. Um mehr Flexibilität zu bekommen, muss es auch mehr Möglichkeiten vor Ort geben. Wir müssen zugestehen, dass BAT-Verträge sehr kompliziert sind. Wenn ich jeden Teil dieses Vertrages erfüllen will, dauert es eben etwas länger.

Zweites Thema: Wiederbesetzungssperre.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe Ihnen recht, dass das im Haushalt nicht erscheint. Aber weder die Lehrkräfte noch die Schüler haben großes Interesse, auf den Haushaltsplan zu schauen, sondern wollen, dass Lehrer da sind. Wenn ich die Wiederbesetzungssperre aufhebe, habe ich mehr Lehrer zur Verfügung, und entscheidend ist doch, dass ich mehr Lehrer im Unterricht habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Drittes Thema: 6,9 % ist im Volksschulbereich der Anteil des Unterrichts, der nicht von der Lehrkraft erteilt wird, die am ersten Schultag in dieser Klasse eingeteilt war.

Wenn Sie nicht akzeptieren, dass Mobile Reserven diesen Unterricht übernehmen dürfen, dann haben Sie recht, dass 6,9 % ausfallen. Aber wenn Sie akzeptieren, dass auch eine Mobile Reserve wertvollen Unterricht macht, dann müssen Sie den Anteil der Mobilien Reserven abziehen. Dadurch reduziert sich der „Unterrichtsausfall“ für die entsprechende Lehrkraft von 6,9 % auf diese 1,4 %. Da sind auch Auflösungen und Differenzierungen dabei, aber der Großteil des nicht nach dem Stundenplan gegebenen Unterrichts wird über Mobile Reserven ausgeglichen.

Viertes Thema: Ich habe gestern mit keiner Silbe von Erfolg gesprochen, auch hier nicht. Ich habe nur deutlich gemacht, dass wir in Bayern wie in keinem anderen Land Aushilfskräfte zur Verfügung haben und Aushilfskräfte einstellen. Ein Minus von 0,1 Prozentpunkten ist genauso wenig ein Erfolg, wie ein Plus von 0,1 Prozentpunkten ein Misserfolg wäre. Wir haben eine Situation, die etwas besser ist, als die im vergangenen Jahr festgestellte, und die bedeutend besser ist, als die, die im Jahr 2000 festgestellt wurde. Das darf man feststellen. Mehr habe ich nicht gesagt.

Unser Anliegen ist es, gerade in Spitzenzeiten zusätzlichen Bedarf festzustellen. Wir messen das kurz vor Weihnachten und jetzt Ende Februar/Anfang März, in Zeiten, in denen man davon ausgehen kann, dass neben dem normalen Ausfall durch grippale Infekte ein zusätzlicher Bedarf vorhanden ist. Das wurde im Einvernehmen aller Parteien damals im Bildungsausschuss so festgelegt. Wir messen das an den Kriterien an den Standorten zu diesem Zeitpunkt und können feststellen, dass der Bedarf nicht gestiegen, sondern im Vergleich zum letzten Jahr leicht zurückgegangen ist.

Sie haben behauptet, der Bildungsbereich habe nicht die nötige Wertschätzung. Es gibt seit Jahren keinen Bereich, dessen Mittel im Haushalt so stark ansteigen, jedes Mal stärker als der Gesamthaushalt. Ich habe es schon gesagt: seit 1999 über 6000 zusätzliche Planstellen. Sie können weit gehen, bis Sie so etwas finden, in den letzten drei Jahren ein Plus von über 1600 Planstellen.

Das Thema Realschule ist nicht irgendeine Boshaftigkeit, sondern bei der Einführung der R 6 – Sie haben sie sowieso abgelehnt – haben wir gesagt, wir können in der 5 und 6. Jahrgangsstufe das Stundenmaß nicht erhöhen. Erst dann, wenn insgesamt wieder mehr Luft besteht, bleibt die Option, dass man eine Stunde mehr an der Realschule gibt. Es wurde nie über eine Kürzung debattiert, es ist auch keine Kürzung, sondern wir haben damals als Ziel festgelegt, in der 5. und 6. Jahrgangsstufe auf die 30. Stunde zu kommen. Gleiches gilt für die Hauptschule, und das ist auch ein Ziel, das wir in den nächsten Jahren anvisieren und, soweit es irgendwie finanziell machbar verantwortbar ist, auch realisieren werden.

Insgesamt müssen wir natürlich Prioritäten innerhalb des Bildungsbereichs setzen. Sie können nicht gleichzeitig alles fordern: dass alle Schulen Ganztagschulen sind, dass kein Lehrer mehr als 20 oder 25 Schüler haben darf, dass überhaupt kein Unterricht ausfallen darf. Das ist ein Wunschprogramm. Das kann sich die Opposition leisten

– es sei Ihnen vergönnt –, verantwortbar ist es nicht, und deswegen können wir es auch nicht leisten.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bildungspolitisch verantwortbar wäre es schon!)

Präsident Alois Glück: Damit, meine Damen und Herren, ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen und auch die erste Ministerbefragung, die wir nach den neuen Regeln gemacht haben. Ich danke allen Beteiligten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Schlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage, inwieweit Staatsministerin Hohlmeier über Vorgänge in der CSU, die dem Landeswahlgesetz in Verbindung mit der CSU-Satzung zuwiderliefen und/oder eine Verletzung des Strafgesetzbuches darstellen, informiert war und ggf. diese nicht verhinderte oder sogar aktiv unterstützte,

zur Prüfung etwaiger unzulässiger Verquickung von staatlichen Aufgaben mit Parteiarbeiten für die CSU im Staatsministerium für Unterricht und Kultus, sowie zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Begünstigungen von Mitarbeitern des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus,

zur Prüfung etwaiger rechtswidriger Benachteiligungen bzw. Beförderungen einzelner bayerischer Schulleiterinnen und Schulleiter durch Staatsministerin Hohlmeier (Drs. 15/2432) und

zur Prüfung etwaiger unzulässiger Maßnahmen bei Einsetzung und Geschäftsbetrieb der „Task Force Fußball-WM 2006“ im Staatsministerium für Unterricht und Kultus aufgrund von Entscheidungen bis zum 18.04.2005, zur Prüfung damit zusammenhängender etwaiger fehlerhafter Verwendung von öffentlichen Mitteln und zur Prüfung der Frage, ob die damalige Staatsministerin Hohlmeier über etwaige Unregelmäßigkeiten informiert war und diese ggf. nicht verhinderte (Drs. 15/4669) (Drs. 15/7190)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde im Ältestenrat eine Redezeit von 60 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der Vorsitzende erhält zusätzlich eine Redezeit von 10 Minuten für allgemeine Ausführungen zu dem Untersuchungsausschuss. Der Herr Kollege Kupka will diesen Teil bereits mit seinem Redebeitrag für die CSU-Fraktion verbinden. Damit hat Herr Kollege Kupka das Wort.

Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 16. Dezember 2004 wurde der Untersuchungsausschuss „Monika Hohlmeier“ vom Parlament eingesetzt. Mit Beschluss vom 26.01.2006 erweiterte der Landtag den Untersuchungsauftrag um den Bereich „Task Force Fussball-WM 2006“. Der Ausschuss hat 36-mal getagt, 85 Zeugeneinvernahmen sowie zwei Anhörungen von Monika Hohlmeier durchgeführt. Allein

diese Zahlen machen deutlich, welchen Arbeitsaufwand alle am Verfahren Beteiligten zu bewältigen hatten. Ich darf deshalb meinen Ausführungen Worte des Dankes voranstellen: Ich danke allen Mitgliedern dieses Ausschusses, vor allem meiner Stellvertreterin, Frau Karin Radermacher, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen. Es ging nämlich nicht nur darum, an den Sitzungen teilzunehmen, sondern es waren eine umfangreiche Vorarbeit und eine ebenso umfangreiche Nacharbeit notwendig. Ein besonderes Dankeschön gilt auch dem Landtagsamt; auch Ihnen Herr Präsident, denn auch Sie hatten sich eingeschaltet; vor allen Dingen aber Herrn Dr. Gremer und seinem Team, die für die Vorbereitungen und für die Beratungen in den Sitzungen verantwortlich waren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

Besonderen Respekt haben uns die Leistungen der Stenografinnen und Stenografen abverlangt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

Wir konnten an den Sitzungen noch einigermaßen relaxed teilnehmen, aber sie mussten alles mitschreiben, und das haben sie außerordentlich exakt und hervorragend gemacht. Das war uns die notwendige Hilfe, um den Schlussbericht erstellen zu können.

Ich danke den Vertretern der Ministerien und der Staatskanzlei, die uns für Fragen zur Verfügung standen, ebenso wie den Offizianten, die für unser leibliches Wohl sorgten und für uns alle technischen Voraussetzungen schufen. Nicht zuletzt möchte ich mich bei den Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen bedanken, auch wenn wir nicht immer mit dem einverstanden waren, was geschrieben worden ist. Aber das ist auch nicht notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf den Ergebnissen dieser umfangreichen Arbeit des Untersuchungsausschusses basieren der Schlussbericht, die Beschlussfassung des Ausschusses vom 25.01.2007 sowie meine heutige Stellungnahme. Danach kann, kurz zusammengefasst, Folgendes festgestellt werden. Zunächst zu **Teil A:** Kenntnis von bzw. Beteiligung an strafbaren Handlungen.

1. Es gibt keinerlei Beweise für eine Beteiligung von Monika Hohlmeier an den vor dem Amtsgericht München verhandelten Straftaten. Das belegen vor allem die Aussagen der Vertreter der Staatsanwaltschaft. Es gibt auch keinen Zeugen, der etwas anderes behauptet.
2. Mit Ausnahme von Maximilian Junker, dessen Aussagen mit erheblichen Widersprüchen behaftet sind, gibt es keinen Zeugen, der behauptet, Monika Hohlmeier habe von Anfang an sogenannten Mitgliederkäufen, angeblich erkaufte Abstimmungsverhalten und dem Zurückhalten von Aufnahmeanträgen gewusst. Nach Aussagen von unmittelbar an den

Vorgängen beteiligten Zeugen sollte Monika Hohlmeier vielmehr gerade nicht informiert werden.

3. Anlass zu kritischen Anmerkungen gibt es dagegen in zwei Bereichen, wo sich allerdings weder die Frage nach dem Strafrecht noch nach sonstigen Rechtsverletzungen stellt.
 - Nach den ersten Hinweisen auf mögliche Unregelmäßigkeiten oder sogar Fälschungen wäre zur umgehenden Aufklärung eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Kreisvorsitzenden Hans Podiuk, der designierten Bezirksvorsitzenden Monika Hohlmeier und dem noch amtierenden Bezirksvorsitzenden Johannes Singhammer angezeigt und erforderlich gewesen.
 - Bei der Diskussion im Bürklein-Zimmer des Bayerischen Landtags hätten Äußerungen, die als persönliche Bedrohung empfunden werden können, und insbesondere das Hineinziehen von Familienangehörigen unterbleiben müssen.

Teil B: Vorgänge im Staatsministerium für Unterricht und Kultus

1. Gespräche über reine Parteiangelegenheiten sollten nicht in Räumen eines Ministeriums stattfinden.
2. Die Fülle der erteilten Nebentätigkeitsgenehmigungen muss nicht zuletzt mit Blick auf die Handhabung in anderen Ministerien als überzogen angesehen werden. Nebentätigkeiten sollten sich im Zweifel auf Bereiche beschränken, die nicht Anlass zu Rechtfertigungsdebatten geben.

Teil C: Personalentwicklungspraxis innerhalb des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

1. Für ein Mitglied der Staatsregierung wäre es angemessen und geboten gewesen, das Gespräch mit einzelnen Schulleitern über Probleme bei der Einführung des G 8 von Anfang an in sachlicher und emotionsfreier Form zu führen.
2. Auch wenn die Anstellung einer persönlichen Referentin im Endergebnis den Vorschriften entsprechend abgewickelt werden konnte, wäre es angebracht und klüger gewesen, den vorgetragenen Bedenken Rechnung zu tragen.

Teil D: Task Force Fußball-WM 2006

1. Der defizitäre Kongress "Visions of Football" sowie das gesamte Sponsoring hierzu waren auf Arbeits- und Leiterebene zu optimistisch geplant. Eine engere und frühzeitigere Abstimmung mit der Fifa, den Bundesligavereinen und den Sponsoren hätte zu höheren Teilnehmerzahlen und besseren Einnahmen führen können.
2. Die gleichzeitige Tätigkeit des Leiters des Ministerbüros als Leiter der Geschäftsstelle der Task Force und zusätzlich als Vorsitzender eines privaten WM-

Fördervereins hätte unterbleiben sollen, um von vornherein Interessenskonflikte zu vermeiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zu den einzelnen Bereichen:

1. Zur sogenannten Wahlfälscheraffäre: Zur Beurteilung der Gesamtsituation gehört ein kurzer Abriss der Vorgänge im Vorfeld der Wahlen vom 05.02.2003 im Ortsverband Perlach. Dort war im Jahre 2001 Heinrich Traublinger als Ortsvorsitzender von Matthias Pawlik abgelöst worden. Jetzt stellte sich Traublinger wieder zur Wahl, um seine Chancen für eine erneute Nominierung als Landtagskandidat zu wahren. Er hatte jedoch in Markus Blume einen Gegenkandidaten, der sich ebenfalls nach einer erfolgreichen Wahl Hoffnung auf eine Nominierung als Stimmkreiskandidat machte. Die Freunde Markus Blume, Rasso Graber, Christian Baretta und Matthias Pawlik, die sich noch 2001 gemeinsam für die Abwahl Heinrich Traublingers eingesetzt hatten, gerieten nunmehr in Streit. Während Rasso Graber, Christian Baretta und Matthias Pawlik eine Wiederwahl Heinrich Traublingers unterstützten, wollte Markus Blume in jedem Fall gegen ihn antreten. Alle Versuche von Monika Hohlmeier, zwischen den Parteien zu vermitteln, schlugen fehl. Zusätzlich wurden die Differenzen noch dadurch verstärkt, dass sich der Kreisvorsitzende Hans Podiuk nicht für Heinrich Traublinger aussprechen, sondern neutral bleiben wollte.

Da die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Ortsverbandes offensichtlich nicht klar waren, versuchten die Anhänger Heinrich Traublingers, zusätzlich Mitglieder zu gewinnen, die seine Wiederwahl unterstützen sollten. In dieser Phase brach bei der Gruppe um Rasso Graber und Christian Baretta Misstrauen gegenüber dem Führungsstil des damaligen Kreisvorsitzenden Hans Podiuk auf. Man befürchtete, die neu aufgenommen Mitglieder könnten, wie in anderen Fällen bereits geschehen, unter Hinweis auf notwendige Überprüfungen nicht in die beim Kreisverband geführte Mitgliederliste aufgenommen und dann folglich auch nicht zur Ortshauptversammlung am 05.02.2003 geladen werden. Christian Baretta kam deshalb auf die Idee, diese Aufnahmeanträge notariell beglaubigen zu lassen. Durch dieses Verfahren sollte gleichzeitig einem eventuellen Vorwurf begegnet werden, die Aufnahmedaten seien rückdatiert worden, um die zweimonatige Sperrfrist zu umgehen.

Eine Weiterleitung der Anträge an die Kreis- oder Bezirksgeschäftsstelle zur Aufnahme in die Mitgliederliste erfolgte nicht. Diese entsprach auch lediglich einer parteiinternen organisatorischen Regelung und war weder von der Satzung noch von anderen Rechtsvorschriften vorgeschrieben. In dieser Phase schalteten sich dann Oliver Melka und Maximilian Junker als Mitgliederwerber ein. Letzterer hatte gegenüber Christian Baretta erklärt, dass er viele Leute kennen würde, die gerne in die CSU einträten, manche aber nicht das Geld für die Mitgliedsbeiträge hätten. Im Verlauf der Mitgliederwerbemaßnahme kam es dann zu den vom Amtsgericht festgestellten Straftaten. Die notariellen Verbriefungen erfolgten in der Zeit vom 14. bis 28. November 2002. Alle Fälschungen von Aufnahmeanträgen lagen also in der Zeit vor deren notarieller Beurkundung.

Von den 34 neu geworbenen Mitgliedern nahmen 23 an der Wahl im Ortsverband Perlach teil. Sie gaben später gegenüber dem Bezirksverband eine schriftliche Erklärung ab, dass sie aus freiem Willen in die CSU eingetreten seien, ihre Stimme aus freien persönlichen Entscheidungen heraus und nicht aufgrund finanzieller Vorteile abgegeben hätten. Ein Parteischiedsgericht bestätigte die Gültigkeit der Wahlen. Eine Wahlfälschung fand somit de facto nicht statt, wohl aber gab es Fälschungen von Aufnahmeanträgen.

Vor diesem schwierigen Hintergrund war die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu sehen. Für den Untersuchungsausschuss war zweierlei unerlässlich:

Erstens waren die Zeugenbefragungen und Anhörungen mit Objektivität und großer Distanz zu den Personen durchzuführen.

Zweitens waren die Arbeit und die Feststellungen des Ausschusses streng am dem vom Parlament vorgegebenen Fragenkatalog auszurichten.

Denn der Auftrag lautete nicht, die Meinung der Ausschussmitglieder zu erkunden nach dem Motto: „Glauben Sie, dass Staatsministerin Monika Hohlmeier über die vom Gericht festgestellten Straftaten informiert war oder an ihnen beteiligt gewesen sein könnte?“

Der Auftrag lautete konkret: „Hatte die damalige Staatsministerin Monika Hohlmeier Kenntnis über Vorgänge, die Gegenstand strafrechtlicher Verfahren waren? Erfolgte diese Vorgänge auf ihre Anregung, auf ihr Verlangen oder mit ihrem Einverständnis?“

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten ihr Urteil bereits vor den ersten Zeugeneinvernahmen gefällt.

(Karin Radermacher (SPD): Na! Na! Na!)

Daran änderte sich auch nichts bis zum Abschluss des Untersuchungsverfahrens. Im vorgelegten Minderheitenbericht vertritt die Opposition ebenfalls die Meinung, dass es eindeutige und belastbare Beweise gäbe, die deutlich machten, dass Frau Hohlmeier nicht Opfer, sondern bewusst und gezielt handelnde Täterin gewesen sei.

(Margarete Bause (GRÜNE): Die gibt es auch!)

Für ihre Behauptungen kann die Opposition jedoch keine belastbaren Fakten liefern; sie kommt über Unterstellungen und Vermutungen nicht hinaus. So finden sich in deren Bericht über 42-mal so schwammige Aussagen wie „es muss davon ausgegangen werden“, „es ist zu schließen“, „offenbar“, „es kann nicht ausgeschlossen werden“, „es ist nicht vorstellbar“, „vermutlich“ usw.

In unserem Rechtssystem ist jedoch als hohes Rechtsgut das Prinzip verankert, dass den Beschuldigten oder Angeklagten die vorgeworfenen Taten nachgewiesen werden müssen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wir sind aber kein Gericht!)

Das heißt, wenn ein klarer, auf Tatsachen beruhender Schuldnachweis nicht gelingt, gilt die Unschuldsvermutung, und zwar solange, als nicht das Gegenteil erwiesen ist. Dies gilt umso mehr, wenn eindeutigen Zeugenaussagen Mutmaßungen und Verdächtigungen entgegenstehen.

Zum Komplex der Mittäterschaft bzw. Mitwisserschaft wurden zuerst die Staatsanwälte und die Richterin der vorausgegangenen Strafverfahren gehört. Der leitende Oberstaatsanwalt Christian Schmidt-Sommerfeld als Behördenleiter gab dabei wörtlich zu Protokoll – ich zitiere:

Wir haben zu keinem Zeitpunkt Anhaltspunkte dafür gehabt, dass hier die Frau Staatsministerin in irgendeiner Form an strafbaren Handlungen beteiligt gewesen sein könnte.

Noch deutlicher wurde der leitende Staatsanwalt August Stern, der unmittelbar mit der konkreten Sachbearbeitung befasst war – ich zitiere wieder:

Wir haben aus den Zeugenvernehmungen keine Anhaltspunkte, dass Frau Hohlmeier wusste, dass Urkunden gefälscht, dass Urkunden unterdrückt wurden, ganz klar.

Und auf einen ausdrücklichen Vorhalt des Kollegen Pfaffmann bekräftigte der leitende Staatsanwalt August Stern seine Aussage und führte aus:

... es hat sich nichts ergeben in Richtung Fälschung. Es hat sich aus den Vernehmungen nichts ergeben, dass die Frau Staatsministerin irgendwas mit Fälschungen, dass sie da irgendwie Regie geführt hat oder irgendjemand angeleitet hätte oder irgendwas unterstützt hätte. Es hat sich nicht einmal ergeben, dass sie im Nachhinein irgendwo ihr Einverständnis oder was erklärt hätte, nichts, überhaupt nichts.

Diese Einschätzung der Staatsanwaltschaft wurde auch von anderen Zeugen im Untersuchungsausschuss bestätigt. So erklärte der Zeuge Rasso Graber auf die Frage, ob die strafrechtlich relevanten Vorgänge auf Anregung, Verlangen oder mit Einverständnis der damaligen Ministerin erfolgte:

Von Urkundenfälschungen kann sie meines Wissens oder meines Erachtens nichts gewusst haben. Ich wusste selbst davon bis zu einem ganz späten Zeitpunkt nichts davon.

Und Christian Baretta antwortete auf die Frage, warum erst im Januar 2003 mit Monika Hohlmeier über die zurückgehaltenen Anträge geredet worden sei:

Das hatte einen Grund. Wir wollten den Kreis derer, die davon wissen, eher gering halten – aus verständlichen Gründen. Ich hatte das Gefühl, Monika Hohlmeier hat sehr lange versucht, zwischen Podiuk und uns zu vermitteln. Ich hatte die Angst, dass sie zuviel erzählt.

Nicht einmal Maximilian Junker behauptete, dass Monika Hohlmeier vor den notariellen Beurkundungen etwas von den strafrechtlichen Vorgängen gewusst oder diese sogar aktiv unterstützt hätte.

Einen besonderen Aufklärungsbedarf erforderte auch die im Untersuchungsausschuss gestellte Frage, ob die Berichte zuträfen, wonach Rechtsanwalt Dr. Eberhard Gloning behauptet hätte, dass die Wahlmanipulationen mit dem Einverständnis von Monika Hohlmeier erfolgt seien. Nach eingehender Erörterung dieses Vorgangs erklärte Rechtsanwalt Dr. Gloning „Sie können daraus schließen, dass sie es nicht gewusst hat.“

Zusammenfassend darf ich deshalb feststellen, dass aufgrund der Zeugeneinvernahme weder die Staatsanwaltschaft noch einer der Zeugen erklärte, dass Monika Hohlmeier Kenntnis über strafrechtliche Vorgänge hatte oder gar diese Vorgänge auf ihre Anregung hin, auf ihr Verlangen oder mit ihrem Einverständnis erfolgten. Wer etwas anderes behauptet, den bitte ich, mir die entsprechenden Beweise vorzulegen.

Jetzt zur Frage, ob Monika Hohlmeier von Anfang an von so genannten Mitgliederkäufen und den Versuchen, ein bestimmtes Abstimmungsverhalten zu erreichen, gewusst hat. Hierzu erklärte der leitende Oberstaatsanwaltschaft Christian Schmidt-Sommerfeld als erster Zeuge, dass Monika Hohlmeier davon wohl Kenntnis gehabt haben muss, wenn man dem Zeugen Junker glaubt. Und zur gleichen Frage erklärte der leitende Staatsanwalt August Stern:

Also, einer der wichtigsten Zeugen ist der Herr Junker, und der Herr Junker, ..., da gibt es ein Telefonat, das, behauptet Junker, er hätte das mitgehört, ein Telefonat zwischen dem Haedke und der Frau Staatsministerin Hohlmeier. In diesem Telefonat sei es, oder aus dem Telefonat hat man entnehmen können, dass die Frau Hohlmeier was weiß über gekaufte Mitglieder. Das ist aber alles Wissen Junker, und inwieweit das richtig ist, ist eine ganz andere Frage.

Die Zeugin Petra Axhausen, die Richterin in den vorausgegangenen Strafprozessen, sagte zu den Aussagen des Herrn Junker:

Er hat dazu weiter gesagt, dass er aufgrund dessen, was er da gehört hat,

– gemeint ist das angeblich mitgehörte Telefonat zwischen Monika Hohlmeier und Joachim Haedke –

der Auffassung gewesen ist, dass Frau Hohlmeier die „Dirigentin“ von diesem Ganzen gewesen sein soll.

Auf Nachfrage, ob Monika Hohlmeier von Anfang an informiert gewesen sei, sagt die Richterin Petra Axhausen:

Das habe ich vorher gesagt, das ergibt sich nur aus der Aussage Junker, nur über drei Ecken.

Obwohl im Strafverfahren 46 Zeugen gehört und eine Unmenge von Urkunden in Augenschein genommen wurden, konnten Maximilian Junkers Behauptungen durch keinerlei belastbare Fakten erhärtet werden. Seine Aussagen und Wertungen stützte er vor allem auf das bereits erwähnte Telefonat, das er in der Wohnung von Joachim Haedke mitgehört haben will. Haedke soll dabei mit Monika Hohlmeier über Mitgliederkäufe gesprochen haben. In Anschluss an dieses Telefonat sei es dann zu einer Geldübergabe durch den später erschienenen Curt Niklas gekommen.

Bei seiner polizeilichen Vernehmung schilderte Junker den Ablauf des Telefonats so:

Als ich bei ihm war

– gemeint ist Haedke –,

klingelte sein Telefon, und er telefonierte eine halbe Stunde mit Monika Hohlmeier. Ich hörte nur, was er sagte, weil er mit dem Headset telefonierte.

Vor dem Untersuchungsausschuss gab er jedoch an, das Gespräch sei anfangs über Lautsprecher geführt worden, sodass er genau mithören konnte. Die widersprüchlichen Aussagen begründete er mit der Stresssituation bei der polizeilichen Vernehmung.

(Karin Radermacher (SPD): Das hätte Haedke alles aufklären können, wenn er ausgesagt hätte!)

In der Gegenüberstellung mit dem Zeugen Curt Niklas wurde von letzterem die gesamte Situation massiv bestritten. Es sei weder zu einem verabredeten Treffen mit Junker noch zur Übergabe von Geldbeträgen gekommen. Alles sei „erstunken und erlogen“.

Auch Monika Hohlmeier bestreitet nachhaltig ein solches Gespräch, zumal sie in der von Maximilian Junker für dieses Treffen angegebenen Zeit zwischen Oktober und November über fünf Wochen mit einer schweren Rippenfellentzündung ans Bett gebunden war.

Auch keiner der weiteren Zeugen, die zu diesem Punkt befragt wurden, konnte bestätigen, dass Monika Hohlmeier Kenntnis davon hatte, dass gegen Zahlung eines Entgelts Mitglieder zum Parteieintritt und zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten veranlasst werden sollten.

Die Prüfung der Glaubwürdigkeit von Maximilian Junker war deshalb nicht der Versuch, Monika Hohlmeier „reinzuwaschen“, sondern ein notwendiger und unverzichtbarer Teil des Untersuchungsauftrags. Der seinerzeitigen Beweiswürdigung des Gerichts kann aufgrund der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses nicht mehr gefolgt werden. Für den Untersuchungsausschuss wäre das Urteil insoweit maßgebend gewesen, wenn ihm nicht mehr Beweismittel als dem Gericht zur Verfügung gestanden hätten. Aufgrund der Zeugenaussagen ver-

mochte jedoch der Untersuchungsausschuss den Sachverhalt umfassender zu klären als das Gericht, denn die Beweiswürdigung konnte damals nur in einer Abwägung stattfinden, ob Melka oder Junker glaubwürdiger waren.

Die im Untersuchungsausschuss gehörten Zeugen und insbesondere das Ergebnis der Gegenüberstellung zwischen Curt Niklas und Junker standen dem Gericht nicht zur Verfügung. Auf die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Zeugen Junker antwortete deshalb die Richterin Petra Axhausen konsequenterweise:

Ja, damit habe ich mich im Urteil auseinandergesetzt in der Beweiswürdigung zu diesem Punkt, weil die Aussagen Junker und Melka sich ja in manchen Punkten widersprochen haben. Ich habe primär Herrn Junker geglaubt, weil sie in sich aus meiner Sicht stimmig waren.

Im Schlussbericht wurde dargelegt, in welcher eklatanter Weise die Aussagen Junkers denen anderer Zeugen widersprechen. Ich darf nur stichpunktartig aufzählen:

1. Das von Junker behauptete Treffen im Englischen Garten mit Melka und Graber, bei dem Geld übergeben worden sein soll, wird von Melka und Graber ganz klar bestritten.
2. Die Behauptung Junkers, es habe ein Treffen im Café „Eisbach“ gegeben, an dem auch Melka teilgenommen habe, wird von Oliver Melka bestritten.
3. Genauso widersprüchlich sind die Aussagen über den Beginn der Fälschungen. Auf die Frage „Von wem wurden Sie zur Mittäterschaft bei den Fälschungen von Mitgliedsanträgen bewegt?“ antwortete Melka: „Von Maximilian Junker.“ Auf dieselbe Frage an Herrn Junker, ob es zutrifft, dass er mit Fälschungen von Anträgen begonnen habe, antwortete dieser: „Nein, ich habe damit auch nicht begonnen. Das war wiederum Herrn Melkas Sache.“
4. Das – wie Junker vor der Polizei aussagte – über Headset geführte und – wie er später vor dem Untersuchungsausschuss gegenteilig behauptete – über Lautsprecher mitgehörte Telefonat zwischen Joachim Haedke und Monika Hohlmeier wird sowohl von Monika Hohlmeier vor dem Untersuchungsausschuss als auch vom anwaltlichen Vertreter von Joachim Haedke gegenüber dem Bezirksschiedsgericht bestritten.
5. Die von Junker behauptete Geldübergabe von Curt Niklas in der Wohnung von Joachim Haedke wird von Curt Niklas vehement bestritten.
6. Die Behauptung Junkers, er habe die erhaltenen Gelder an neue Mitglieder weitergegeben, steht im Widerspruch zu Aussagen angeworbener Mitglieder, die bestreiten, die von Junker angegebenen Geldbeträge erhalten zu haben.
7. Die von Junker behauptete E-Mail-Korrespondenz mit Rasso Graber, von der auch das Amtsgericht Mün-

chen ausging, wird ebenfalls bestritten. Vor dem Untersuchungsausschuss erklärte Rasso Graber, dass es keine derartigen E-Mails gegeben habe und es sich hier vielmehr um Fälschungen handeln würde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, all diese und noch weitere widersprüchliche Aussagen konnten nicht die Glaubwürdigkeit Maximilian Junkers stärken. Auch die Aussage Oliver Melkas, dass er vergeblich versucht habe, Maximilian Junker zu überreden, vor den Wahlen im Ortsverband Perlach reinen Tisch zu machen, spricht nicht für die Glaubwürdigkeit von Maximilian Junker. Oliver Melka wörtlich:

Ich wollte reinen Tisch machen, weil ich einfach ein schlechtes Gewissen dabei hatte. Und er wollte nicht, weil er gesagt hat, er hätte sich selber durch Telefonmitschnitte abgesichert.

Ich habe mich im Schlussbericht zur Glaubwürdigkeit des Zeugen Maximilian Junker mit aller gebotenen Zurückhaltung gegenüber denjenigen, die ihn als Kronzeugen für sich in Anspruch nehmen, so ausgedrückt: „Der Aussage von Maximilian Junker kommt aus Sicht des Untersuchungsausschusses keine derart überhöhte Glaubwürdigkeit zu, die den Schluss zuließe, dass die Aussagen der übrigen Zeugen als definitiv falsch bewertet werden könnten.“

Ich darf deshalb abschließend zu diesem Bereich feststellen, dass aufgrund der Zeugenaussagen der Untersuchungsausschuss nicht zu dem Ergebnis kommen konnte, dass Frau Hohlmeier an den strafbaren Vorgängen oder an den Mitgliedskäufen beteiligt war. Aussagen von Joachim Haedke, die die Behauptung Junkers hätten bestätigen oder dementieren können, lagen mit Ausnahme des von seinem Anwalt vorgetragenen Bestreitens des angeblichen Telefonats mit Monika Hohlmeier dem Untersuchungsausschuss nicht vor. Mutmaßungen hierüber durfte der Untersuchungsausschuss nicht in seine Bewertung einfließen lassen.

Nun zur Frage: Ab wann hatte Monika Hohlmeier Kenntnis über Fälschungen und welche Konsequenzen wurden gezogen?

Nach Aussage von Hans Podiuk hat dieser gegenüber Monika Hohlmeier an Rande eines Weihnachtssessens am 11. Dezember 2002 erklärt: „Jetzt haben wir echte Fälschungen.“ Auf Namen und Fakten ging er nicht ein. Monika Hohlmeier soll darauf erklärt haben: „Da sind wohl einige übermotiviert.“

Am 16. Januar 2003 unterrichtete Hans Podiuk seinen Kreisvorstand, allerdings nur allgemein, ohne auch hier Namen oder nähere Fakten zu nennen. Anträge auf Parteiausschlussverfahren wurden nicht gestellt. Die Kreisvorstandschaft beauftragte Hans Podiuk lediglich, weiter zu ermitteln. Am 18. Januar 2003 fand ein weiteres Gespräch zwischen Hans Podiuk und Monika Hohlmeier statt, in dem er nach seiner Aussage Monika Hohlmeier darüber informierte, dass er nun Junker als Fälscher identifiziert habe und dieser ausgeschlossen werden müsste.

Monika Hohlmeier soll geantwortet haben: „Du schließt niemanden aus.“

Monika Hohlmeier sagt, es sei ihrer Erinnerung nach bei diesem Gespräch nicht um Junker, sondern um Matthias Pawlik gegangen.

Anfang Februar gab es eine weitere Unterredung zwischen Hans Podiuk und Monika Hohlmeier. Hierbei sprach Podiuk den Fall Branka Gmajnicki, eine Fälschung von Maximilian Junker, an. Dies wird auch von Monika Hohlmeier bestätigt. Ansonsten werden von ihr die Inhalte der vorgenannten Gespräche anders dargestellt. Es sei in erster Linie um Differenzen zwischen Hans Podiuk und den Jungen im Kreisverband gegangen und ganz allgemein um deren Tricksereien.

Welche Version richtig ist, ist letztlich für die im Untersuchungsauftrag formulierte strafrechtliche Relevanz nicht entscheidend. Denn gleichgültig, ob Monika Hohlmeier bereits am 18. Januar 2003 oder erst Anfang Februar 2003 konkrete Kenntnis über eine Fälschung erhalten hat, die Informationen durch Hans Podiuk erfolgten in jedem Fall nach den im November 2002 vorgenommenen notariellen Beurkundungen und somit nach Begehung der vom Amtsgericht festgestellten Straftaten.

Wie unübersichtlich auch noch Anfang Februar die gesamten Vorgänge waren, macht eine Aussage von Hans Podiuk deutlich. Als ihn Markus Blume immer wieder mit neuen Informationen versorgte, antwortete er diesem: „Also entweder könnt ihr das wenigstens ansatzweise beweisen, oder ich tu da nichts weiter, weil das ja nahezu lächerlich ist.“

Konsequenterweise nahm deshalb bei der Befragung von Hans Podiuk die Klärung folgender Fragen breiten Raum ein:

Warum wurde vom Kreisvorstand kein Antrag auf Ausschluss von Maximilian Junker gestellt? Hat man sich durch Aussagen von Monika Hohlmeier von einem Antrag auf Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens abhalten lassen? Warum wurde nur Monika Hohlmeier, zudem auch lediglich gesprächsweise, informiert und nicht auf offiziellem Wege der zuständige Bezirksvorsitzende Johannes Singhammer, der noch bis Juli im Amt war?

Podiuk erklärte hierzu, dass es einen „Riesenknatsch“ gegeben hätte und er keinen Ärger mit der künftigen Bezirksvorsitzenden wollte. Zudem hätte gegen den Widerstand von Monika Hohlmeier ein Antrag kaum Aussicht auf Erfolg gehabt, da die für einen Ausschluss notwendige Zweidrittelmehrheit so nicht zu erreichen gewesen wäre.

Hierzu muss festgestellt werden, dass Anträge auf Ausschluss eines Mitglieds, auch nach der damals geltenden Satzung, nicht an die Kreisvorstandschafft, sondern an das zuständige Bezirksschiedsgericht zu richten waren. Für die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts ist jedoch eine Zweidrittelmehrheit nicht erforderlich. Diese gilt nur für Beschlüsse des Kreisvorstands bei so-

nannten Ordnungsmaßnahmen. Hierunter fallen jedoch nicht Anträge auf Parteiausschluss.

Zudem gab Hans Podiuk an, er habe den Bezirksgeschäftsführer Quaaas offiziell unterrichtet, er sei sich also sicher, dass der auch den Bezirksvorsitzenden informiert habe. Wörtlich: „Der ganze Bezirksverband war faktisch informiert.“ Dem gegenüber erklärte jedoch Johannes Singhammer:

Also nach meiner Erinnerung war das Ausmaß dessen, was da stattgefunden hat, nicht bekannt. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass da Erkenntnisse vorlagen, denn sonst hätte man mit Sicherheit auch anders reagiert.

Und zum selben Thema an anderer Stelle:

Wenn eine solche Information an mich hergetragen worden ist, dann habe ich eines garantiert getan: Ich habe die Bezirksgeschäftsstelle angewiesen, alles zu tun, damit ordnungsgemäße Zustände sofort wiederhergestellt werden.

Wie die Dinge letztlich auch abgelaufen sein mögen, der Untersuchungsausschuss konnte es nicht zur Gänze aufklären. Richtig ist wohl, dass jede Seite öffentliches Aufsehen vermeiden und Schaden von der CSU abhalten wollte. Monika Hohlmeier gab an, es sei ihr Ziel gewesen, die Parteiaustritte auf freiwilliger Basis zu erreichen.

Ohne die Aussagen von Hans Podiuk auch nur punktuell infrage stellen zu wollen, ist deshalb zusammenfassend Folgendes festzuhalten:

1. Alle Gespräche zwischen Monika Hohlmeier und Hans Podiuk fanden nach Begehung der Straftaten statt. Ein strafrechtlich relevanter Vorgang im Sinne des Untersuchungsauftrags lag also nicht vor, worauf auch die Staatsanwaltschaft hingewiesen hat.
2. Anträge auf Einleitung eines Ausschlussverfahrens wurden von keiner Seite gestellt. Zur Antragstellung an das zuständige Bezirksschiedsgericht wären nur der Ortsverband Perlach oder der Kreisverband 9 berechtigt gewesen.
3. Ausgehend von den Aussagen Hans Podiuks mussten spätestens Anfang Februar auch für Monika Hohlmeier die Informationen so umfassend gewesen sein, dass sie alles hätte unterlassen müssen, was als Verhinderung eines Ausschlussantrags gegen Maximilian Junker angesehen werden konnte. Dass ein freiwilliger Parteiaustritt Junkers weniger Aufsehen erregt hätte als ein offizieller Ausschluss, stellt keinen ausreichenden Grund dar, sich gegen einen Ausschlussantrag auszusprechen.
4. Hans Podiuk hätte als Kreisvorsitzender und als derjenige, der nicht nur die meisten Informationen über die gesamten Vorgänge besaß, sondern auch allein das Antragsrecht hatte, ein ordnungsgemäßes Verfahren einleiten oder zumindest den Bezirksvorsitzenden detailliert informieren müssen. Derartige Vorgänge nur gesprächs-

weise an eine noch nicht gewählte Bezirksvorsitzende heranzutragen, kann nicht als ein der Problematik angemessenes Vorgehen betrachtet werden.

Die Angst vor persönlichem Ärger ist kein ausreichender Grund für unterlassenes politisches Handeln. Zudem wäre ein Antrag auf Parteiausschluss nicht an einer Zweidrittel-Hürde des Bezirksvorstandes gescheitert.

Meine Damen und Herren, ab März 2003 ging man konkret an die Aufklärung der gesamten Vorgänge. Der Bezirksverband bestellte eine Kommission zur Überprüfung der Wahl in Perlach, die am 1. März ihre Arbeit aufnahm.

Nach ihrer Nominierung zur Bezirksvorsitzenden beauftragte Monika Hohlmeier im Juli 2003 Rechtsanwalt Prof. Hermann Mayer, die parteiinternen Vorgänge im Kreisverband zu untersuchen. Darüber hinaus setzte sie eine Kommission mit hochrangigen Richtern ein, die Vorschläge für eine Satzungsänderung erarbeiten sollten, damit derartige Manipulationen, wie im Ortsverband Perlach geschehen, von vornherein ausgeschlossen sind.

Jetzt zur sogenannten Dossier-Affäre: Was unter „Dossier“ im vorliegenden Fall zu verstehen ist, wird allein durch den Untersuchungsauftrag definiert.

Unter Ziffer III.1 heißt es:

1. Trifft es zu, dass Staatsministerin Hohlmeier sogenannte Dossiers, das heißt die Zusammenschrift etwaigen fehlerhaften Verhaltens von CSU-Vorstandsmitgliedern und/oder ihrer Ehefrauen, unter anderem aus dem Privatleben von Vorstandsmitgliedern anfertigte oder anfertigen ließ, ggf. durch wen?

a) Trifft es zu, dass Staatsministerin Hohlmeier in einer Sitzung des CSU-Bezirksvorstands am 16.07.2004 mitteilte, den Inhalt derartiger Zusammenschriften in der Absicht veröffentlichen zu wollen, die betreffenden Personen in „Misskredit“ zu bringen?

Es geht also nicht um eine semantische Auslegung des Begriffs „Dossier“, sondern um eine klare Definition durch den Untersuchungsauftrag selbst.

Von keinem Zeugen wurde auch nur ansatzweise behauptet, dass Monika Hohlmeier erklärt hätte, den Inhalt von derartigen Zusammenschriften veröffentlichen zu wollen. Die Untersuchungen konzentrierten sich deshalb allein auf die Fragen, ob Monika Hohlmeier derartige Zusammenschriften überhaupt besaß und ob sich diese in einem Aktendeckel befanden, den sie zu der besagten Besprechung im Bürkleinzimmer mitgenommen hatte. Keiner der Zeugen, die an der Besprechung im Bürkleinzimmer teilgenommen hatten, konnte eine Aussage darüber machen, welche Unterlagen sich in dem Hefter befanden, lediglich dass es sich um mehrere Blätter gehandelt haben muss.

Zu diesem Vorgang machte jedoch Ministerialrat Maximilian Pangerl dezidierte Aussagen, die er mit dem Satz bekräftigte: „Das weiß ich sehr genau“. Er habe für die Ministerin zur Vorbereitung auf die Sitzung in einem blauen Plastikschnellhefter

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Grün oder blau? Also blau!)

– diese Frage ist jetzt geklärt –

zwei anonyme Schreiben, mit denen Markus Blume und Hans Podiuk angeschwärzt werden sollten, hineingelegt und dazu die Stellungnahmen der beiden, um die sie Prof. Hermann Mayer gebeten hatte. Die in den Schnellhefter gelegten Schreiben waren, wie Ministerialrat Pangerl ausführte, also allen bekannt und hätten nicht mehr als Druckmittel nach außen verwendet werden können.

Wie der Zeuge Maximilian Pangerl ferner angab, habe die Ministerin die Absicht gehabt, in der Sitzung vorzubereiten, wie mit diesen anonymen Anschuldigungen in der nächsten Bezirksvorstandssitzung umgegangen werden sollte.

Zu den beiden Schreiben sei noch eine Telefonnotiz über ein Telefonat, das Monika Hohlmeier mit einer Vertreterin der Frauenunion unmittelbar vor der Sitzung geführt hatte, hinzugekommen. Diese hatte sich über Frau Spaenle beschwert. Monika Hohlmeier hätte diese Angelegenheit mit Ludwig Spaenle besprechen wollen; deshalb sei auch diese Notiz von ihr in den Hefter gelegt worden. Maximilian Pangerl bezeugte nachdrücklich, dass sich keine anderen Unterlagen in diesem Hefter befanden.

Auf weitere Fragen bestätigte Maximilian Pangerl, dass es nach dieser Sitzung eine Art Nachbesprechung im Ministerium gegeben habe. Monika Hohlmeier habe die Telefonnotiz in den Reißwolf gesteckt mit der Bemerkung: „Ich hab' es dem Luis gesagt, da ist nichts dran.“

Maximilian Pangerl bestätigte, dass sich auch nach der Besprechung lediglich die von Monika Hohlmeier vernichtete Telefonnotiz sowie die beiden anonymen Schreiben in dem blauen Hefter befanden. Auf Nachfrage erklärte er, dass sich weder Spendenquittungen noch Bankauszüge oder Ähnliches im Hefter befunden hätten. Diese Angaben werden auch von Monika Hohlmeier so bestätigt.

Der Untersuchungsausschuss konnte nicht die geringsten Anzeichen dafür entdecken, dass die Angaben von Ministerialrat Pangerl und Monika Hohlmeier unrichtig wären. Wie die Staatsanwaltschaft, so sah auch der Untersuchungsausschuss keine Anhaltspunkte für eine Straftat.

Ungeachtet dessen hätte Monika Hohlmeier gerade als Mitglied der Staatsregierung Äußerungen, die als persönliche Bedrohung empfunden werden können und insbesondere das Hineinziehen von Familienangehörigen, unterlassen müssen. Monika Hohlmeier hat sich hierfür sowohl gegenüber dem Bezirksvorsitzenden Otmar Bernhard wie auch nochmals vor dem Untersuchungsausschuss entschuldigt.

Nun einige Anmerkungen zum Teil B, betreffend die Vorgänge im Kultusministerium.

1. Nach Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses fanden im Ministerium drei parteipolitische Gespräche ohne Bezug auf bildungs- und kulturpolitische Fragen statt. Der Untersuchungsausschuss begrüßte es, dass diese Praxis seit August 2004 abgestellt ist. Gespräche über reine Parteiangelegenheiten sollten nicht in Räumen eines Ministeriums stattfinden.

2. Seit 1993 wurden 27 Nebentätigkeitsgenehmigungen erteilt. Zum Teil erfolgten sie rein vorsorglich unter anderem zum Schutz der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dass von diesen Nebentätigkeitsgenehmigungen zum Teil kein Gebrauch gemacht worden ist, zeigt, dass ein entsprechender Bedarf nicht gegeben war. Dies trifft auch mit Blick auf die Handhabungen in anderen Ministerien zu.

Soweit Nebentätigkeiten während der Dienstzeit durchgeführt worden sind, wurden diese nachweislich durch Überstunden ausgeglichen. Die Überstunden betragen je nach Einzelfall zwischen 100 und 700 Arbeitsstunden, für die in der Regel ein Ausgleich weitgehend entfiel. Eine Nacharbeit wurde nur in einem einzigen Fall nicht nachgewiesen. Aber auch hier wurden zahlreiche Überstunden geleistet, die verfallen sind, sodass eine Nacharbeit de facto auch hier erfolgt ist.

Der Teil C befasst sich mit der Personalpolitik im Kultusministerium. Hierzu ist festzustellen:

1. Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass bei der Besetzung von Schulleiterstellen besser qualifizierte Bewerber wegen ihrer Kritik am G 8 oder aus anderen nicht sachgerechten Gründen benachteiligt worden wären. Das zeigt sich auch in gerichtlich überprüften Fällen. Es gab auch keine Einflussnahme seitens der Staatsministerin bei Besetzungen. Sie trug in allen Fällen den jeweiligen Vorschlag der Verwaltung mit.

Was die Kritik von Schulleitern am G 8 anbelangt, ist diese Kritik am Dienst- und Treueverhältnis zum Staat zu messen. Äußerungen im Internet oder in Leserbriefen wie „Propagandalüge“, „Tollhaus“ oder „Rohrkrepierer“ hatten sich nicht an das zu fordernde Mäßigungsgebot gehalten.

In diesem Zusammenhang war auch der Fall Schrägle zu untersuchen. Bei seiner Versetzung ging es jedoch primär nicht um die Problematik des G 8, sondern um das zwischen Elternbeirat, Schülern und Schule schwer gestörte Verhältnis. Die Spannungen begannen bereits 2001, also vor der Einführung des G 8. Es gibt auch keinen einzigen Fall, dass ein Schulleiter wegen seiner Kritik am G 8 versetzt worden wäre. Dagegen gab es immer wieder Versetzungen, wenn erhebliche Störungen zwischen Elternschaft und Schulleitung vorlagen.

2. Was die Einstellung einer persönlichen Referentin anbelangt, erfolgte diese zur Bearbeitung von Bürgeringaben und Massenpetitionen, näher definiert in einer entsprechenden Arbeitsplatzbeschreibung. Eine hau-

sinterne Stellenausschreibung erfolgte nicht, was bei Besetzungen von sogenannten Vertrauenspositionen im politischen Bereich durchaus üblich ist. Der Einstellungsvertrag wurde vorab vom Staatsministerium der Finanzen geprüft.

Bei diesem Entwurf war noch von einem Bruttogehalt in Höhe von 4350 Euro die Rede. Dieser Betrag kam dadurch zustande, dass das Kultusministerium fälschlicherweise davon ausging, dass der persönlichen Referentin der ansonsten vom Arbeitgeber zu zahlende Beitragszuschuss zu Kranken- und Pflegeversicherung nicht zustünde und deshalb ein Ausgleich in der Festsetzung der Höhe des Bruttogehalts erfolgen müsste. Dies stellte sich als Irrtum heraus, sodass ein Aufschlag auf das normale Bruttogehalt nicht notwendig war. Das Bruttogehalt belief sich letztlich auf 3500 Euro, netto 1766,26 Euro pro Monat. Damit konnten auch die vom Personalrat vorgebrachten Bedenken ausgeräumt werden. Dieser monierte jedoch, dass eine interne Ausschreibung nicht stattgefunden hatte.

Ich komme schließlich zum Teil D – Fußballweltmeisterschaft 2006.

1. Die Task Force unterstand als gemeinsame interministerielle Arbeitsgruppe den beiden Ressortministern. Eine gemeinsame oder gesonderte Kontrollinstanz war nicht vorgesehen. Auch erfolgte keine irgendwie geartete Kontrolle durch die Staatskanzlei selbst. Innerhalb der Ministerien wurde die Leitung auf Arbeitsebene auf dafür benannte Beamte übertragen. Die auf Bitte von Staatsminister Schneider erfolgte Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof – ORH – erfasste 27 Projekte der Task Force. Trotz der vom ORH vorgetragenen Kritik ist festzustellen, dass eine Vielzahl von Projekten hervorragend vorbereitet, durchgeführt und auch angenommen worden ist.

Insoweit haben die Mitarbeiter der Task Force hervorragende Arbeit geleistet.

Da die Prüfung durch den ORH mitten in der operativen Umsetzung großer Projekte erfolgte, ist es verständlich, dass nicht alle Kalkulationen vollständig und durchgerechnet vorlagen. Bei der Gesamtkritik wurde übersehen, dass es viele erfolgreiche Projekte gab wie „Young and Free“, „Ballskulpturen“, „Fahn-Tasmen“ – ein Doppelprojekt mit der Stiftung „Menschen für Menschen“, „Sportaculum“, „Speedsoccer-Tour“, „Talente 2006“ und „Fußballgeschichten“.

2. Der defizitäre Kongress „Visions of football“ sowie das gesamte Sponsoring hierzu waren auf Arbeits- und Leiterebene zu optimistisch geplant. Eine engere und frühzeitigere Abstimmung mit der Fifa, den Bundesliga-Vereinen und den Sponsoren hätten zu höheren Teilnehmerzahlen und besseren Einnahmen führen können.

3. Die gleichzeitige Tätigkeit des Leiters des Ministerbüros als Leiter der geschäftsführenden Task Force und zusätzlich als Vorsitzender eines privaten WM-Fördervereins hätte unterbleiben sollen, um von vornherein Interessenkonflikte zu vermeiden, umso mehr, als diese Konstel-

lation auch innerhalb des Ministeriums als problematisch angesehen wurde.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, soweit zunächst meine Stellungnahme zum vorgelegten Schlussbericht, dem der Untersuchungsausschuss mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zugestimmt hat.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Frau Kollegin Radermacher das Wort.

Karin Radermacher (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte selbstverständlich zunächst der Verwaltung meinen Dank aussprechen, die uns hervorragend betreut hat. Ich möchte ausdrücklich noch einmal feststellen, welch großartige Arbeit das Protokoll geleistet hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn man im Nachhinein liest, was wir in zweieinhalb Jahren zu Protokoll gebracht haben, war es manchmal nicht einfach, dem zu folgen. Deswegen ein besonders herzlicher Dank.

Ich möchte auch Herrn Kupka ein herzliches Dankeschön sagen. Wir haben zwar heftige und sehr kontroverse Diskussionen geführt, aber trotzdem war es letztlich ein Untersuchungsausschuss, der zum großen Teil in einer heiteren und angenehmen Atmosphäre stattgefunden hat. Das lag nicht nur an mir.

(Heiterkeit)

Wir konnten auch schwierige Situationen immer wieder einfangen.

Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich mich an dieser Stelle auch bei meinem Kollegen Uli Pfaffmann recht herzlich bedanke, der mich neben seinem Tagesgeschäft „Bildung“, das in dieser Zeit nicht gerade mit wenig Arbeit verbunden gewesen ist, unterstützt und sehr gut mit mir zusammengearbeitet hat.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir legen heute einen Minderheitenbericht vor, der deutlich macht, dass Herr Stoiber als Ministerpräsident zu Recht zurückgetreten worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Ereignisse in den letzten Wochen, aber auch die Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss lassen eine Feststellung zu: Es geht nicht nur darum, dass Personen für ihr politisches Handeln Verantwortung übernehmen. Der Untersuchungsausschuss hat auch deutlich gezeigt, wie das Machtsystem „CSU“ funktioniert und

wie Staat und CSU immer wieder miteinander vermischt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das war bis in die jüngste Zeit festzustellen. Denken Sie nur daran, dass der noch amtierende Ministerpräsident überhaupt nichts dabei findet, dass er die Verhandlungen um die Nachfolge im Parteivorsitz in der Staatskanzlei durchführt. Daran wird dies sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden sich nicht wundern, dass die SPD und die GRÜNEN dem Mehrheitsbericht nicht zustimmen können. Um es deutlich zu sagen: Wir glauben weder an den ahnungslosen Herrn Stoiber noch an das Unschuldslamm Frau Hohlmeier.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Mehrheit stellt im Bericht diesen beiden Personen einen Persilschein aus. Man fragt sich, warum Frau Hohlmeier überhaupt zurücktreten musste. Die Empörung über den vorgelegten Bericht war in den CSU-Reihen ebenfalls recht groß. So hat zum Beispiel Herr Dr. Bernhard Herr Kupkas Schlussfolgerungen als teils „völlig inakzeptabel“ gerügt und deutlich gemacht, dass im Gegensatz zu Frau Hohlmeier, die als Betroffene ausgesagt hat, die CSU-Männer als Zeugen unter Strafandrohung gestanden haben. Wörtlich sagte er: „Ich bin mir sicher, dass meine Kollegen die Wahrheit gesagt haben.“

Herr Dr. Spaenle hat wörtlich gesagt: „Das ist ein Armutszeugnis für den Ausschuss.“ Oder Herr Podiuk: „Der Ausschuss hat nie den Versuch gemacht, die Wahrheit zu ergründen.“ Herr Herrmann hat sich, was diesen Untersuchungsausschuss betrifft, gravierend geirrt, sogar noch zum Schluss, als er sagte: „Über endgültige Formulierungen kann noch gesprochen werden.“ Mit seinen Prophezeiungen ist es jedoch so eine Sache. Er hat auch vom „überflüssigsten Untersuchungsausschuss“ gesprochen und gesagt, die Münchner Wahlfälscheraffäre könne und dürfe nicht Gegenstand eines Untersuchungsausschusses des Landtags sein. Dazu kann ich nur sagen: Dumm gelaufen, Herr Kollege Herrmann.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben diesen Ausschuss eingesetzt. Die Münchner Wahlfälscheraffäre ist behandelt worden, und Frau Hohlmeier musste zurücktreten.

Nachdem die CSU-Mehrheit unseren Argumenten und Schlussfolgerungen in keinem einzigen Punkt gefolgt ist, musste die Opposition einen Minderheitenbericht vorlegen. Ich will versuchen, die wichtigsten Punkte aus unserer Sicht zu bewerten.

Zunächst zu den Vorgängen, die der Öffentlichkeit als Münchner Wahlfälscheraffäre bekannt wurden. Sie, die

CSU, beschreiben diese Vorgänge im Vorfeld der Ortsvorstandswahl in Perlach als – wörtlich – „ungewöhnlich, aber korrekt“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen jetzt ein paar Beispiele nennen, was Sie als korrekt bezeichnet haben. Als korrekt wird die Veranlassung zu Parteieintritten und zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten gegen Zahlung eines Entgelts bezeichnet. Als korrekt wird die Nichtmeldung von 47 Aufnahmeanträgen an die CSU-Geschäftsstelle bewertet, obwohl dies eigentlich üblich ist, ferner die notarielle Beglaubigung dieser Anträge bzw. des Aufnahmedatums. Dies wird im Übrigen vom Amtsgericht als Urkundenunterdrückung bewertet. Die CSU-Mehrheit verneint diese Rechtsauffassung des Amtsgerichts und hält das Vorgehen für rechtlich einwandfrei.

Als „ungewöhnlich, aber korrekt“ werden auch gefälschte Aufnahmeanträge und falsche Wohnsitzmeldungen bezeichnet, obwohl in der Satzung die Zustimmung des Vorstandes für die Aufnahme Wohnsitzfremder vorgesehen ist. Wir halten dies nicht für korrekt. Dies hätte gewürdigt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles geschah mit dem Ziel, den innerparteilichen Gegner im Unklaren über die Stärke der Bataillone gegen Herrn Traublinger zu lassen. Dieses System der Mitgliederwerbung und Mehrheitsbeschaffung war – das haben zahlreiche Zeugen gesagt – praktizierte Übung in Teilen der Münchner CSU und mitnichten ein Einzelfall.

Interessant und die entscheidende Frage bei all diesen Dingen ist: Wann hatten Frau Hohlmeier und Herr Dr. Stoiber Kenntnis von all diesen Schweinereien? Die Beweisaufnahme hat für uns ohne Zweifel ergeben, dass Frau Hohlmeier Kenntnis von den Vorgängen hatte, und zwar wie folgt:

Erstens. Anlässlich des Weihnachtssessens des Bezirksvorstandes der CSU München im Dezember 2002 informierte Hans Podiuk Frau Hohlmeier über „echte Fälschungen“ durch Herrn Junker.

(Engelbert Kupka (CSU): Nicht durch Herrn Junker! Das stimmt nicht!)

– Ich berichtige, nicht durch Herrn Junker. Er sagte:

Jetzt haben wir echte Fälschungen. Jetzt müssen wir etwas unternehmen.

Herr Podiuk war über die Antwort von Frau Hohlmeier – wie er selber sagt – irritiert. Diese lautete nämlich: „Da sind wohl ein paar übermotiviert.“ Herr Quaas bestätigt dieses Gespräch. Herr Podiuk habe ihn sofort unterrichtet. Frau Hohlmeier erklärte wörtlich: „An ein solches Gespräch habe ich keine Erinnerung.“ Herr Vorsitzender, besonders eigenartig ist, dass Sie im Ausschuss noch definieren wollten, was ein Gespräch ist.

Ebenso, wenn nicht geantwortet wird, dann ist es kein Gespräch, dann ist es nur gesagt worden.

(Zuruf von der SPD)

Warum die Mehrheit Frau Hohlmeier eine höhere Glaubwürdigkeit einräumt als Herrn Podiuk, bleibt schlicht und ergreifend ihr Geheimnis.

(Beifall bei der SPD)

Dass man darüber hinaus die Aussage von Herrn Quaas mit dem Hinweis zu diskreditieren versucht, Herr Quaas sei ein langjähriger Weggefährte von Herrn Podiuk, braucht man – so denke ich – nicht zu kommentieren. Interessant ist auch, dass es unseres Wissens keinerlei Unterlassungserklärungen oder sonstige Rechtsmittel gegen die Vorwürfe von Herr Podiuk durch Frau Hohlmeier gab.

Auch von der Urkundenunterdrückung hat Frau Hohlmeier – belegt durch Akten und Zeugenaussagen – frühzeitig Kenntnis gehabt. Mitte Januar 2003 ließ Frau Hohlmeier auf Bitten von Herrn Baretti ihren persönlichen Referenten, Herrn Pangerl, bei der CSU-Landesleitung nachfragen, ob die Eintragung im Mitgliederverzeichnis, die bisher übliche Praxis in der CSU war, für die Teilnahme an Abstimmungen im Ortsverband rechtlich notwendige Voraussetzung sei. Die Frage von Herrn Baretti lautete damals: „Sind Leute, die seit zwei Monaten Mitglied sind und nicht auf der Liste stehen, stimmberechtigt?“ – Es ist völlig ungläubhaft, dass einer stellvertretenden CSU-Parteivorsitzenden die Aufnahmemodalitäten nicht bekannt gewesen sind. Die Einlassung der CSU, Frau Hohlmeier habe abstrakt nachgefragt und nicht konkret wegen der notariellen Beurkundung, dient nur dem Schutz der Betroffenen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem erfolgte die Anfrage zeitnah und hatte einen konkreten Bezug zu den Aufnahmen im November/Dezember 2003 gehabt. Wir sagen deutlich: Frau Hohlmeier hätte damals bereits handeln müssen, anstatt unterstützend nachzufragen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, der uns bestärkt und der Beweis dafür ist, dass sie Bescheid wusste, ist die Aufforderung an Herrn Welnhöfer, die Sitzung in Perlach zu leiten. Ich denke, dies wäre nicht erfolgt, wenn nicht bekannt gewesen wäre, dass es dort Schwierigkeiten gibt. Übrigens, Herr Welnhöfer, Sie haben sich mit Ihrem Verhalten am Wahlabend und danach nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Bezüglich Ihrer Aussage kann ich nur sagen: Ihre Gedächtnislücken möchte ich nicht haben! Sie können aber in Regensburg aufpassen, denn dort steht genau das gleiche Geschehen zur Debatte – gleiches Strickmuster: Kurzfristig werden Menschen in den Ortsverein übernommen. Sie sollten also auf der Hut sein, Herr Welnhöfer, dass nicht plötzlich zu viele neue Parteifreunde bei Ihrer Kandidatur anwesend sind.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich noch auf das von Herrn Junker geschilderte Telefongespräch zwischen Frau Hohlmeier und Herrn Haedke eingehen, welches sich mit den Mitgliederkäufen beschäftigt hat. Selbst wenn uns allen der Zeuge Junker nicht gerade als leuchtendes Vorbild für Parteienachwuchs in Erinnerung ist, bleibt schon die Frage, warum die CSU allen anderen Aussagen – allen! – bedingungslos geglaubt hat, nur der von Herrn Junker nicht. Dabei muss man zum einen berücksichtigen, dass Herr Junker vom Gericht durchaus als glaubwürdig bezeichnet wurde, und zum anderen, dass Herr Junker im Gegensatz zu Frau Hohlmeier und Herrn Haedke – auch das wollen wir nicht vergessen – nichts zu verlieren hatte; er war verurteilt und bereits aus der CSU ausgeschlossen. Um seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern – man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen –, hat ein Kollege Herrn Junker bei der Einvernahme das Umwerfen eines Zeitungsständers in der Freinacht im Alter von siebzehn Jahren verbunden mit der Frage vorgehalten, ob er schon einmal vorher mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist. Ich denke, das spricht für sich.

Ich will deutlich sagen: Herr Haedke hätte es in der Hand gehabt, die aufgeworfenen Fragen aufzulösen, wenn er ausgesagt hätte – derselbe Herr Haedke, der jetzt wieder in den Startlöchern steht, um weiter in diesem Haus sitzen zu können. Da sollte die CSU vielleicht ein bisschen darauf achten, dass das nicht passiert.

(Beifall bei der SPD)

Fazit aus der Geschichte der Wahlfälscheraffäre: Frau Hohlmeier hatte spätestens am 11. Dezember 2002 mindestens von einer Urkundenfälschung und spätestens ab Mitte Januar 2003 von unterdrückten Mitgliederaufnahmeanträgen und von gekauften Mitgliedern Kenntnis.

Ich komme zu Ministerpräsident Stoiber: Es ist nicht vorstellbar, dass der Parteivorsitzende Stoiber von den Vorgängen in der Münchner CSU keine Kenntnis hatte – er, der Detailversessene und Bestinformierteste.

(Beifall bei der SPD)

Bereits im Mai 2002 wurde ein Brandbrief des CSU-Ortsvereins Perlach an Generalsekretär Goppel verfasst, der offiziell oder inoffiziell den Weg in die oberen Etagen der CSU fand, wie der Zeuge Quaaas glaubhaft bestätigte.

Es ist nicht vorstellbar, dass alle massiven Hinweise auf satzungswidrige Unternehmungen am CSU-Vorsitzenden vorbeigegangen sein können. Bereits im Oktober 2002 gab es Presseartikel über den bevorstehenden Deal zwischen Blume und Traublinger um das Landtagsmandat; übrigens hätte sich Herr Blume das alles sparen können, er hat ja wohl mittlerweile sein Etappenziel erreicht. Am 5. November 2002 war im „Münchner Merkur“ zu lesen: Parteifreunde als Stimmvieh, mit dem Hinweis auf Vorwürfe des Einschleusens von Mitgliedern in den Stimmkreis 107. Hier kommt ein alter, neuer Bekannter, Herr Höhenberger, ins Spiel – derjenige, von dem wir wissen, dass er die groben Arbeiten erledigen muss. Offensichtlich hat dieser Herr Höhenberger diese Pressemitteilung,

die für uns alle zu lesen war, dem armen Parteivorsitzenden vorenthalten, so dass er nicht handeln konnte.

Herr Höhenberger hat auch im Ausschuss ausgesagt – er war zum Zeitpunkt, als das alles passierte, Landesgeschäftsführer der CSU. Zunächst war ihm nicht erinnerlich, ob er vor den Wahlen in Perlach mit dem Vorsitzenden über diese Vorgänge gesprochen habe. Er wollte dann aber „nicht ausschließen, dass über das eine oder andere Detail mit dem Vorsitzenden vor 2003 gesprochen wurde.“ Auf die Frage nach Gesprächen zwischen Frau Hohlmeier und Herrn Stoiber trifft er folgende Aussage: „Ich gehe davon aus, dass Herr Stoiber mit Frau Hohlmeier zu einem unklaren Zeitpunkt dann und wann vielleicht darüber geredet hat.“ Ich denke, das ist für uns Hinweis genug, dass Herr Stoiber Bescheid gewusst hatte.

(Beifall bei der SPD)

Es geht immer um den Zeitpunkt Ende 2002, Anfang 2003. Gehandelt hat Herr Stoiber – weil immer betont wird, er habe alles getan und alles in die Wege geleitet – erst im September 2003, als er den Auftrag zur Satzungsänderung gegeben hat. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass im Bericht der Mehrheit diese Aussage von Herrn Höhenberger total unter den Tisch fällt; sie wird überhaupt nicht erwähnt. Ein weiteres Indiz für die Kenntnis Stoibers von der Stimmkauffäre ist für uns der Hinweis, was im März 2003 in der Handwerkskammer in München abgelaufen ist. Sie kennen alle den Ausspruch – in der Zeitung hat es gestanden –: „Hund san’s scho“, so habe Herr Stoiber gesagt. Interessant ist: Herr Traublinger erinnert sich in seiner Aussage ganz genau daran, dass er anstatt des Aufzugs die Treppe genommen hat. Er erinnert sich auch ganz genau daran, dass er den Herrn Ministerpräsidenten von dem Treffen mit Leuten, die er brauche, um die Kandidatenaufstellung vorzubereiten, unterrichtet hat. Er erinnert sich plötzlich überhaupt nicht mehr daran, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat; das ist eine strategisch wertvolle Erinnerungslücke – das möchte ich nur anmerken.

Fazit, was den Herrn Ministerpräsidenten betrifft: Herr Stoiber wusste frühzeitig Bescheid. Er hat aber erst im September 2003 die CSU-Satzungskommission eingeschaltet und um Vorschläge für eine Satzungsänderung gebeten. Herrn Stoiber war bekannt, dass in München dubiose Mitgliederaufnahmen zum Zweck der Beeinflussung von CSU-Wahlen stattfanden.

Damit ihm das nicht noch einmal passiert, noch ist Herr Stoiber Parteivorsitzender, sollte er sich schleunigst um die Vorgänge in Regensburg kümmern, weil sich hier Parallelen zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Er kann sich nicht wieder hier hinstellen und sagen, er habe nichts gewusst, man habe ihm die Presseartikel vorenthalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will jetzt zu dem kommen, was in der Öffentlichkeit als „Dossier-Affäre“ abgehandelt worden ist. Dabei geht es um das Verhalten

von Frau Hohlmeier gegenüber Bezirksvorstandsmitgliedern, die ihren Rücktritt als Bezirksvorsitzende verlangen wollten und verlangt haben. Auch hier versucht die CSU, die Ereignisse herunterzuspielen und die massiven Drohungen den Betroffenen gegenüber als subjektives Empfinden darzustellen. Leugnen können Sie die Vorgänge im Bürklein-Zimmer nicht, damit wären die Betroffenen ganz und gar nicht einverstanden. Sie sind auch mit Ihrer Interpretation nicht einverstanden, ich habe bereits vorhin einiges dazu zitiert. Lassen Sie mich an etwas erinnern, was Herr Podiuk gesagt hat: „Über die Wahrheit kann man nicht abstimmen, die ist vorhanden.“ – Ich denke, da hat er Recht.

Für uns steht fest, dass Frau Hohlmeier mit Hilfe von angesammeltem belastendem Material versucht hat, Parteifreunde unter Druck zu setzen. Dazu hat sie zum Gespräch am 16. Juli 2004 in einer Mappe Unterlagen ins Bürklein-Zimmer mitgebracht. Was alles in der Mappe lag, ist in der Tat nicht genau zu klären. Die Anschuldigungen gegenüber Herrn Spaenle, Herrn Zimmermann und Herrn Podiuk lassen aber darauf schließen, dass Material gezielt gesammelt und angefertigt wurde. Frau Hohlmeier hat im Übrigen selbst die Notiz über ein Telefongespräch bestätigt.

Wie sehr der CSU im Untersuchungsausschuss daran gelegen war, die Sache niedrig zu halten, zeigt auch die überflüssige Diskussion darüber, was eigentlich genau ein Dossier ist. Auch darüber haben wir uns unterhalten. Tatsache ist aber, dass Frau Hohlmeier in dieser Sitzung zum Rücktritt aufgefordert werden sollte; das war ihr vor dem Treffen bekannt. Tatsache ist auch, dass mit Drohungen auf einzelne Mitglieder reagiert wurde. Am massivsten war wohl der Vorwurf an Herrn Spaenle über angebliche Wahlfälschungen, die seine Frau betreffen. Diese Vorwürfe stehen bis zum heutigen Tag schlicht und einfach im Raum.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Auch der Sachverhalt, dass es eine Aussage von Herrn Baretti gibt, der wörtlich sagt, er habe „mal etwas zusammengeschrieben für die Ministerin über Herrn Podiuk“, fällt einfach heraus und wird in keiner Weise erwähnt.

Fazit: Frau Hohlmeier hat versucht, mithilfe von gesammelten, vermeintlich belastendem Material Parteifreunde, die ihren Rücktritt gefordert haben, unter Druck zu setzen.

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist eine unglaubliche Unterstellung!)

Ob damit im strafrechtlichen Sinne der Tatbestand der Nötigung erfüllt ist, mag dahingestellt bleiben. Das wäre zu diskutieren, vielleicht auch unterschiedlich zu werten. Ein unwürdiges und unmoralisches Vorgehen für eine Ministerin, Kolleginnen und Kollegen, ist das aber allemal.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich denke, Frau Hohlmeier wäre viel erspart geblieben, wenn sie danach gehandelt hätte, was sie selbst 1994, allerdings in einem anderen Zusammenhang, einmal sagte. Ich darf das Zitat übernehmen: „Man darf nicht mit dem Wissen um Interna drohen, das ist ein schlechter Stil und bricht einem früher oder später das Genick.“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dem ist nichts hinzuzufügen!)

Frau Hohlmeier, daran hätten Sie sich halten sollen!

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu dem Kapitel „Kritik von Schulleitern am G 8“. Massive Kritiker am G 8 wurden ins Kultusministerium zu einem Gespräch zitiert. Allein die Tatsache, dass dies von einem Tag auf den anderen geschah, und zwar durch Telefonanruf, zeigt schon, wie das Kultusministerium mit diesen Herren umgehen wollte. Alle Betroffenen schilderten das Gespräch als bedrohlich. Zitate: „Es war eine Abwatsch- und Anschiss-Phase“. „Es wurde mit existenziellen Ängsten gespielt“, und es wurden Schreiben, die nicht an das Kultusministerium gerichtet gewesen waren, die diesem aber zugespielt worden sind, verwendet. Die CSU kann die übereinstimmenden Aussagen der fünf Schulleiter nicht wegdiskutieren, sie ist aber der Meinung, dass die angespannte Atmosphäre zu Beginn des Gespräches keinerlei Anlass bot, Existenzängste zu erzeugen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach so! Das macht wohl alles nichts!)

Als Beweis wird gesagt, dass es zu keinerlei Disziplinarmaßnahmen kam. Natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, Disziplinarmaßnahmen hätten nämlich vor Gericht standhalten müssen. Einschüchterungsversuche hingegen können einer solchen rechtlichen Klärung nicht zugänglich gemacht werden. Damit kommen wir zu Herrn Schulleiter Schrägle. Ich brauche den Fall nicht mehr zu erläutern, der Sachverhalt ist hinreichend bekannt. Es ist auch hinreichend bekannt, dass alle Maßnahmen gegen ihn zurückgenommen werden mussten. Die CSU stellt in ihrem Bericht lapidar fest: „Der Fall Schrägle ist kein Fall G 8.“

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach so!)

Da haben Sie recht, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es gibt keinen Fall Schrägle, es gibt nur einen Fall Hohlmeier, und sie war verantwortlich im Kultusministerium, und es gibt ein Opfer Schrägle.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrem Bericht alles versucht, um darzulegen, dass Herr Schrägle nicht wegen seiner Haltung zum G 8 strafversetzt wurde. Tatsache ist und bleibt aber, dass alles, was gegen Herrn Schrägle passiert ist, dass die Jagd auf Herrn Schrägle gleichzeitig mit seiner Kritik am G 8 begann.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Merkwürdiger Zusammenhang!)

Auch die Tatsache, dass gezielt Material gegen Herrn Schräggle gesammelt wurde, spricht eindeutig dafür. Ich möchte nur ein wörtliches Zitat hierzu vortragen: „Wissen Sie nicht doch etwas aus den drei Jahren der Schulleitung des Herrn Schräggle, was rechtswidrig gewesen wäre?“ – Diese Frage wurde an die stellvertretende Schulleiterin des Gymnasiums von Herrn Schräggle im Ministerium gestellt. Hier wird doch deutlich, dass man gezielt versucht hat, etwas gegen Herrn Schräggle zu sammeln. Fazit: Herr Schräggle wurde aus unserer Sicht eindeutig aufgrund seiner kritischen Haltung zum G 8 versetzt.

Die Verfilzung der CSU-Parteiarbeit und der Ministeriumstätigkeit durch Frau Hohlmeier kann an zwei Beispielen nachgewiesen werden: die Nebentätigkeitspraxis im Ministerium und der besonders krasse Fall von Vetterwirtschaft – Frau Spandel. In keinem anderen Ministerium gab es so viele Nebentätigkeiten zur Erledigung von Parteiarbeiten wie im Kultusministerium. Die CSU-Mehrheit bemüht zur Definition von Nebentätigkeiten – auch das muss festgehalten werden – den Schlussbericht des Untersuchungsausschusses „Führungshilfen“. Ich will es mit aller Deutlichkeit sagen: Der Bericht eines Untersuchungsausschusses kann auch in Bayern nicht die geltende Rechtsgrundlage zur Definition von Nebentätigkeiten sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Genehmigung von Nebentätigkeiten und deren Voraussetzungen sind per Gesetz definiert. Im Sommer 2004 gab es elf Nebentätigungsgenehmigungen im Umfeld von Frau Hohlmeier. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Nebentätigungsgenehmigungen gegenüber neuen Mitarbeitern meist automatisch erteilt wurden. Aus Fürsorgepflicht, gegenüber den Betroffenen, wie die CSU das immer wieder betont hat. – Nebentätigkeiten dürfen aber nicht aus Fürsorgepflicht erteilt werden, sondern es bedarf eines schriftlichen Antrags und einer entsprechenden Begründung. Daran muss sich jedes Ministerium halten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bei jedem anderen muss man das so machen! – Beifall bei der SPD)

Interessant ist ferner, dass diese Nebentätigkeiten im August, quasi in einer Nacht- und Nebel-Aktion – sogar Telefonate mit Beamten im Urlaub wurden geführt –, plötzlich aufgehoben wurden. Das zeigt uns sehr deutlich, dass diese Nebentätigkeiten weder im öffentlichen Interesse lagen noch die Genehmigungen hierfür ordnungsgemäß erteilt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Sie dienten einzig und allein dem Zweck, jederzeit Zugriff auf die Mitarbeiter zu haben. Im Übrigen hätte diese Praxis, wenn sie in Ordnung gewesen wäre, nicht von einem Tag auf den andern geändert werden müssen; dann hätte das Ministerium dabei bleiben können.

Nun zu dem besonders – ich sage das ganz bewusst: – unappetitlichen Fall der Frau Spandel. Das Wort „unap-

petitlich“ bezieht sich nicht auf die Frau Spandel, um das deutlich zu sagen. Dieser Fall ist ein Paradebeispiel, ein Lehrstück für Vetterwirtschaft. An allen rechtlichen Bedenken etwa des Personalrats, des Personalchefs, des Amtschefs vorbei wird jemand zur Bearbeitung von Bürgeranfragen, zur Betreuung von Gästen, zur Vorbereitung von Terminen und zur Bearbeitung der Massenpetitionen eingestellt und in eine Gehaltsstufe zwischen BAT II und BAT III eingruppiert, obwohl diese Person lediglich die Voraussetzungen für eine Stelle nach BAT VII hat.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Wer nicht ganz erfasst, was das bedeutet, kann sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes informieren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da liegen ja Welten dazwischen!)

Die erklären das dann. Zunächst sollte eine Planstelle geschaffen werden, und das zu einer Zeit, zu der es gravierende Kürzungen bei den Lehrern gab. Schließlich wurde eine Übergangslösung mit einer befristeten Stelle geschaffen, die aus verschiedenen Töpfen bezahlt wurde. Weil Frau Spandel nicht die vorgesehenen Qualifikationen für die tarifliche Eingruppierung hatte, nämlich einen Hochschulabschluss, musste sie außertariflich eingruppiert werden. So einfach ist das, meine Damen und Herren, wenn man eine aktive Parteifreundin, CSU-Kreisrätin, Kreisvorsitzende der Jungen Union, Mitglied im CSU-Bezirksvorstand, Schatzmeisterin der Jungen Union, unterbringen will.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Weil Frau Spandel diese gut dotierte Stelle haben sollte, wurden die zunächst vorgetragenen Bedenken des Personalrats, des zuständigen Abteilungsleiters und des Amtschefs beiseitegewischt. Bei ihrer Einvernahme haben der Amtschef und der Personalchef dann gesagt: Wenn die Ministerin das so will, dann machen wir das so. – Ich denke, die CSU kann in ihrem Bericht die Tatsache nicht leugnen; das wäre ja auch noch schöner. Interessant ist, dass in diesem Punkt von ihrer Seite keinerlei Bewertung vorgenommen wird, kein Fazit gezogen wird.

Ich komme zum letzten Kapitel im Untersuchungsausschuss, nämlich zur Task Force. Zunächst wurde auch da vonseiten der CSU versucht, die Erweiterung des Fragenkatalogs mit der Begründung zu verhindern, es handle sich um einen nicht ausforschbaren Kernbereich der Exekutive, den wir nicht untersuchen können. Auch hier irrte sich die CSU. Wir haben ihn untersucht, allerdings mit der Einschränkung: nur bis zum 18.04., also nur bis zum Ende der Amtszeit von Frau Hohlmeier. Das hat ihr die Möglichkeit gegeben, mehrfach zu sagen: Fehler, Mängel und sonstige Misswirtschaften seien nach dem 18.04. passiert, also nach ihrer Amtszeit. Ja, wem ist das jetzt zuzurechnen? Vielleicht dann eben doch dem neuen Minister, den man hier schützen will nach dem Motto: Das

können wir auf Frau Hohlmeier abladen, sie ist ja zurückgetreten. Da kommt es auf ein Bisschen nicht mehr an.

Die Staatsregierung beschloss im März 2003, diese Task Force einzurichten. Sie wurde im Wirtschaftsministerium und im Kultusministerium angesiedelt. Im Kultusministerium wurde die Task Force mit einem Geschäftsführer und zwei Mitarbeitern ausgestattet. Die Zeit erlaubt es nicht, auf die durchaus positiven Projekte einzugehen, die es da auch gab. Bereits zwei Wochen nach der Übernahme des Kultusministeriums durch Herrn Schneider – und das ist sehr interessant – ist am 4. Mai der Bayerische Oberste Rechnungshof eingeschaltet worden, um die Arbeit der Task Force, besonders die Großprojekte, zu überprüfen. Die Begründung war, dass das Kultusministerium keine Kenntnis über den aktuellen Stand dieser Projekte und über die bisherige Tätigkeit der Task Force, die quasi als closed shop arbeite, habe. – Es ist schon sehr merkwürdig, dass ein Minister in seinem Haus angeblich keine Informationen bekommt und dazu den Obersten Rechnungshof braucht.

Die Prüfung durch den Obersten Rechnungshof hat eine Reihe von Ergebnissen im Hinblick auf die Verantwortung der Ministerin a. D. und des Ministerpräsidenten gebracht. Die Auswahl der Mitarbeiter der Task Force war von Frau Hohlmeier getroffen worden. Die personelle Ausstattung war in keiner Weise ausreichend: ein Geschäftsführer plus ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin. Ob die handelnden Personen im Einzelnen für diesen vielfältigen Bereich kompetent waren und das wirklich hätten bewältigen können, will ich dahingestellt sein lassen. Fest steht aber, dass keine ausreichende Unterstützung zum Beispiel in Fragen des Vergaberechts, des Medienrechts, des Steuerrechts aus dem Ministerium gegeben wurde. Frau Hohlmeier war offensichtlich nicht in der Lage, die zum damaligen Zeitpunkt schon heftig konkurrierenden Lager im Ministerium zusammenzuführen. Die Task Force hat nicht die notwendige Unterstützung aus der Verwaltung und von der Spitze des Ministeriums erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Ausstattung mit Personal war nicht ausreichend. Mit dem vorhandenen Personal konnte diese Mammutaufgabe nicht bewältigt werden. Die finanzielle Ausstattung der Projekte war von Anfang an zu knapp. Herr Wiesheu hat bestätigt, dass im August 2004 bereits von zehn weiteren Millionen geredet wurde, die benötigt würden, wenn man diese Aufgabe vernünftig erledigen würde. Wir sind der Meinung: Frau Hohlmeier hat zu spät und nicht mit dem nötigen Nachdruck eine verbesserte Ausstattung verlangt. So war die Aufgabe nicht zu bewältigen.

Auch für die umstrittene Auswahl des Geschäftsführers der Task Force, der gleichzeitig dem privaten Verein „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Kultur während der WM 2006 in München e. V.“ vorstand, hat die Sensibilität gefehlt. Staatliches und privates Handeln kann man eigentlich nicht miteinander verknüpfen.

Fazit: Frau Hohlmeier trägt für diese Unzulänglichkeiten, die ich soeben dargestellt habe, die politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Staatskanzlei und damit Herr Stoiber – dazu nur noch ganz kurz – waren aus unserer Sicht auch frühzeitig darüber informiert. Hier kommt wieder Herr Höhenberger ins Spiel. Bereits Anfang 2004 und zum Jahreswechsel 2004 gab es Aktenvermerke von und an Herrn Höhenberger. Möglicherweise hat Herr Höhenberger auch hier seinen Chef wieder nicht ausreichend informiert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wie es nur sein kann!)

– Ja, das ist schon eine ganz merkwürdige Geschichte.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich abschließe, noch einige Anmerkungen zum Obersten Rechnungshof machen, aber auch zum Verhalten führender Beamter im Kultusministerium.

Ob der Oberste Rechnungshof – ORH – dazu benutzt wurde, von wem auch immer, und ohne dass wir den Prüfern und Prüferinnen unterstellen wollen, das sei bekannt gewesen, Material gegen die schon abgetretene ehemalige Ministerin zu gewinnen, ist nicht vom Prüfauftrag des Untersuchungsausschusses umfasst.

(Engelbert Kupka (CSU): Richtig!)

Ich möchte das trotzdem bewusst anmerken. Tatsache ist aber, dass es ein völlig unüblicher Vorgang ist, dass ein Minister beim ORH nachfragen lässt, ob der ORH bitte nachschauen könnte, was eigentlich im Ministerium los sei, weil der neue Minister angeblich keine Information von den zuständigen Beamten seines Hauses bekommt. Als der ORH diesem ungewöhnlichen Ansinnen nachkam, waren Akten verschwunden und wurden Akten plötzlich umsortiert. Wir alle mussten feststellen, dass durch diese Handhabung nichts mehr ordentlich festgestellt werden konnte, und sie auch nicht zur Erhellung dessen beigetragen hat, was vorher wirklich passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Es lässt sich also aus unserer Sicht nicht leugnen, dass es auch eine politische Verantwortung des derzeitigen Ministers gibt. Ich will das hier mit aller Deutlichkeit sagen, und ich appelliere – auch wenn er nicht da ist – bewusst an den jetzigen Minister, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit großem Engagement – das, denke ich, haben wir bei deren Aussagen auch festgestellt – gearbeitet haben, sicher mit Unzulänglichkeiten, aber wegen der Situation und nicht wegen ihrer persönlichen Unzulänglichkeiten, letztlich nicht für etwas bestraft werden, was sie nicht zu verantworten haben. Auch da könnte ein Minister eine politische Verantwortung übernehmen und endlich dafür sorgen, dass in seinem Hause, im Kultusministerium wieder Ruhe eintritt.

Zurück zur Verantwortung von Frau Hohlmeier und Herrn Stoiber. Fazit für uns: Beide haben durch ihr Verhalten dem Ansehen ihrer Ämter, aber vor allem dem Ansehen der Politik schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Frau Hohlmeier hat die politische Verantwortung für ihr Handeln übernommen und ist zurückgetreten. Herr Stoiber hat es gemacht wie immer: Er hat auf der politischen Ebene einen Sündenbock und auch auf der Verwaltungsebene einen Sündenbock gesucht und gefunden. Aber auch Herrn Stoiber haben seine eigenen Verhaltensweisen zwischenzeitlich eingeholt: Es ist gut, dass er zurückgetreten worden ist.

Bleibt zu hoffen, dass die CSU aus all diesen Vorkommnissen lernt. Staat und CSU sind zweierlei. Das merkt man in diesem Hause bei den Kolleginnen und Kollegen der CSU nicht immer.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Mitgliederkauf, wenn Dossiers, wenn Bespitzelung des Privatlebens zum Machterhalt dienen müssen, dann – liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass wir uns wenigstens darüber einigen können – schadet das nicht nur dem Ansehen jedes Einzelnen von uns, sondern der Politik insgesamt, aber es schadet vor allen Dingen unserer Demokratie.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich will das Fazit der zweijährigen Arbeit des Untersuchungsausschusses vorwegstellen: Der Untersuchungsausschuss Monika Hohlmeier war einer der wichtigsten und einer der erfolgreichsten, den wir hier in Bayern je hatten. Der Untersuchungsausschuss hat zum einen die Verfehlungen und den Machtmissbrauch der ehemaligen Kultusministerin aufgedeckt, aber er hat darüber hinaus auch tiefe Einblicke gewährt in ein System: Es ist nicht nur der Machtmissbrauch, es sind nicht nur die Verfehlungen einer einzelnen Person, sondern es hat sich gezeigt: Dahinter steckt ein System.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist natürlich zunächst einmal ein System Hohlmeier, weil nicht nur in wenigen Einzelfällen Dinge gelaufen sind, die man sehr verniedlichend als nicht korrekt bezeichnen muss. Also, es war ein System Hohlmeier, das sie auf allen Ebenen, in denen sie Verantwortung hatte, angewendet hat; aber darüber hinaus hat sich auch gezeigt, es ist nicht nur ein System Hohlmeier. Im Lichte der aktuellen Ereignisse in der CSU kann man, glaube ich, davon

sprechen: Es ist auch ein System CSU, das hier deutlich geworden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was meine ich damit? – Wir haben damit Bekanntschaft machen dürfen, wie man sich Informationen über Parteifreunde verschafft, wie man Ausforschungen vorantreibt, wie man Bespitzelungen organisiert, wie man versucht, mit Informationen, die man auf diese Art und Weise erlangt hat, diese Personen gezielt unter Druck zu setzen, wie man mit Veröffentlichungen droht, wie man mit Interneta droht gegen Personen, die dem eigenen Machtanspruch im Wege stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie hier sagen, es ist wieder einmal nur ein bedauerlicher Einzelfall – wenn Sie überhaupt die Größe haben, das zuzugeben –, dann sage ich Ihnen: Schauen Sie sich mit offenen Augen in ihrer Partei um! Sie selber wissen am allerbesten, wie dieses System aussieht, und ich glaube, viele von Ihnen haben auch Befürchtungen, dass sie selber vielleicht einmal zum Opfer dieses Systems werden könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben Kenntnis bekommen von dem Versuch Frau Hohlmeiers, CSU-Vorstandsmitglieder in München unter Druck zu setzen durch die sogenannten Dossiers, um die Vorstandskollegen davon abzubringen, ihre Rücktrittsforderung gegen die damalige Bezirksvorsitzende vorzubringen.

Wir haben in der Arbeit des Untersuchungsausschusses Kenntnis bekommen, dass man offenbar noch nicht einmal vor Kontoauspähungen zurückschreckt. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Geschichte überhaupt noch erinnerlich ist: Ein Mitglied der Jungen Union hat bei der Stadtsparkasse versucht, Daten über finanzielle Verhältnisse des damaligen Münchner CSU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Podiuk, zu bekommen.

(Engelbert Kupka (CSU): Was hat das mit dem Untersuchungsausschuss zu tun?)

– Das hatten wir in der Diskussion.

Ich sage Ihnen: Es ist ein System, sonst hätte dieser junge Mann natürlich Skrupel haben müssen, so etwas zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Fallbeispiel für ein System:

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Wir alle haben es miterleben können: Herr Höhenberger versucht, sich Informationen über Frau Pauli zu verschaffen, weil die ja ziemlich lästig geworden ist.

(Zurufe von der CSU)

Und Sie haben es im Moment doch auch: Die Veröffentlichungen über das Privatleben von Herrn Seehofer – jetzt sagen Sie mir nicht, das wäre Zufall und das wäre kein System!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN: Genau so ist es!)

Sie wissen es, wie mit der Kollegin Stamm hier umgegangen wurde. Das waren nicht die Informationen, die die Opposition weitergegeben hat, das waren die Informationen, die Sie als Parteifreunde über Ihre Kollegin an die Presse lanciert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Sie wissen auch, wie mit Herrn Waigel umgegangen wurde. Da hat man doch auch gezielt seine privaten Verhältnisse publiziert – für die meisten war es gar nichts Neues mehr –, um da in einem Machtkampf dieser Person zu schaden.

Das ist das System CSU, und das schadet insgesamt unserer Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): Ach Gott, ach Gott, ach Gott!)

Und was lesen wir denn dieser Tage wieder in der Zeitung? Nicht nur von Ausforschungen und Bespitzelungen, sondern offenbar auch der Kauf von Mitgliedern hat in der CSU Schule gemacht.

(Zurufe von den GRÜNEN: Genau!)

Das nimmt man sich in der CSU München offenbar als Beispiel und sagt: Wunderbar, was bei der Münchner CSU – scheinbar – funktioniert hat, zumindest eine Weile funktioniert hat, das kann man doch jetzt auch in Regensburg machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, was ich da in der Zeitung lese über das Vorgehen Ihres Parteifreundes Herrn Fürst, ist identisch mit dem, was hier in der Münchner CSU passiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das Schlimme ist: Es passiert wieder!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn ich da lese, es wurden Namenslisten verteilt – das war im Ortsverband Perlach so. Gegen den Herrn hat man schon einmal ermittelt wegen Stimmenkaufs. Hier in München gab es auch schon viele Hinweise, aber es wurde nicht eingeschritten. Interessanterweise treffen wir da auch wieder auf einen Herrn, der im Untersuchungsausschuss Zeuge war und der im Ortsverband Perlach auch eine gewisse Rolle gespielt hat: der Herr Weinhofer.

Komischerweise hat er diese Sitzung in Regensburg jetzt auch schon wieder geleitet. Da frage ich mich: Was hat der eigentlich gelernt? Mit diesen Methoden muss endlich Schluss sein!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Ein weiteres System, von dem wir feststellen können, dass es sich durch viele Bereiche und auch durch die jüngste Diskussion zieht: Ihre Vermischung von Partei und Staat, Ihre Gleichsetzung von Partei und Staat. Wir hatten es wieder in der Debatte letzte Woche: Der Ministerpräsident führt die Krisengespräche zur Klärung des Parteivorsitzes in der Staatskanzlei, weil es für Sie keinen Unterschied macht. Da können Sie gleich sagen, eine Staatspartei trifft sich in der Staatskanzlei.

So weit sind wir aber hoffentlich nicht. Sie müssen endlich wieder lernen, dass es einen Unterschied macht, ob Partei oder Staat. Der Staat gehört nicht Ihnen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Manfred Ach (CSU): Das sollten Sie sich endlich einmal zur Brust nehmen!)

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses hat nicht nur zum Rücktritt der ehemaligen Kultusministerin geführt, sondern der Untersuchungsausschuss hat auch gezeigt, dass sich Frau Hohlmeier für heute und für die Zukunft für ein hohes Amt und für eine verantwortungsvolle Position in diesem Staat disqualifiziert hat. Die ursprünglich angedachte Verleihung der Verfassungsmedaille für Frau Hohlmeier wurde deshalb zu Recht rückgängig gemacht. Ich muss sagen: Besondere Verdienste um die Bayerische Verfassung sehen anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Zu den Untersuchungsergebnissen will ich nicht noch einmal in aller Breite Stellung nehmen. Die wurden schon deutlich gemacht. Ich will zu den einzelnen Punkten kurz unsere Schlussfolgerungen darstellen.

Da ist zuerst die Münchner Wahlfälscheraffäre, sicherlich einer der interessantesten Einblicke in das Innenleben der CSU. Es hat sich klar herausgestellt, dass Mitgliedsanträge gefälscht oder satzungswidrig behandelt wurden mit dem Ziel, eine bestimmte Mehrheit bei der Aufstellungsversammlung herbeizuführen. Davon wussten viele in der Partei. Da kann sich niemand herausstellen. Der damalige CSU-Generalsekretär Dr. Goppel war informiert; Herr Podiuk war informiert; Herr Singhammer war informiert.

(Zuruf von der CSU: Nein!)

– Aber natürlich! Sie waren doch nicht im Untersuchungsausschuss. Von wo kam der Zwischenruf?

(Zuruf von der CSU)

– Ach, von Ihnen. Sie waren ab und an da, das stimmt. Das muss ich zugeben.

Die entscheidende Frage war natürlich: Wusste Frau Hohlmeier davon, und wenn ja, ab wann? Da können Sie mir doch nicht erzählen, wenn Herr Podiuk sagt, er habe sie im Dezember vor dieser fraglichen Ortsverbandsversammlung informiert und gesagt, jetzt müsse man etwas tun, jetzt gebe es wirklich Stimmenkäufe, jetzt werde es wirklich schlimm, dass diese Aussage etwa so zu bewerten sei: Das weiß man jetzt nicht so genau, das kann man nicht so genau bewerten, das ist möglicherweise nicht so glaubhaft! – Ich denke, die Aussage von Herrn Podiuk war eindeutig. Aus unserer Sicht ist es völlig klar, dass Frau Hohlmeier über die kriminellen Machenschaften in der Münchner CSU frühzeitig informiert war. Sie hat nichts dagegen unternommen, sondern sie hat im Gegenteil diejenigen, die etwas dagegen unternehmen wollten, auch noch am Einschreiten gehindert.

Die Beweisaufnahme hat ohne Zweifel ergeben, dass Monika Hohlmeier vor dem 5. Februar 2003, dem Wahltag im CSU-Ortsverband Perlach, Kenntnis von Urkundenfälschungen und Urkundenunterdrückungen hatte. Sie hat aber weder korrigierend eingegriffen noch die Mitgliederkaufaktion verhindert, sondern sie im Gegenteil eher unterstützt.

Der zweite Punkt ist die sogenannte Dossieraffäre. Ich weiß nicht, Herr Spaenle, ob Sie hierzu noch einmal das Wort ergreifen wollen. Auf jeden Fall war schon sehr deutlich, wie Sie sich im Untersuchungsausschuss dazu geäußert haben. Auch als Herr Kupka seinen Bericht vorgelegt hat, hat er nicht die Zustimmung aller Zeugen gefunden. Herr Spaenle hat sich sehr deutlich dazu geäußert. Ich bin gespannt, ob Sie, Herr Spaenle, diese Position auch hier noch einmal darlegen werden.

Es hat sich herausgestellt, dass Frau Hohlmeier die Mitglieder des CSU-Bezirksvorstandes, die im Zuge der CSU-Wahlfälschungsaffäre ihren Rücktritt als Bezirksvorsitzende forderten, in einer Sitzung im Bürklein-Zimmer des Landtags massiv mit Dossiers unter Druck gesetzt hat. Sie drohte, Interna aus dem Privatleben der Bezirksvorstandsmitglieder zu veröffentlichen. Unter anderem sagte sie – das ist von mehreren Zeugen bestätigt worden –: Gegen jeden von euch habe ich etwas! – Wenn das keine Drohung ist.

Für diesen Sachverhalt gibt es glaubhafte übereinstimmende Zeugenaussagen zahlreicher prominenter CSU-Mitglieder: Herr Spaenle – er ist schon erwähnt worden –, Herr Zimmermann und die Stadträte Podiuk und Quaas. Die Versuche im CSU-Bericht, diese Aussagen als missverständlich darzustellen, Herr Kupka, sind ebenso hilflos wie nutzlos. Die betroffenen CSU-Mitglieder haben sich schon entsprechend dazu geäußert.

Aber diese Methode, Interna über jemanden zu sammeln und zu versuchen, ihn damit unter Druck zu setzen, hat sich nicht auf die CSU-Vorstandsmitglieder beschränkt. Wir haben das in den Zeugeneinvernahmen von Schulleitern erfahren müssen. Das ist natürlich besonders schäbig, weil es sich hierbei um abhängig Beschäftigte handelt, sodass die Ministerin auch gegen ihre Fürsor-

gepflicht als Dienstherrin verstoßen hat. Diese Art, sich gegen Widerstände durchzusetzen, Kritiker unter Druck zu setzen, hat sich fortgesetzt in der Behandlung von Schulleitern, die es gewagt haben, die Einführung des glorreichen G 8 zu kritisieren und zu sagen, vielleicht sei das doch nicht so durchdacht gewesen.

Wir haben im Ausschuss die Situation des Herrn Schrägle behandelt, der sich mittlerweile auch gerichtlich in mehreren Instanzen durchgesetzt hat, der also sein Recht ausgefochten hat. Auch da haben wir wieder gesehen, wie versucht wird, eine kritische Person unter Druck zu setzen, koste es, was es wolle.

Die Schuldirektoren, die ins Ministerium eingeladen waren, haben uns übereinstimmend erzählt, wie sie massiv unter Druck gesetzt wurden, wie die Ministerin sie angegangen ist, wie sie in internen Unterlagen geblättert und daraus zitiert hat. Dabei bedrohte sie die Direktoren mit Äußerungen wie: Was glauben Sie eigentlich, wer Sie sind? Wir könnten auch ganz anders! – Auch da wiederholt sich eine bestimmte Äußerung.

Der fünfte Punkt: Parteibuchwirtschaft und Einsatz von Beamten für Parteizwecke im Kultusministerium. Wir haben im Fall der Frau Spandel – der Name ist ja bekannt, deswegen nenne ich ihn hier auch – sehr deutlich nachvollziehen können, dass hier bewusst für eine Parteifreundin eine Stelle geschaffen wurde, die auch noch über ihrer Qualifikation eingruppiert wurde. Dabei wurde auf die Bedenken der Beamten innerhalb des Ministeriums keine Rücksicht genommen. Die Ministerin wollte das so, und dann musste es so durchgezogen werden.

Beamte wurden für persönliche Zwecke der Ministerin und für die Arbeit der CSU eingesetzt. Ein Beamter verfasste zum Beispiel während seiner Arbeitszeit einen Artikel für den „Bayernkurier“, ohne dass hierfür eine Kostenerstattung durch die CSU oder durch Monika Hohlmeier erfolgte. Er arbeitete somit auf Kosten der Steuerzahler für die CSU. Der betroffene Beamte hat diese Vorwürfe selbst eingestanden.

Letzter Punkt: das finanzielle Desaster bei der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft, die sogenannte Task Force. Frau Radermacher hat schon ausführlich darüber berichtet, wie die Zeugeneinvernahme war und zu welchem Ergebnis wir gekommen sind. Festzustellen ist, dass das Personal der sogenannten Task Force völlig überfordert war. Sowohl die Ministerin als auch die Staatskanzlei haben frühzeitig sowohl von der fachlichen Überforderung als auch von den finanziellen Problemen gewusst. Ein geordnetes Verwaltungshandeln war nicht zu erkennen. Die Verantwortung für das Desaster der Task Force trifft bis April 2005 voll die Ministerin und, da die Staatskanzlei informiert war, auch die Staatskanzlei, auch den Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Hohlmeier hat die Mitarbeiter eingestellt, die sie später als überfordert und nicht qualifiziert darstellte. Diese Leute haben unglaublich geschuftet, aber es ist einfach nicht möglich, eine so große Sache mit zwei Leuten

zu stemmen. Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, dass mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dieses Riesenprojekt gar nicht zu schultern ist. Aber man hat ihnen nicht zugehört. Vor allen Dingen hat man ihnen nicht zusätzliche Hilfe zur Verfügung gestellt.

Zur Arbeit im Ausschuss insgesamt: Wir mussten am Anfang heftig kämpfen, um überhaupt die notwendigen Unterlagen in die Hand zu bekommen, um unsere Arbeit als Untersuchungsausschuss wirklich gut und seriös leisten zu können. Wenn Herr Kupka heute sagt, es sei eine Unverschämtheit, wenn wir sagen, wir seien in unserer Arbeit behindert worden, sage ich: Herr Kupka, Sie wissen, dass Sie am Anfang versucht haben, den „normalen“ Mitgliedern des Untersuchungsausschusses überhaupt den Zugang zu den Unterlagen zu verwehren.

(Engelbert Kupka (CSU): Gerichtsakten! Zum Schutz der Betroffenen! Das ist ein Unterschied!)

– Ja, zum Schutz der Betroffenen, das kennen wir, dass immer damit argumentiert wird, wenn Sie Informationen nicht herausgeben wollen. Wir mussten wirklich vehement auftreten und mit dem Gang zum Verfassungsgericht drohen, um überhaupt eine Arbeitsgrundlage zu haben und zu erreichen, dass alle in gleicher Weise die Akten bekommen. Ich hoffe, so etwas wiederholt sich in zukünftigen Untersuchungsausschüssen nicht. Mit dieser Aktion sind Sie wirklich kräftig auf dem Bauch gelandet, Herr Kupka.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das hat dann – Sie selber haben es angesprochen – sogar zu einem klärenden Gespräch beim Präsidenten geführt, der sich auch noch einmal für Fairness eingesetzt hat. Das hat dann, als die Ministerin zurückgetreten ist, auch dazu geführt, dass Sie gesagt haben: Die Arbeit des Untersuchungsausschusses ist jetzt beendet, und da wollen wir lieber nichts mehr von dem wissen, was da vielleicht noch alles an die Oberfläche kommen könnte.

Sie haben so gehandelt, um das „System CSU“ zu schützen. Gott sei Dank haben Sie sich auch in diesem Punkt nicht durchsetzen können.

Ich frage Sie aber, wie Sie in Zukunft mit dem, was hier offenbar wurde, mit dem, was Sie auch nicht bestreiten können, umgehen wollen. Wie wollen Sie denn in Zukunft den Mitgliederkauf verhindern? Was tun Sie, um die Trennung von Partei und Staat in Zukunft zu gewährleisten? Was tun Sie, um sich gegen Menschen in den eigenen Reihen zu wehren, die Leute unterdrücken, unter Druck setzen, die bespitzeln und mit Interna agieren? Diese Frage müssen Sie uns heute beantworten, wenn das, was Sie hier äußern, nicht nur Makulatur sein soll. Sie sagen, Sie haben daraus gelernt. Dann sagen Sie uns, wie Sie diese Machenschaften in Ihren eigenen Reihen in Zukunft verhindern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein letztes Wort. Auch Kollege Haedke sitzt noch hier, und wie ich höre, bereitet er sich in aller Ruhe auf

eine nächste Kandidatur für den Bayerischen Landtag vor. Kolleginnen und Kollegen der CSU, der Abgeordnete Haedke hat sich in dieser Sache sicherlich nicht mit Ruhm bekleckert, und die Aussagen der Staatsanwaltschaft sind eindeutig. Herr Haedke hat sich geweigert, dem Untersuchungsausschuss Rede und Antwort zu stehen. Ich denke, es ist auch Ihre Aufgabe, in der CSU-Fraktion deutlich zu machen, dass Sie nicht wollen, dass solche Personen für Sie in der Öffentlichkeit stehen, und es ist auch Ihre Aufgabe, deutlich zu machen, dass im nächsten Landtag Personen, die von der Staatsanwältin als Drahtzieher der kriminellen Machenschaften bezeichnet werden, für Sie und für uns nicht mehr im Bayerischen Landtag vertreten sind. Ihre Äußerungen sind nur glaubhaft, wenn Sie in den eigenen Reihen wirklich Konsequenzen ziehen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Bause. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Obermeier.

Thomas Obermeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach diesen Märchenstunden der beiden Oppositionsrednerinnen

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie? Das ist nichts als die Wahrheit! – Karin Radermacher (SPD): Na, na!)

ist es, auch wenn heute Fasching ist, Zeit, auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren und sich mit ihnen zu beschäftigen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Zu dem, was Sie, Frau Kollegin Bause, vorgebracht haben, kann ich nur sagen: Das ist reinste Themaverfehlung. Setzen! Sechs.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie verdrehen die Tatsachen, so wie es Ihnen gerade in den Kram passt. Dass Sie irgendwelche Wahlen in Regensburg, bei denen der Kollege Welnhofner als Kreisvorsitzender anwesend ist, so hindrehen, als sei er in irgendeiner Form Teil des von Ihnen so bezeichneten „Systems“, ist eine Ungeheuerlichkeit.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Lesen Sie doch einmal Zeitung! In Regensburg steht es doch in der Zeitung!)

Ich bedauere, dass Kollege Welnhofner nicht hier ist und zu diesem Thema Stellung nehmen kann.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie sollten sich endlich einmal dessen bewusst werden – darauf wurden Sie immer wieder hingewiesen –, dass es Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses war, sich

mit Tatsachen auseinanderzusetzen. Aber während des Untersuchungsausschusses und auch heute haben Sie wieder deutlich gemacht, dass Sie sich damit einfach nicht anfreunden können und dass Sie sich damit auch nicht anfreunden wollen.

Sie sagen, dies sei der wichtigste Untersuchungsausschuss gewesen. Ich sage Ihnen: Das war der überflüssigste Untersuchungsausschuss, den wir jemals hatten.

(Lachen bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das könnte euch so gefallen! – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Für Sie stand das Ergebnis bereits im Vorfeld fest, und wenn die Zeugen nicht das ausgesagt haben oder die Akten nicht das hergegeben haben, was Sie sich gewünscht haben, dann wurde es eben passend gemacht. Es wurde mit Spekulationen gearbeitet, und wenn das auch nicht gereicht hat, dann hat man den Vorsitzenden oder verdiente Mitarbeiter des Landtagsamtes in einer Form angegriffen, die wirklich ungeheuerlich ist.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Wahrheit ist manchmal schlimm!)

Frau Kollegin Bause, Sie werfen der CSU-Fraktion und vor allem dem Vorsitzenden vor, die Arbeit des Untersuchungsausschusses behindert zu haben, und bemängeln einen fehlenden Aufklärungswillen. Das haben Sie heute von diesem Pult aus gemacht, und es geht auch aus dem Minderheitenbericht hervor. Ich weise diesen Vorwurf entschieden zurück. Der Vorsitzende hat bereits auf die Vielzahl von Sitzungen und Zeugeneinvernahmen hingewiesen, die wir in diesem Untersuchungsausschuss durchgeführt haben. Sämtliche Zeugenvernehmungen, sämtliche Aktenbeziehungen sind einstimmig erfolgt. Es wurde sogar einstimmig beschlossen, dass wir diverse Zeugeneinvernahmen zurückstellen. Es hieß: Wenn wir sie brauchen, können wir sie ja noch laden. Ich habe nie einen Antrag gesehen, mit dem Sie irgendwann beantragt hätten, diese zurückgestellten Zeugen noch zu vernehmen, auch heute nicht. Diesbezügliche Aussagen heute und im Bericht zeigen meiner Meinung nach, dass Sie überhaupt nicht mehr wussten, was Sie eigentlich aufklären wollten, weil das Ergebnis bei Ihnen von Anfang an schon feststand.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Der beste Beleg dafür, dass Sie gar nicht mehr wussten, was Sie aufklären wollen, war Ihr Verhalten, Frau Kollegin Radermacher und Herr Kollege Pfaffmann, vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Dort wurden Sie vom Gericht gefragt, was Sie sich von der Gegenüberstellung, die Sie beantragt hatten, überhaupt versprechen. Die Frau Kollegin Radermacher ist blass geworden und hat gar nichts gesagt, und der Kollege Pfaffmann hat herumgedruckt wie ein kleiner Schulbub, den man beim Spicken erwischt hat.

(Karin Radermacher (SPD): Wie bitte? Waren Sie dabei?)

– Ich war dabei, und ich sage Ihnen: Es ist peinlich, wenn man uns mangelnden Aufklärungswillen vorwirft, aber selber nicht weiß, was man überhaupt aufklären will.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie verfehlen gerade das Thema!)

Entschieden entgeggetreten muss ich auch Ihrer Behauptung, dass dadurch, dass wir diese Gegenüberstellung nicht zugelassen haben und dass Sie deswegen den Bayerischen Verfassungsgerichtshof anrufen mussten, eine Behinderung der Aufklärung erfolgt sei. Ich denke, der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat Ihnen ganz klar die Grenzen aufgezeigt und deutlich gemacht, wie weit Ihr Antragsrecht in diesen Punkten geht. Aber für mich zeigt sich in dieser Behauptung aufgrund Ihres Minderheitenrechts einiges. Sie wollten mit diesem Untersuchungsausschuss nur eines erreichen: Sie wollten Ihre Vorurteile bestätigt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Um diese Vorurteile auch tatsächlich bestätigt zu bekommen, nehmen Sie alles in Kauf, ganz gleich, ob dies rechtlich zulässig ist oder nicht. Ich sage Ihnen: Ein solches Spiel wird die CSU-Fraktion in diesem Hause sicherlich nicht mitmachen.

Wenn Sie schon so viel aufklären wollen und wenn Sie schon davon sprechen, dass die Aufklärung behindert wurde – warum haben Sie denn nach diesem Beschluss des Verfassungsgerichtshofs nicht noch entsprechende Anträge gestellt? Der Verfassungsgerichtshof hat Ihnen ganz klar aufgezeigt, wie weit Ihr Recht geht. In diesem Beschluss sind Dinge aufgezeigt worden, die es Ihnen jederzeit möglich gemacht hätten, neue Zeugen zu benennen, auch die Zeugen zu benennen, die wir zurückgestellt haben. Die CSU-Fraktion hätte keine Möglichkeit gehabt, dies abzulehnen.

Sie wussten nicht mehr, was Sie aufklären wollen. Bei Ihrer vorgefassten Meinung braucht man eigentlich nicht mehr aufzuklären.

Wie sehr Sie sich den Tatsachen versperren, zeigt sich an Herrn Podiuk. Der Vorsitzende hat schon kurz auf die Problematik hinsichtlich der Frage hingewiesen, wer denn eigentlich dafür zuständig ist, wenn irgendwelche Mitglieder ausgeschlossen werden. Zeuge Podiuk hat eine Aussage gemacht, die mit der Satzung der CSU nicht in Übereinstimmung steht. Das werfe ich ihm nicht vor. Jeder kann sich irren, und ich gebe zu, auch ich kenne nicht jede Vorschrift der CSU-Satzung. Aber ich werfe Ihnen vor, dass Sie diese Aussage ungeprüft übernehmen und so tun, als sei dies das Nonplusultra, weil es genau in Ihre Vorstellungen von dem Ergebnis passt.

Ich frage mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, wer hier tatsächlich will, dass die Wahrheit an den Tag kommt. Wer solche Aussagen ungeprüft übernimmt, kann dies von sich sicherlich nicht behaupten.

Ich verwahre mich auch dagegen, dass Sie, wie es auch heute wieder geschehen ist, behaupten, die CSU-Fraktion habe die Behauptung des Zeugen Podiuk als unglaubwürdig dargestellt. Das stimmt nicht. Auch der Vorsitzende hat heute noch einmal ganz dezidiert und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dem nicht so ist. Die Aussagen des Zeugen Podiuk wurden gewertet. Diese Wertung fällt in den Schlussfolgerungen wohl unterschiedlich aus. Es ist sicherlich auch Wesen eines Untersuchungsausschusses, dass man in der einen oder anderen Schlussfolgerung zu einem anderen Ergebnis kommt. Aber wenn Ihnen diese Folgerungen nicht passen, dann ist das Ihr Problem. Ich gestehe Ihnen das zu, aber das rechtfertigt nicht, öffentlich zu behaupten, die CSU habe den Zeugen Podiuk als unglaubwürdig hingestellt, zumal es im Bericht und auch heute noch einmal richtig dargestellt wurde.

(Karin Radermacher (SPD): A weng dünn, Herr Obermeier! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Warum ist die Ministerin eigentlich zurückgetreten?)

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu den diversen Stellungnahmen des Landtagsamtes sagen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Alles ein Missverständnis!)

In Ihrem Minderheitenbericht findet sich die Aussage: Es wurde hier ein Gefälligkeitsgutachten erstellt. Ich sage Ihnen eines: Ich halte diese Aussage für eine Unverschämtheit.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach Gott!)

Nur weil eine Stellungnahme nicht Ihren Erwartungen entspricht, einen Mitarbeiter in dieser Art und Weise zu verunglimpfen, ist unerhört, bedenkt man, dass diese Person jetzt Bayerischer Datenschutzbeauftragter ist.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so: Wenn vom Landtagsamt zu anderen Rechtsfragen Stellungnahmen gekommen sind, die Ihnen im Ergebnis passen – es wurden mehrere Stellungnahmen eingeholt –, dann ist es natürlich in Ordnung, dann sind sie verwertbar und passen in Ihr Schema.

Sie drehen alles so hin – das hat sich heute einmal mehr bei Ihren Ausführungen gezeigt –, dass es in Ihre vorgefasste Meinung passt. Wenn es Ihnen dann einmal nicht gelingt, inhaltlich oder sachlich dagegen vorzugehen, scheuen Sie nicht einmal davor zurück, Mitarbeiter des Landtagsamtes persönlich zu verunglimpfen.

Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie sich heute zumindest bei Herrn Dr. Betzl entschuldigen. Dass Sie diesen Anstand und diese Größe nicht gezeigt haben, enttäuscht mich. Aber es spricht für Ihre politische Arbeitsweise.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): In diesem Zusammenhang von Ehrlichkeit zu reden!)

Festzustellen ist deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses keinerlei Behinderungen im Bereich der Aufklärung vorgelegen haben. Tatsache ist, dass das Ergebnis der Zeugeneinvernahmen der Opposition nicht gefällt und dass deshalb andere, in der Regel die CSU oder das Landtagsamt, dafür verantwortlich gemacht werden.

Ihr gesamtes Auftreten zeigt, dass für Sie die tatsächliche Aufklärung nicht interessant war,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was haben Sie denn aufgeklärt?)

sondern dass Sie lediglich ein medienwirksames Spektakel inszenieren wollten. Aber selbst die Medien zeigen kein Interesse mehr an diesem Untersuchungsausschuss.

Abschließend darf ich mich an dieser Stelle ganz herzlich beim Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, beim Kollegen Engelbert Kupka, bedanken, der mit Weitsicht, Souveränität und auch mit viel Geduld diesen Ausschuss geleitet und damit dazu beigetragen hat, dass eventuell auftretende Spannungen, die sicherlich nicht zu verhindern sind und zum Wesen eines Untersuchungsausschusses gehören, möglichst schnell wieder abgebaut wurden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wenn's der Sache dienlich ist!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Eigentlich wollten wir es bei einer Vorstellung des Minderheitenberichtes bewenden lassen. Aber die Wortmeldung des Kollegen Obermeier hat dazu provoziert, noch etwas zu sagen.

Herr Kollege Obermeier, offensichtlich haben Sie in den zwei Jahren des Untersuchungsausschusses selten aufgepasst. Sonst hätten Sie das nicht sagen können, was Sie jetzt zum Besten gegeben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben zunächst einmal wie Ihr Fraktionsvorsitzender behauptet, dies wäre der überflüssigste Ausschuss gewesen, den dieser Landtag je gesehen hat.

(Ludwig Wörner (SPD): Das sagen sie bei anderen auch!)

– Das sagen sie zwar immer, aber ich frage mich jetzt schon, liebe Frau Kollegin Monika Hohlmeier: Warum

sind Sie eigentlich zurückgetreten? Um Himmels willen, warum?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ja, genau!)

Dieser Untersuchungsausschuss hat nichts erbracht – aus Ihrer Sicht. Alle haben korrekt gehandelt – aus Ihrer Sicht. Es ist nichts nachgewiesen – aus Ihrer Sicht. Keiner hat was gewusst – aus Ihrer Sicht.

(Thomas Obermeier (CSU): Das hat keiner behauptet!)

Da ist doch die Frage berechtigt, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum dann eine Ministerin aus dem Amt geht. Die andere Frage, lieber Herr Kupka, ist, warum die Kollegen aus der Münchner CSU erklären lassen, was das hier für ein Saustall ist, und Herr Spaenle erklärt, alle haben alles gewusst; warum haben die das dann über die Zeitung erklären lassen? Weil es aus ihrer Sicht der überflüssigste Ausschuss ist?

(Thomas Obermeier (CSU): Richtig!)

Wissen Sie warum, Herr Obermeier? Es ist deshalb aus Ihrer Sicht der überflüssigste Ausschuss, weil es gelungen ist, einen Blick hinter die Kulissen der CSU zu werfen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Aber dass Sie den Ausschuss als überflüssig bezeichnen, entspricht noch lange nicht dem Aufklärungsinteresse der Bevölkerung, das muss man deutlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie meinen, mit solchen Formulierungen das Aufklärungsinteresse der bayerischen Bevölkerung verhindern zu können, dann haben Sie sich getäuscht. Deswegen ist aus bayerischer Sicht dieser Untersuchungsausschuss der erfolgreichste in der Geschichte des Landtags, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sie haben viel über das Verfassungsgerichtsurteil zur Gegenüberstellung erzählt: Frau Radermacher sei blass geworden, und ich hätte rumgedrückt. – Sie waren doch neben mir gesessen. Nach dieser Äußerung habe ich aber auch den Eindruck, dass Sie gar nicht dabei waren.

(Heiterkeit der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Wir haben vor dem Verfassungsgericht klargemacht, warum wir die Gegenüberstellung wollen. Ich darf es wiederholen. Herr Podiuk hat ausgesagt: Frau Hohlmeier ist über Fälschungen in der Münchner Skandalgeschichte rechtzeitig informiert worden, und zwar zweimal, einmal

im Dezember und einmal im Januar. Frau Hohlmeier wiederum hat gesagt: Das ist alles nicht wahr.

Jetzt stelle ich fest, lieber Herr Obermeier: Einer von beiden lügt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Das ist doch keine Frage. Einer von beiden lügt.

Wenn man wirklich Interesse an der Wahrheit hat – das spreche ich Ihnen, Herr Hohlmeier, ab

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Obermeier!)

– Obermeier, das war der Auftrag, dann muss man alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Wahrheit herauszufinden. Für uns war eine Möglichkeit die Gegenüberstellung.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Klar!)

Sie haben recht: Wir wissen auch nicht, ob etwas dabei herausgekommen wäre. Aber wir wollten alle Möglichkeiten der Wahrheitsfindung ausschöpfen. Deshalb haben wir die Gegenüberstellung beantragt. Sie wollten das nicht. Deshalb unterstelle ich Ihnen: Sie wollten in dieser Frage die Wahrheit nicht herausfinden. Das ist meine Wahrnehmung von Ihrem Job in diesem Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Das muss ich zurückweisen! Wir haben doch alles unterstellt, was Podiuk gesagt hat! Das ist nicht sachgerecht, was Sie jetzt sagen!)

Dass das Verfassungsgericht anders entschieden hat, ist Sache des Verfassungsgerichtes. Lieber Herr Kupka, das nehmen wir zur Kenntnis, und wir akzeptieren dieses Urteil auch. Aber klar ist: Unsere Motivation war Wahrheitsfindung. Das war eine Möglichkeit, herauszufinden, wer in dieser Frage lügt und wer nicht. Leider ist diese Frage bis heute ungeklärt.

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist doch gar nicht wahr! Wir haben doch alles unterstellt, was Podiuk gesagt hat!)

Dass Sie aber von Haus aus davon ausgehen, dass alle die Zeugen, die nicht in Ihrem Interesse ausgesagt haben, erstaunlicherweise unglaubwürdig sind und alle anderen glaubwürdig, die Ihnen gerade passen, das ist ein weiterer Punkt in der Beurteilung der Arbeit der CSU-Fraktion in diesem Untersuchungsausschuss.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Obermeier?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein.

Es ist überhaupt keine Frage, dass folgendes Prinzip gilt: Immer dann, wenn es Ihnen nicht passt, ist der Zeuge ungläubwüridig, dann wird eine Akte nicht herbeigeholt, dann wird das versucht und jenes versucht, um die Wahrheitsfindung zu behindern.

(Engelbert Kupka (CSU): Das muss man zurückweisen!)

– Das dürfen Sie zurückweisen, Herr Kollege Kupka.

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist einfach unwahr! Das ist unanständig!)

Bedanken Sie sich bei Ihrem Kollegen Obermeier. Wenn der sich nicht gemeldet hätte, wäre das alles vernünftig abgegangen. Aber solche unqualifizierten Äußerungen müssen diskutiert werden, das ist doch völlig klar.

Jetzt darf ich vielleicht noch etwas zum CSU-System sagen. Es ist doch völlig klar: Die Arbeit dieses Ausschusses hat einen tiefen Einblick in das System CSU zugelassen, ich habe das schon einmal dargestellt. Vielleicht lernen Sie daraus, ich wünsche es Ihnen.

Aber wenn man jetzt nach Regensburg schaut, Herr Welnhöfer, dann habe ich nicht den Eindruck, Sie würden Konsequenzen aus den Erkenntnissen dieses Untersuchungsausschusses ziehen oder irgendwie aus diesem Bericht lernen wollen.

Sie sind auf die Aussage des Gefälligkeitsgutachtens eingegangen. Ich sage Ihnen: Es ist präzise so, wie wir es im Bericht dargestellt haben – nicht anders. Dieser ganze Bericht – sozusagen der Mehrheitsbericht –, den Sie abgeliefert haben, ist nichts anderes als ein Bericht zum Schutz derjenigen, die hier wirklich Dreck am Stecken haben. Das ist die Wahrheit. Das ist meine Wahrnehmung aus zwei Jahren Zeugeneinvernahmen und Aktenstudium, aus zwei Jahren Werten von Unterlagen und Diskussionen. Das ist meine Wahrnehmung, auch wenn Herr Obermeier das alles gerne anders sähe. Ich verstehe, dass Sie das alles – subjektiv, aus Ihrer Sicht – gerne anders sähen, weil Sie natürlich keinerlei Interesse daran haben, dass hier die Wahrheit offen auf den Tisch kommt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen! Herr Obermeier, ich möchte nochmals darauf eingehen, was Sie gesagt haben. Es ist schon beachtlich, was sie hier fertig bringen: Sie haben in einer Drucksache, die exakt 154 Seiten aufweist, die auf der ersten Seite des Minderheitenberichts stehende Fußnote Nummer 4 aufgeblasen, als wäre dies der Hauptpunkt des Untersuchungsausschusses gewesen. Was Sie hier aufgeführt haben, ist absurd. Dabei ging es um ein Rechtsgutachten, das wir beim Landtagsamt in Auftrag gegeben haben.

Es ging um das sogenannte Vorsitzendenverfahren, das der Herr Vorsitzende hat durchsetzen wollen; das bedeutet, dass nur er und seine Stellvertreterin die Akten bekommen. Dagegen haben wir uns zur Wehr gesetzt. Wir haben uns mit der Rechtslage vertraut gemacht. Es war völlig klar, dass das rechtlich nicht haltbar ist. Dann haben wir das Landtagsamt gebeten, es möge doch bitte eine Stellungnahme dazu abgeben. Oh Wunder: Der Beamte, der seit Jahren hier im Hause Untersuchungsausschüsse begleitet, durfte plötzlich diese Stellungnahme nicht machen – obwohl er sie gerne gemacht hätte –, sondern damit wurde ein anderer Beamter beauftragt, nämlich Herr Dr. Betzl, der heute Datenschutzbeauftragter ist.

Als dieses Gutachten kam, war es entsprechend verfasst: Es hat sämtlichen Rechtsmeinungen widersprochen und war überhaupt nicht haltbar. Ich habe dann Herrn Dr. Betzl einen Brief geschrieben, ihm alle Punkte aufgelistet und ihn gebeten, mir zu erklären, wie er zu dieser Einschätzung komme. Ich habe aber von Herrn Dr. Betzl persönlich keine Antwort bekommen, sondern er hat seinen Dienstvorgesetzten zu seinem Schutz vorgeschickt. Er hat mir niemals erklärt, wie er zu dieser Einschätzung kommt. Als er dann bei uns in der Fraktion war, um sich als Kandidat für das Amt des Datenschutzbeauftragten vorzustellen, haben wir diese Sache nochmals persönlich angesprochen. Es ist also definitiv falsch zu sagen, es sei nicht angesprochen worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Betzl konnte bis heute nicht erklären, wie er zu einer solchen Haltung kommt, zumal es in dieser Sache auch bei Beamten im Landtagsamt eine andere Auffassung gegeben hat. Die Geschichte hat uns dann auch recht gegeben: Wir haben dann die Akten auch bekommen. Was hier aufgeblasen wird, sind nur Peanuts. Es handelt sich dabei, wie gesagt, nur um eine kleine Fußnote in einem insgesamt 154 Seiten starken Bericht.

Ich will zur Arbeit im Untersuchungsausschuss insgesamt noch etwas sagen: Herr Kupka, ich muss Ihnen als Vorsitzendem ein Kompliment machen, denn Sie haben wirklich viel gearbeitet. Sie haben zwar nicht immer in meinem Sinne gearbeitet, aber Sie waren mit der Aktenlage bestens vertraut. Ich glaube aber, dass Sie aufseiten der CSU der einzige waren, der sich so gut eingearbeitet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Von Ihren Kolleginnen und Kollegen kann man das in keinem Fall sagen. Sie haben natürlich immer wie ein Schießhund aufgepasst, wenn in Ihrem Sinn unangenehme Fragen kamen. Sie haben natürlich versucht zu intervenieren und zu unterbrechen, und es gab die eine oder andere Hackelei. Aber wir hatten trotzdem Gelegenheit, die Fragen anzubringen, die wir anbringen mussten. Sie haben im Sinne der CSU-Fraktion sicherlich viel Arbeit geleistet. Dass wir aber mit den Schlussfolgerungen in Ihrem Bericht nicht einverstanden sein können, wird Sie wohl nicht wundern.

Zusammenfassend muss man sagen, dass Sie sich an einer Reinwaschung von Frau Hohlmeier erfolglos versuchen. Ich frage mich auch, warum die arme Frau Ministerin zurücktreten musste, wenn sie wirklich nur das Opfer einer Intrige war.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ihr Versuch, Frau Hohlmeier reinzuwaschen und in Schutz zu nehmen, ist weder glaubwürdig noch erfolgreich. Auch ihr Versuch, die Tatsachen zu verdrehen, ist nicht nachvollziehbar. Sie gehen sogar so weit, dass Sie Gerichtsschelte betreiben, dass im Bericht manchmal eine absurde Rabulistik zu finden ist. Wie Sie den Begriff „Dossiers“ formulieren, lohnt das Nachlesen. Es ist eine Lachnummer, wie hier bestimmte Begriffe verwendet werden, indem sie in einer Art und Weise zitiert werden, dass man auf ein völlig anderes Feld kommt. Ihr Versuch der Geschichtsklitterung ist nicht erfolgreich. In der Öffentlichkeit ist dies entsprechend wahrgenommen worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich unserem Vorsitzenden für die souveräne Leitung der Ausschusssitzungen ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Humorvoll hat er so manche Dinge, die von uns, der Mehrheit, viel Geduld erfordert haben, ausgeglichen; ich denke dabei nur an die sich ständig wiederholenden und an die suggestiven Fragen, die die Opposition mit nur *einem* Ziel immer wieder gestellt hat,

(Zuruf von den GRÜNEN)

nämlich etwas nachzuweisen, was bei keiner Zeugenaussage deutlich geworden ist. Ich kann mich nur darüber wundern, dass wir vonseiten der CSU das immer wieder toleriert haben.

(Lachen bei der SPD)

Herr Pfaffmann, Sie lachen zu Recht; denn Ihre Befragungen hatten nur einen Sinn, nämlich den Zeugen etwas in den Mund zu legen. Das ist uns mehr als einmal aufgefallen. Wir haben dies sehr oft hingenommen, um uns den Vorwurf der Behinderung zu ersparen. Leider Gottes haben Sie ihn zu Unrecht erhoben.

Herr Kollege Obermeier hat vorher gesagt, der Minderheitenbericht gleiche einer Märchenstunde. Das kann ich nur bestätigen.

Herr Pfaffmann, Sie sagen, das Interesse der Bevölkerung an Aufklärung stehe im Vordergrund. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Leider Gottes leidet das Ansehen von Untersuchungsausschüssen darunter, dass Sie versuchen, parteipolitisches Kapital daraus zu schlagen. Das ist der wahre Grund Ihres Verhaltens.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Tut ihr mir leid! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die bedauerlichen und natürlich zu verurteilenden Vorfälle bei den Wahlen in München sind von uns durchaus entsprechend gewürdigt worden.

(Karin Radermacher (SPD): Sie wollten sie als CSU zuerst gar nicht untersuchen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Frau Radermacher, wir haben es durchaus kritisch gewürdigt. Doch dort, wo es keine Beweise gibt, kann auch ein Ausschuss keine Beweise finden.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Vorsitzende hat vorher bei seiner Rede gesagt, wie oft Sie in Ihrem Minderheitenbericht Vermutungen gebrauchen; ich möchte es wiederholen: Man findet 42-mal die Formulierungen „offenbar“, „es ist zu schließen“, „man kann davon ausgehen“, „es kann nicht ausgeschlossen werden“, „es ist vorstellbar“. Was ist eine Vermutung für ein Bericht?

(Beifall bei der CSU)

Jetzt fehlt in Ihrem Bericht nur noch eines: Jede traditionelle Märchenstunde beginnt mit „Es war einmal ...“.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Natürlich müssen wir uns im Untersuchungsausschuss an Fakten und an das halten, was objektiv nachweisbar ist. Deshalb ist unser Bericht fachlich richtig, er wird auch die Mehrheit dieses Hauses finden.

Die wesentlichen Vorwürfe, die gegen Staatsministerin Hohlmeier erhoben worden sind, sind eben nicht nachgewiesen worden. Ich verstehe, dass Sie dies schmerzt. Aber Gott sei Dank sind die Vorwürfe, die Sie gegen ein CSU-System erheben, nicht zutreffend. Dass es in einer großen Partei einzelne Vorfälle geben kann, ist natürlich richtig.

Wenn Sie so viele Mitglieder und Ortsverbände hätten wie wir, könnten Sie vielleicht auch nicht jeden einzelnen im Griff haben. Das ist nun einmal so.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Also ihr tut mir leid! Das glaubt ihr ja selber nicht!)

Bei den paar Orts- und Kreisverbänden, die Sie haben, ist dieses Problem weitgehend nicht gegeben. Das ist doch überschaubar.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch auf die Aussage von Maximilian Junker eingehen, auf die Sie sich weitgehend stützen. Hier sieht man, wie sehr sich gerade dieser Zeuge widersprochen hat. Bei dem angeblichen Telefonat zwischen Haedke und Monika Hohlmeier, das er mitgehört haben soll, bestätigt er mehrfach, dass einmal der Lautsprecher an war, dass er zeitweise an war oder, dass er nur die Aussagen von Herrn Haedke gehört hat. Er widerspricht sich hier also dreimal. Auch bei der Frage, ob sich die Gesprächspartner duzten, hat er sich widersprochen. Glaubhaft ist das nach unserer Meinung sicherlich nicht.

Das gilt natürlich genauso und umso mehr für den Vorwurf, dass Ministerpräsident Stoiber Bescheid gewusst hätte. Hierfür gibt es nicht das geringste Anzeichen. Die Aussage „Hund seid's scho“, wenn sie überhaupt gefallen ist, auf die Wahlmanipulation in München-Perlach zu beziehen, dafür braucht man viel Phantasie. Diese Phantasie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, haben Sie reichlich bewiesen. Im Sinne des heutigen unsinnigen Donnerstags könnte man sagen, in Ihren Reihen gibt es viele Märchenprinzen und Märchenprinzessinnen.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem wir heute den „Unsinnigen Donnerstag“ haben, möchte ich Ihren Bericht auch humorvoll nehmen

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Soll das ein Witz sein?)

und darauf hinweisen, dass wir durchaus Verständnis dafür haben, dass Sie zur Erheiterung des Hohen Hauses beitragen wollen. Trotzdem werden wir heute den Mehrheitsbericht so beschließen, weil er der richtige und einzig korrekte ist.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Daran ist doch nichts wahr! – Karin Radermacher (SPD): Sie haben nichts gelernt!)

Zum Schluss meiner Ausführungen noch ein Hinweis, Herr Pfaffmann: Ihre Aussage, dass Sie bereit sind, zur Wahrheitsfindung auch die Grenzen des rechtlich Zulässigen zu überschreiten, hat mich sehr bedenklich gestimmt. Wir werden Sie daran erinnern, wenn Sie bei anderer Gelegenheit wieder den Rechtsstaat bemühen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Guttenberger.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Jetzt schöpfen Sie aber alles aus!)

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Gibt es noch etwas zur Wahrheit zu sagen?)

Ein Untersuchungsausschuss ist keine Spielwiese.

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh! Oh!)

Ein Untersuchungsausschuss ist ein förmliches Verfahren, bei dem es darum geht, nach unserer Geschäftsordnung Fragen zu klären, die wir vorher in diesem Hohen Haus gemeinsam festgelegt haben.

(Karin Radermacher (SPD): Gemeinsam ist gut!)

Fragen zu klären, gilt es auch im Rahmen eines Berichts über das Ergebnis eines Untersuchungsausschusses. Wenn man offensichtlich nicht die Antworten bekommt, die man gerne hätte, meine Damen und Herren von der Opposition, dann versucht man es eben anders,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie wollten doch gar nicht fragen!)

dann kommen nebulöse Äußerungen wie „Regensburg“, „Pauli“ oder „das System CSU“, was auch immer das sein mag, heraus. Eines steht aber garantiert fest: Mit dem Fragenkatalog des Untersuchungsausschusses und dem Bericht dazu hat das gar nichts zu tun.

Sie sollten einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir die Fragen beantworten müssen, die wir gemeinsam in einem Katalog festgelegt haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Sie gar nicht stellen wollten!)

Dem müssen wir die Antworten zugrunde legen, die wir im Rahmen dieser zweijährigen Untersuchung erhalten haben, aber nicht die Antworten, die wir nicht bekommen haben, die Sie aber gerne bekommen hätten. Das ist der wesentliche Unterschied, meine Damen und Herren von der Opposition. Das muss ich Ihnen schon so direkt sagen.

Von Herrn Pfaffmann wurde gerade gesagt, wir hätten dem Herrn Podiuk unwahre Aussagen unterstellt. Das hat niemand getan. Was war denn gefragt? – Gefragt war, inwieweit das Verhalten der Staatsministerin Hohlmeier im Zusammenhang mit dem Tatbestand der Urkundenfälschung strafrechtlich relevant war. Unterstellen wir, die Aussage des Herrn Podiuk als wahr und richtig: Demzufolge hätte die Ministerin Hohlmeier von ihm im Dezember anlässlich des Weihnachtssessens erfahren, dass es Fälschungen gibt. Jeder, der in diesem Untersuchungsausschuss war, kommt aber nicht umhin, festzustellen, dass es das Delikt Urkundenfälschung gar nicht gibt.

Sie wissen doch, dass das Parteischiedsgericht klar festgestellt hat, dass es an einer rechtswidrigen Haupttat fehlt, weil der Ortsverband und der Kreisverband kein Anrecht auf die Urkunde haben. Wenn man es trotzdem anders werten würde, könnte es eine Anstiftung sein. Anstiften kann ich aber nur vor der Tat. Oder es ist Beihilfe. Beihelfen kann ich jedoch nur während der Tat. Oder es ist der Täter hinter dem Täter. Dann muss ich es zumin-

dest bei der Tat wissen. Die Tat war spätestens – egal wie wir es jetzt werten – am 28. November abgeschlossen. Frühestens erfahren hätte es Frau Hohlmeier – die Aussage von Herrn Podiuk als wahr unterstellt, was ich jetzt mache – im Dezember, also nach der Tat. Somit kann überhaupt keine strafrechtlich relevante Tat in irgendeiner Form vorliegen.

Auch wenn es Ihnen nicht gefällt, das ist Fakt. Ich sehe ein, dass Sie die Fakten nicht unbedingt akzeptieren wollen. Das klingt schon aus solchen Fragen heraus wie: Wann hat Herr Stoiber etwas gewusst? – Wir haben festgestellt, dass er überhaupt nichts gewusst hat. Wenn er nichts gewusst hat, hat er es zu keiner Zeit gewusst. Das gefällt Ihnen aber nicht. Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass jemand enttäuscht ist, der zwei Jahre lang darauf gewartet hat, Antworten zu bekommen, wie er sie sich wünscht, die er aber nicht bekommen hat. Das kann ich menschlich aus tiefster Seele nachempfinden. Das ändert aber nichts daran, dass die Fakten eben anders sind.

Letztlich hätte Frau Hohlmeier auch kein Parteiaus-schlussverfahren einleiten können; denn das kann nur der Ortsverband oder der Kreisverband tun. Warum sie das nicht getan haben, ist für mich nicht nachvollziehbar. Dazu braucht man aber auch keine Zweidrittelmehrheit, sondern man wendet sich ganz schlicht und ergreifend an das Parteibezirksschiedsgericht. Auch das musste jedem bekannt sein.

Dann bleibt immer noch die Frage, worin denn diese strafrechtliche Relevanz gelegen haben soll. Die Fragen haben Sie uns nicht beantwortet. Sie haben sich immer nur auf Äußerungen beschränkt wie „System“, was auch immer damit gemeint sein mag, oder „Regensburg“, was da auch immer Fakt ist – ich weiß es nicht –, oder „Pauli“. Alles das sind Äußerungen, die mit unserem Untersuchungsausschuss nichts zu tun haben. Vielleicht ist das für Sie schade. Für uns, die wir einen Untersuchungsausschuss durchgeführt haben, um die Fragen, die wir gemeinsam festgelegt haben, zu klären, ist es ein Ergebnis, wie es sich aus dem Inbegriff des Untersuchungsausschusses ergeben hat. Wir haben keine Verurteilungen und Beurteilungen vor Zeugeneinvernahmen abgegeben. Für uns ist das, wie es sich darstellt, zu akzeptieren. Ich bitte Sie doch herzlich, Selbiges uns gleichzutun; denn Fakten zu ignorieren, führt nicht zu einem glaubwürdigen und nachvollziehbaren Ergebnis.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch bitte immer bereit, wenn Sie wissen, dass Sie der nächste Redner sind.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir diese Debatte weitgehend in ähnlicher Sachlichkeit geführt haben wie die Verhandlungen im Untersuchungsausschuss, möchte ich in gebotener Kürze auf einige Punkte eingehen. Der Untersuchungsausschuss hat nicht das von der Opposi-

tion erwartete Ergebnis gebracht. Das ist Fakt. Ob je ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Wahrheit herausgefunden hat, weiß ich nicht. In der Bibel heißt es auch schon: „Was ist Wahrheit?“.

Klar ist auf jeden Fall, dass die von der Opposition gemachten Vorwürfe, die in den Fragen schon mit enthalten sind und die vorab über Presseerklärungen als wahr unterstellt worden sind, sich nicht haben nachweisen lassen, ob Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, passt oder nicht.

Nachdem Herr Kollege Pfaffmann vom Aufklärungsinteresse der bayerischen Bevölkerung gesprochen hat, muss ich sagen: Ich weiß nicht, ob dieses jemals vorhanden war, aber eines weiß ich sicher: Es hat stark nachgelassen, und das hat auch das Medieninteresse betroffen.

Ich komme zu den Nebentätigkeiten. Da ist pauschal von Parteibuchwirtschaft im Kultusministerium gesprochen worden. Dieser Vorwurf hat sich in Schall und Rauch aufgelöst. Richtig ist, dass Gespräche über reine Parteiangelegenheiten – das haben auch wir stets klargestellt – nicht ins Kultusministerium gehören.

(Karin Radermacher (SPD): Auch nicht in die Staatskanzlei!)

– Da stimme ich Ihnen zu, Frau Kollegin Radermacher.

Aufgefallen ist auch, dass sehr großzügig Nebentätigkeitsgenehmigungen erteilt worden sind. Auch das haben wir moniert, und das ist zurückgeführt worden. Allerdings ist die für Nebentätigkeiten aufgewendete Zeit nachgearbeitet worden, zumal die Beamten, die eine solche Genehmigung erhalten haben, eine Fülle von Überstunden geleistet haben. Wenn Sie den Artikel im „Bayernkurier“ erwähnen, dann muss ich Ihnen sagen, wenn Sie bei zwölf Jahren Regierungstätigkeit von Monika Hohlmeier – davon sieben Jahre als Ministerin – nur einen einzigen Artikel im „Bayernkurier“ finden können, der angeblich ohne Entgelt verfasst worden ist, dann ist das wahrlich mehr als dürftig.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass eine völlig eindeutige Trennung zwischen den Dienstaufgaben eines Ministers und mandatsbedingten, eher parteipolitischen Angelegenheiten nicht immer möglich ist. Dies ist bereits im Führungshilfeuntersuchungsausschuss in der Zwölften Legislaturperiode des Bayerischen Landtags eindeutig dargestellt worden. Auch die SPD ist damals zu dem Ergebnis gekommen – ich zitiere –, „dass die Grenze zwischen reiner Parteiarbeit und der politischen Wahrnehmung von exekutiven Aufgaben der von der Parlamentsmehrheit getragenen Regierung nicht immer klar zu ziehen ist“. Auch die GRÜNEN haben damals diese Auffassung geteilt und abschließend ausdrücklich festgestellt, dass es völlig klar ist, dass im politischen Tagesgeschäft eine scharfe Trennung oftmals nicht möglich und auch nicht sinnvoll ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch etwas zur Frage der Einschüchterung von Lehrern und Schul-

leitern sagen. Zunächst einmal muss man hier auf das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot hinweisen. Wer Ausdrücke wie „Propagandalüge“, „Tollhaus“ oder „Rohrkriecher“ in Bezug auf das G 8 findet – ich war selbst auch ein G-8-Kritiker; bis zum Schluss habe ich das G 8 sehr kritisch gesehen –, hält sich sicher nicht an das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot und muss mit entsprechenden Erwidern der Dienstherrin rechnen.

Gewiss – das hat die Beweisaufnahme ergeben –, die Gespräche mit den Lehrern und insbesondere mit den Schulleitern fanden nicht unbedingt in angenehmer Atmosphäre statt, aber die Behauptung, dass hier Existenzängste ausgelöst worden sein sollen, ist doch weit übertrieben und nicht nachvollziehbar. Was soll einem wohlbestallten Oberstudiendirektor eigentlich passieren? – Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, Existenzangst ist weiß Gott etwas anderes.

Dann kam der Fall Schräggle. Dass die Versetzung letztendlich am Verwaltungsgerichtshof gescheitert ist, ist hinreichend bekannt. Die beabsichtigte Versetzung war aber mitnichten G-8-bedingt. Vielmehr war an diesem Gymnasium der Schulfriede nachhaltig gestört. In dem Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in der Sache Schräggle – lesen Sie ihn einmal nach – findet sich auf zwölf Seiten Begründung nur einmal das Stichwort G 8, und zwar im Zusammenhang mit Vorgaben des seinerzeit vom Kultusministerium eingesetzten Mediators, der Vorgaben für eine Steuergruppe zur Fortentwicklung von G-8-Maßnahmen an diesem Gymnasium gemacht hat. Das ist das einzige Mal, dass das G 8 überhaupt vorkommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den Fall Spandel will ich nicht näher eingehen, weil der Herr Vorsitzende in seinen einleitenden Ausführungen bereits deutlich darauf hingewiesen hat, dass es hier im Wesentlichen um Missverständnisse bei der Berechnung gegangen ist. Das Finanzministerium hat den Fall eingehend geprüft, und der Personalrat hat letztlich zugestimmt.

Es bleibt also festzuhalten: Der Untersuchungsausschuss hat nicht das von der Opposition erwartete Ergebnis gebracht. Dem Schlussbericht unseres Ausschusses ist zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auf unserer Ehrentribüne Oberst Stadler, den neuen Kommandeur des neuen Landeskommandos Bayern, begrüßen. Herzlich willkommen, Herr Oberst.

(Allgemeiner Beifall)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann. Danach spricht Herr Kollege Kupka.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Herr Kommandeur, meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren! Ich möchte auf zwei Punkte eingehen und kurz Stellung nehmen. Der Versuch, immer wieder zu behaupten, wir hätten ein Ergebnis festgestellt, das für uns schon vorher festgestanden habe, läuft natürlich ins Leere.

(Eberhard Rotter (CSU): Lesen Sie Ihre Pressemitteilung von damals!)

– Herr Rotter, es ist vielmehr so, dass Sie von Anfang an versucht haben – ich behaupte das noch einmal –, ein Ergebnis so hinzubasteln, wie Sie es gerne hätten.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Ergebnis ist: Wir stehen vor, hinter, links und rechts der damaligen Ministerin. So haben Sie sich verhalten. Deswegen ist es heuchlerisch, zu sagen, Sie allein hätten die Wahrheit suchen wollen und wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Zellmeier, Sie sagen, wir würden parteipolitisches Kapital aus dem Fall schlagen wollen. Wissen Sie was? – Eine Partei CSU, die in dieser Sache – ich sage ausdrücklich: in dieser Sache – Wahlen fälscht, Urkunden unterdrückt und Urkunden fälscht, eine Partei, die Personen in ihren Reihen hat und wahrscheinlich wieder für den Landtag aufstellt, die in der Öffentlichkeit als Drahtzieher bezeichnet werden, und eine Partei, die Mitglieder kauft, die braucht mit dem Finger nicht auf andere zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist der Vorwurf, wir würden parteipolitisches Kapital aus der Angelegenheit schlagen wollen, völlig an der Sache vorbei.

(Lachen bei der CSU)

Sehen Sie zu, dass Sie Ihren eigenen Laden in den Griff bekommen, dann haben Sie viel zu tun und brauchen nicht mit einem Auge auf die Opposition zu schielen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Zellmeier, Sie haben auch gesagt, man könne in einer Partei nicht jeden Einzelnen im Griff haben. Da haben Sie recht. Wenn Sie in diesem Fall mit jedem Einzelnen die stellvertretende Parteivorsitzende und frühere Kultusministerin meinen, dann muss ich mich allerdings sehr wundern, wer bei Ihnen Einzelne sind. Es geht hier nicht um Einzelne, sondern es geht hier um Personen, die im Parteivorstand und im Kultusministerium an der Spitze standen. Das ist das Thema.

Wenn Frau Guttenberger hier den Eindruck erweckt, wir hätten gemeinsam die Fragen formuliert, dann darf ich Ihnen schon sagen, Sie von der CSU haben die Fragen mit Ihrer Zweidrittelmehrheit durchgesetzt. Wir hätten gern andere Fragen gehabt. Von wegen gemeinsame Aussprache, Sie haben mit Ihrer Zweidrittelmehr-

heit die Fragen bestimmt. Da brauchen Sie hier nicht zu sagen, wir hätten das gemeinsam gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie hier die Mehrheit haben.

(Zuruf von der CSU)

– Der Fragenkatalog. Ja, welche Fragen schon? – Mein Gott, was ist denn der Mittelpunkt eines Untersuchungsausschusses? – Der Fragenkatalog.

Dann ist gesagt worden, der Untersuchungsausschuss wäre keine Spielwiese. Ich weiß nicht mehr, wer das gesagt hat. Ich glaube, Frau Guttenberger, Sie haben das gesagt. Das waren Sie, nicht? – Ich sage Ihnen etwas anderes: Dieses Land ist keine Spielwiese für die CSU.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie meinen, Sie könnten mit Ihrer Zweidrittelmehrheit dieses Land sozusagen okkupieren und tun, was Sie wollen, dann haben Sie sich getäuscht. Dieser Untersuchungsausschuss hat dies verhindert, zumindest in diesem Fall. Darum sind wir über das Ergebnis froh, selbst wenn – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Herr Dr. Spaenle, vielleicht können Sie sich zu Wort melden und zu der Sache etwas sagen. Den Journalisten gegenüber haben Sie sich ja auch geäußert. Sie sind mit Reden immer schnell bei der Hand, wenn es in ein Mikrofon geht. Dann sind Sie gleich dabei, den Herrn Kupka zu kritisieren, weil er einen Bericht herausgibt, der nicht stimmt. Wenn ein Journalist fragt, sind Sie immer schnell dabei.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Stellen Sie sich hier hin, wenn Sie etwas im Kreuz haben, und wiederholen Sie, was Sie der Presse gegenüber gesagt haben über den Mehrheitsbericht der CSU. Dann erst können Sie hier Zwischenrufe machen.

Es wurde gesagt, der Bericht habe in der Beweisführung nicht das Ergebnis gebracht, wie wir das gerne hätten. Zugegeben, aber der Grund hierfür ist, dass Sie mit Ihrer Machtmehrheit in diesem Haus verhindert haben,

(Unruhe bei der CSU)

dass die Wahrheit auf den Tisch kommt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Drei kurze Anmerkungen:

Erstens. Trotz der zweistündigen Redezeit, die die Opposition hatte, konnte sie keine einzige von mir zitierte Zeugenaussage widerlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Mit Ausnahme von Junker wurde die Glaubwürdigkeit keines einzigen Zeugen angezweifelt. Die Aussagen von Herrn Podiuk wurden zu 100 % als richtig unterstellt. Darauf baut der Bericht auf.

Drittens. Ich verwehre mich schärfstens dagegen, wir hätten ein Gefälligkeitsgutachten abgegeben und wären nicht an der Wahrheit interessiert. Das ist für jede Kollegin und jeden Kollegen, die einer anderen Meinung sind, eine Beleidigung.

(Beifall bei der CSU)

Ich empfehle allen, die solche Dinge behaupten, sie möchten sich endlich bemühen und die Protokolle lesen. Ich kenne niemanden, der die Protokolle gelesen hat und sich trotzdem in dieser Weise öffentlich geäußert hat.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Rest der Tagesordnung ohne die Dringlichkeitsanträge auf. Danach ist Mittagspause.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

Die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe sind in der Anlage 1 aufgeführt.

(siehe Anlage 1)

Die Liste enthält zu jedem Gesetzesvorhaben auch einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es dazu Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung.

Wer mit der Überweisung der in der Anlage 1 enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Die Gesetzentwürfe werden damit diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes (Drs. 15/7387) – Erste Lesung –

Die Staatsregierung hat sich mit den Fraktionen geeinigt, dass der Gesetzentwurf nicht begründet wird und keine Aussprache stattfindet. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 5 **Eingabe betreffend Aufenthaltsgeld** wird im Einvernehmen mit den Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes zurückgezogen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Tagesordnung bis auf die Dringlichkeitsanträge erledigt. Diese werden um 13.30 Uhr aufgerufen. Damit haben Sie diesmal wirklich eine schöne lange Mittagspause. Nutzen Sie sie vor allem mit gesunder Ernährung.

(Unterbrechung von 12.14 Uhr bis 13.30 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mittagspause ist beendet. Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz durch ökologischen Anbau (Drs. 15/7486)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster darf ich Frau Kollegin Paulig das Wort erteilen.

Ruth Paulig (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hätte auch ein kleineres Zimmer für die Aussprache gereicht, aber es wird sich schon noch füllen, auch auf unserer Seite werden sicher noch ein paar Abgeordnete kommen. Die wichtigsten Leute sind da.

Unser Dringlichkeitsantrag „Klimaschutz durch ökologischen Anbau“ – –

(Zurufe von den GRÜNEN: Ton!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Frau Kollegin Paulig!

Ruth Paulig (GRÜNE): Das war eben nur eine unwichtige Vorbemerkung.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Alles ist wichtig, was hier gesagt wird.

Ruth Paulig (GRÜNE): Ich darf Sie herzlich begrüßen und freue mich wie der Pfarrer in der leeren Kirche über jeden, der da ist.

„Klimaschutz durch ökologischen Anbau“ ist ein Thema, das Ihnen sicher nicht geläufig ist. Wir sagen: Der Klimaschutz ist auf allen Feldern der Politik umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines dieser Felder ist die Landwirtschaft. Die Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft machen 15 % der Gesamtemissionen aus. Nehmen wir den gesamten Lebensmittelproduktionszweig und den Handel dazu, sind wir bereits bei 20 %. 20 % der Emissionen entstehen bei der Produktion, der Herstellung und dem Vertrieb der Lebensmittel.

Umweltminister Dr. Schnappauf ist heute auf der „Bio-Fach“. Das gehört sich auch so. Er eröffnet dort eine Ausstellung mit dem Titel „Essen für den Klimaschutz“. Dazu kann ich nur sagen: Ja, das ist richtig so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ernährungssektor betrifft auch den Klimaschutz. 20 % der Klimagase werden für das Essen und bei der

landwirtschaftlichen Produktion ausgestoßen. Dieser Wert entspricht den Werten für den gesamten Verkehrssektor oder den gesamten In-dustriesektor. Das sind gewaltige Zahlen. Wir müssen deshalb sehr genau und kritisch auf diese Bereiche schauen, und wir müssen handeln, wenn wir Klimaschutz erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Landwirtschaft wird nicht so sehr CO₂ ausgestoßen – das sind gerade einmal 6 % –, sondern vor allem Methangas und Stickoxide. Sie wissen, dass das Methangas vor allem aus Rindermägen ausgestoßen wird. Bei der Rinderhaltung entstehen hier hohe Emissionen. Die Lachgasstickoxide werden vor allem bei der Stickstoffdüngung freigesetzt. Allerdings kommen CO₂-Emissionen dazu. Sie entstehen bei der Bearbeitung, beim Transport und der Herstellung von Mineraldüngern, Pestiziden und Futtermitteln. All dies zusammen ergibt Emissionen von 15 % plus 5 % aus dem Lebensmittel-sektor.

Wo liegen die Reduktionspotenziale? – Diese liegen zum Beispiel in den Biogasanlagen zur Methanminderung. Diese Anlagen gibt es bereits. Darüber hinaus müssten weniger Mineraldünger und Pestizide aus-gebracht werden, weniger Futtermittel importiert und Humus auf den Böden aufgebaut werden. Wir bräuchten geschlossene Kreisläufe und eine Regionalvermarktung. Wir müssten auch die Tierbestandsdichte reduzieren. Umweltminister Dr. Schnappauf spricht dies durchaus an. Notwendig wäre auch eine Emissionsminderung bei der Lagerung und der Ausbringung von Gülle. Wir haben eine Menge Handlungsfelder. Wenn wir uns nun die landwirtschaftliche Produktionsweise anschauen, stellen wir fest, dass eine Reihe dieser Maßnahmen zur Reduktion der Klimagase in der ökologischen Landwirtschaft, im Bioanbau, ergriffen werden. Wir fordern deshalb heute mit unserem Antrag: Diese Bewirtschaftungsform ist zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern mit unserem Antrag ein Aktionsprogramm für den Ausbau des ökologischen Anbaus. Als ersten Schritt fordern wir, die KULAP-Prämie (Anm.: KULAP: Kulturlandschaftsprogramm) im Ökoanbau von 190 Euro wieder auf mindestens 255 Euro pro Hektar heraufzusetzen. Sie kennen die Debatte über die zweite Säule. In den letzten Wochen gab es hier ein stetiges Hin und Her. Wir brauchen eine angemessene Förderung, sonst wird der Ausbau des ökologischen Landbaus nicht klappen. Das ist aus Klimaschutzgründen wichtig. Es ist aber auch wichtig, weil das ein Wirtschaftsfaktor ist. Wir haben in diesem Sektor große Wirtschaftschancen. Die bayerische Landwirtschaft muss diese Chancen nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde mich morgen mit Herrn Landwirtschaftsminister Miller auf der „BioFach“ in Nürnberg treffen. Dort boomt der Markt. Auf dieser Messe werden 2500 Aussteller aus 80 Ländern vertreten sein. Die drängen auf den bayerischen und europäischen Markt. Herr Miller, unsere Land-

tagsfraktion hat auf dieser Messe auch einen Stand. Ich lade Sie herzlich ein, dort vorbeizukommen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da kann er was lernen!)

Lassen Sie uns noch einmal auf die Marktsituation schauen: Der Verkauf von Bioprodukten ist ein boomender Markt. Das ist ein Wachstumsmarkt. Die Umsatzzahlen haben sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt. Die Wachstumsraten liegen im zweistelligen Bereich. Andere Sektoren können solche Zahlen nicht aufweisen. Wir müssen also in diesen Markt einsteigen, um eine Stärkung der Landwirtschaft zu erreichen.

Wenn wir uns die Zahlen in Bayern ansehen, stellen wir fest, dass es dort ziemlich duster aussieht. Wir liegen sowohl hinsichtlich der Ökoanbaufläche in Bayern als auch hinsichtlich der Anzahl der Ökobetriebe prozentual unter dem Durchschnitt aller Bundesländer. Die Wachstumsraten sind erbärmlich. Unsere Nachbarn Baden-Württemberg und Hessen haben uns überholt. In Italien ist die Zahl der Betriebe gestiegen und liegt inzwischen bei 50 000, das sind fünfmal so viel wie in Deutschland, die Anbaufläche ist doppelt so groß wie in Deutschland. Dort boomt der Markt. Auch in Österreich boomt der Markt. Die dortigen Betriebe drängen auf den Wachstumsmarkt „Bio-Lebensmittel“. Herr Miller, leider muss ich sagen: Diesen Trend hat die Bayerische Staatsregierung dummerweise total verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Sie haben die Bio-Landwirtschaft ständig schlechtgemacht. Auch Herr Dr. Schnappauf schreibt zum Beispiel unter „Tipps für den Einkauf“: Die Verbraucher sollten auf frisches Gemüse und regionale Produkte achten und nachhaltig erzeugte Lebensmittel einbeziehen. Er sollte deutlich sagen: Öko-Lebensmittel. Diese Lebensmittel erfüllen in der Regel die Kriterien, um Klimagase zu reduzieren. Diese Lebensmittel sind gesund, schmackhaft, erhöhen den Genuss, und sie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er traut sich aber noch nicht so richtig.

Ich weiß, dass Bayern mit der Öko-Prämie im KULAP höher als alle anderen Bundesländer liegt. Wir stellen aber fest, dass die Prämie in Österreich deutlich höher ist. Dort werden circa 460 Euro pro Hektar bezahlt. Auch Litauen, Lettland und die osteuropäischen Länder zahlen höhere Prämien. Diese Länder stellen um und drängen mit ihren Produkten auf den Markt. Das wollen wir doch nicht.

Wir müssen Anreize dafür schaffen, dass Betriebe umstellen. Öko-Landwirte sollten am Jahresende nicht im Minus liegen und dann aufgeben müssen. Dazu müssen wir ihnen jedoch eine Sicherheit geben. Wir dürfen nicht sagen, dass dies von der Haushaltslage abhängt und davon, wie die Verträge ausgestaltet seien. Wir haben fünfjährige Verträge. Die Zahlungen werden jetzt bis

2007 um 20 % gekürzt, obwohl die Verträge bereits geschlossen sind.

Wir brauchen Investitionssicherheit. Wir brauchen Sicherheit für die Betriebe, die Öko-Landbau betreiben oder die darauf umstellen.

Wie gut das funktioniert, sieht man beim EEG. Da haben wir über zwanzig Jahre Sicherheit, und da wird investiert. Das brauchen wir auch im Ökolandbau: höhere Prämien – mindestens das, was bis jetzt gegolten hat –, 255 statt jetzt 190 Euro pro Hektar plus vertragliche Sicherheit, damit der Markt ständig wachsen und sich aufbauen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, wenn Sie zugehört haben, haben Sie es verstanden.

Ich darf noch zwei Aspekte einbringen: Der Klimawandel wird nicht nur unter anderem durch die Landwirtschaft verursacht, er ist auch ein Faktor, der die Landwirtschaft schädigt. Erhebliche Schäden entstehen durch Hitze, Trockenheit, Dürre, Überschwemmungen, Erosion oder zunehmenden Schädlingsbefall. All das trifft die Landwirtschaft, und sie muss Anpassungsstrategien dagegen entwickeln. Sie muss Schadensvorsorge treffen. Genau da sind wir wieder an dem Punkt: Maßnahmen, die helfen, sind im ökologischen Landbau verankert, zum Beispiel Humusaufbau zum Wasserrückhalt, Diversifizierung der Sorten, kein Mineraldüngereinsatz, Zurückdrängen des Pestizideinsatzes und Ersatz durch Festmist sowie stärkere Bodenbearbeitung. Viele der Maßnahmen, die im ökologischen Landbau verankert sind, helfen wiederum, den Schaden, der die Landwirtschaft treffen kann, zu mindern.

Es besteht also eine doppelte Faktenlage. Die Landwirtschaft verursacht die Treibhausgase, und die Landwirtschaft wird durch den Klimawandel geschädigt. Wir wissen aber: Mit Maßnahmen wie zum Beispiel dem Ökolandbau wirken wir beiden Entwicklungen entgegen.

Ich glaube, auch dieses Argument sollte Sie neben den genannten guten Argumenten für den Markt davon überzeugen, in den ökologischen Landbau einzusteigen. Wir brauchen ein Aktionsprogramm zum Ausbau, und wir brauchen vor allem, Herr Staatsminister Miller, eine breite Wertschätzung durch die bayerische Agrarpolitik, durch die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht, die Ökobauern als Schmuttelkinder Bayerns und der Nation anzusehen.

Zwei letzte Argumente zum Klimaschutz: Es hat sich gezeigt – es gibt eine Ausarbeitung von Schleswig-Holstein; einen Agenda- und Klimabericht bezogen auf die Landwirtschaft –: Mit ökologischem Anbau werden im Vergleich zum konventionellen Anbau, bezogen auf die Fläche, Treibhausgase halbiert. Das ist ein vernünftiges

Ergebnis, an dem wir in Bayern arbeiten müssen. Das bedeutet aber auch – ich sage es ganz klar – flächendeckenden Ökoanbau. Mein Kollege Adi Sprinkart vertritt heute auf der BioFach genau diese These.

Es gibt aus der Schweiz, die großflächig umstellt, indem sie viele kleine Flächen im ökologischen Landbau bewirtschaftet, die Aussage, wonach die Ökologisierung der Landwirtschaft dort bereits jetzt 13 % der Reduktionsaufgabe der Klimagase ausmacht. Diese Auffassung vertritt der Schweizerische Bauernverband. Auch ich würde mir einmal eine faire, ideologie- und scheuklappenfreie Diskussion über Leistungen und Notwendigkeiten in der Landwirtschaft vonseiten der Staatsregierung und des Bauernverbandes wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedeutet auch, dass Sie einen Ausbau und eine Stärkung des ökologischen Landbaus mittragen und aktiv voranbringen müssen. Das bedingt eine andere Wertschätzung dieses Sektors, das bedeutet eine breite Umstellung, ein Aktionsprogramm bezüglich der Umstellung und – darüber können Sie und wir heute abstimmen – eine Erhöhung der KULAP-Prämie, um die notwendigen Anreize und die Sicherheit zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Brunner.

Helmut Brunner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Paulig, zunächst eine Verständnisfrage: Warum reden Sie zu diesem landwirtschaftlichen Thema?

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Trägt vielleicht Ihr Landwirtschaftskollege die Inhalte Ihres Antrages nicht richtig mit?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Brunner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Paulig?

Helmut Brunner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Wenn sie mir nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

(Zurufe der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich habe Ihnen noch gar nicht das Wort gegeben, Frau Kollegin.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

– Das würde ich gerne, aber wenn mir der Redner antwortet, er wolle keine Anrechnung auf seine Redezeit,

muss ich sagen: leider nein. Ich weiß nicht, ob er die Zwischenfrage zulässt.

Helmut Brunner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Ich denke, Frau Paulig, Sie wollten keine Zwischenfrage stellen, sondern nur logisch erklären, warum Herr Kollege Sprinkart nicht da ist. Ich nehme Ihnen das ab, wenn Sie es so sagen. Mir war es jedoch zunächst unverständlich.

Die GRÜNEN entlarven sich wieder einmal selbst. Anstatt die kleinstrukturierte bayerische Landwirtschaft zu loben, dreschen sie auf die Bäuerinnen und Bauern ein und verteilen sie in Bausch und Bogen. Ein Vergleich mit der Energiepolitik liegt für mich nahe. Obwohl wir nachweislich die sichersten Kernkraftwerke weltweit in Deutschland haben, provozieren die GRÜNEN mit ihrer Politik Importe von Energie. Ähnlich ist es mit der Landwirtschaft.

Ist es denn besser, wenn die Produktion von Nahrungsmitteln, die in Bayern – so denke ich – rückstandsfrei und beispielhaft abläuft, quasi aufgegeben wird oder Anteile am Selbstversorgungsgrad aufgegeben und dafür Produkte aus anderen Ländern eingeführt werden?

In der Pressekonferenz von gestern stellen Sie die Landwirtschaft als wesentlichen Verursacher des Klimawandels dar. Ich denke, die Politik muss auf vielen Ebenen handeln. Wer bei der weltweiten Entwicklung der CO₂-Emissionen genau hinsieht, merkt, dass die Ursache nicht zuletzt im raschen Anstieg des CO₂-Ausstoßes besteht. Wenn wir uns die weltweite Belastung vergegenwärtigen, fällt leider ein Land wie die Volksrepublik China besonders negativ auf.

Wir sollten aufhören, die Landwirtschaft an den Pranger zu stellen, und uns ganzheitlich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wir müssen doch Zeichen setzen!)

– Ich werde später noch darauf zurückkommen.

Der beste Beweis für die Richtigkeit unseres Weges ist die Nachfrage aus dem Ausland. Die bayerischen Exporte haben sich im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent erhöht. Bayerische Agrargüter sind insbesondere in den neuen EU-Staaten anerkannt, geschätzt und beliebt.

Des Weiteren möchte ich anmerken, dass ein ökologischer Anbau nicht automatisch ein intensives Wirtschaften ausschließt. Auch hier sind 2,0 Großvieheinheiten pro Hektar durchaus üblich und möglich. Ich behaupte: Viele KULAP-Betriebe wirtschaften extensiver und damit umweltfreundlicher als Ökobetriebe. Muss ein KULAP-Betrieb bei einem Verband sein, um Ihre Anerkennung zu bekommen? Auf die Wirtschaftsweise kommt es an. Wir sollten es dem Einzelnen überlassen, ob er sich einem Verband anschließt oder nicht. Deswegen bleibt unser zentrales Anliegen, auch künftig eine ausgewogene, vielseitige und flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten.

Wir wollen weiterhin mit unserer hiesigen einheimischen Landwirtschaft hochwertige und möglichst rückstands-freie Nahrungsmittel produzieren. Unsere Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zählt zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen Bayerns und ist damit auch ein wichtiges Rückgrat für den gesamten ländlichen Raum. Denken Sie nur an den nachgelagerten bzw. vorgelagerten Bereich. Man sagt, nach dem Fahrzeug- und Maschinenbau würden hier 33 Milliarden Euro an Umsatz gemacht. Damit liegen wir bei den Branchen des verarbeitenden Gewerbes an dritter Stelle. Die Landwirtschaft ist also keine Randbranche, sondern stellt auch künftig eine zentrale Aufgabe für uns dar.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie mir zustimmen, können sie das auch durch Kopfnicken tun und müssen mich nicht ständig unterbrechen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das reicht ja bei Ihnen nicht!)

Mit über 600 000 Arbeitsplätzen ist die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, insbesondere im ländlichen Raum, einer der wichtigsten Arbeitgeber im Freistaat Bayern.

Jeder neunte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab. Deshalb werden wir nicht nachlassen, die multifunktionale, flächendeckende Landwirtschaft auch weiterhin im Blickfeld zu behalten. Wir wollen auch weiterhin eine ausgewogene, flächendeckende Honorierung der Agrarumweltleistungen – Frau Paulig – auf Grünland- und Ackerflächen bzw. auch für ökologisch wirtschaftende Betriebe gewährleisten. Ich unterstreiche das ausdrücklich. Dafür stehen aber seit Jahren unser bewährtes bayerisches Kulturlandschaftsprogramm und natürlich auch unsere Förderbeihilfen, unsere Förderdarlehen und die Programme für den Ökolandbau. Nach dem Grundsatz „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ wollen wir die Entscheidung aber dem Einzelnen selbst überlassen. Wir wollen weniger staatliche Verordnung und dafür mehr Eigenverantwortung und eine direkte Regelung durch den Markt, das heißt durch das Angebot und die Nachfrage. Der Staat kann Akzente setzen, er kann aber den ökologischen Anbau nicht quasi durch eine staatliche Verordnung erhöhen.

Für das bayerische Kulturlandschaftsprogramm stehen auch im Jahr 2007 fast 170 Millionen Euro bereit, und zwar trotz der Kürzungen auf EU-Ebene, weil nämlich der bayerische Agrarretat erhöht wurde.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Mit der künftigen Ökopremie von 190 Euro setzt Bayern eindeutig Zeichen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Nehmen Sie doch einfach die Fakten zur Kenntnis. Bayern ist eindeutig Spitzenreiter in ganz Deutschland

bei der Förderung ökologischer Produkte und ökologischer Betriebe.

(Beifall bei der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Haben Sie nicht zugehört? Das habe ich doch gesagt!)

Leider kann ich auf die Zwischenrufe nicht mehr eingehen, weil mir die Zeit davonläuft, und ich will den nachfolgenden Rednern aus meiner Fraktion nicht unnötig Zeit stehlen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU) – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da kann man doch nicht die Zeit stehlen!)

Wir stellen mit unseren Förderprogrammen eindeutig unter Beweis, dass wir die Besten in Deutschland sind. Nicht zuletzt geben uns auch die Erfolge Recht. Was nützt es uns, wenn wir die Produktion künstlich nach oben schaukeln,

(Ruth Paulig (GRÜNE): Künstlich?)

aber der Verbraucher nicht bereit ist, die Produkte dann auch zu kaufen? Wir brauchen ein gesundes Verhältnis.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Der Verbraucher bezahlt mehr für die bessere Qualität!)

– Wir brauchen ein gesundes Verhältnis, denn sonst würden die Produktpreise einen Erdbeben erfahren, wenn mehr produziert wird, als der Verbraucher kauft. Wir wollen, dass die Ökobetriebe auch den Mehrwert bekommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir versuchen auch weiterhin bei einer tiergerechten Aufstallungsform und für ökologisch wirtschaftende Betriebe – bei den einzelnen Betrieben sogar im Förderungsprogramm – zusätzlich noch einmal 5 % draufzusatteln und zu fördern. Hier stehen zusätzlich 40 Millionen Euro bereit, ein weiterer Beweis für die Richtigkeit unserer Politik.

Ein weiterer Beitrag der Landwirtschaft für den Klimaschutz stellt unbestritten die Leistung Bioenergie dar. In den letzten sechs Jahren ist es durch die zunehmende energetische Verwertung von Biomasse gelungen, den Kohlendioxidausstoß von 1,8 Millionen Tonnen jährlich zu verringern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wer hat die Gesetze dafür geschaffen? – Die hat Rot-Grün gemacht!)

Damit gehen in Bayern 15 % der Minderungen beim Kohlendioxid auf das Konto der regenerativen Energien. – Frau Präsidentin, wie viel Zeit habe ich noch?

(Thomas Kreuzer (CSU): Das war gut. Mach Schluss!)

– Der Vorsitzende hat gemeint, ich war schon so überzeugend, ich soll zum Abschluss kommen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Leider kann ich aufgrund der Zwischenrufe nicht mehr das Nötige ausführen. Das werde ich aber gerne im Ausschuss oder bei sonstiger Gelegenheit tun. Abschließend sei noch angemerkt, liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit Ihrem Lachgasantrag haben Sie allenfalls mein Lachen geerntet, aber keinesfalls mein Verständnis.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Das zum Thema Ökopartei CSU! – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Wörner das Wort. Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich meine Überraschung darüber kundtun, dass der grüngefärbte CSU-Abgeordnete Söder heute nicht an der Debatte teilnimmt; denn das müsste doch sein Thema sein.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wo er ist, wahrscheinlich war er mehr von grüner Farbe übergossen als von grünen Inhalten überzeugt.

Der Antrag der GRÜNEN ist nach unserer Auffassung in seiner Intention richtig. Ich gebe allerdings zu, wir hätten uns eine andere Wortwahl gewünscht. Wir wollen nämlich die Versöhnung von Landwirtschaft, von Ökologie und Ökonomie, und nicht das Gegeneinander. Wir werden dem Antrag aber aus folgendem Grund zustimmen: Der Antrag trifft in seinem Kern das Richtige. Der Kern ist nämlich die Erhöhung der KULAP-Mittel. Deshalb bin ich überrascht, weshalb die CSU gegen diesen Antrag ist. Sie sind doch die Verfechter der Landwirtschaft, die Retter der Nation in dieser Frage. Ob Sie das wirklich sind, das will ich an dieser Stelle beleuchten.

Wir wissen, dass wir inzwischen Ökoprodukte einführen müssen, weil der eigene Markt die Nachfrage nicht befriedigt.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Wir könnten das selbst leisten, wenn die Ideologen in den Bauernverbänden, die auch hier drin sitzen, nicht dafür gesorgt hätten, dass geglaubt wird, Ökologie sei des Teufels.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Bisher jedenfalls war die Ökologie des Teufels. Heute haben Sie ein Problem. Sie können zwei Dinge tun. Entweder Sie sagen: Weiter so. – Das trauen Sie sich aber im Moment nicht, weil der Trend der Zeit Sie überrollt und

überholen wird, oder Sie sagen: Wir ändern das. – Dann sollten Sie es aber konsequent und ehrlich machen. Ich appelliere an Sie: Hören Sie auf, mit Ihrer rückwärtsgegangenen Ideologie alles zu torpedieren, was diesem Land, diesen Menschen und dem Klima guttut. Machen Sie mit, erklären Sie das nicht nur am Sonntag, sondern handeln Sie auch am Montag danach. Hören Sie auf, alles Neue zu torpedieren wie im Reflex, der Ihnen anscheinend angeboren ist. Das gilt vor allem für bestimmte Vertreter der Landwirtschaft. Die Landwirte selbst sind nämlich inzwischen sogar schon weiter als Sie selbst. Sie wissen doch genau, 10 000 Landwirte haben unterschrieben, dass sie keine Gentechnik mehr wollen. Sie aber vertreten die Genwirtschaft noch immer.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, ich sage es noch mal: Sie haben mit Ihrer ideologisch verbrämten Stimmungsmache gegen Ökoprodukte dafür gesorgt, dass diese Marktchance nicht von unseren Landwirten aufgegriffen wurde, sondern dass sie jetzt von anderen genutzt wird. Machen Sie kehrt, machen Sie mit. Die Erhöhung der KULAP-Mittel ist ein richtiges Instrument, um dafür zu sorgen, dass diese Umkehrung funktioniert.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein paar Dinge sagen, die mir in den letzten Tagen aufgestoßen sind. Sie haben einen Generalsekretär, der eine unsägliche Rolle spielte, als in der letzten Legislaturperiode darüber diskutiert wurde, wie man den Klimawandel beherrschen kann. Dieser Generalsekretär scheint sich jetzt offensichtlich zu wandeln. Manche brauchen eben etwas länger, bis sie etwas begriffen haben. Wir hoffen aber, dass es dafür umso tiefer sitzt. Selbst Minister Schnappauf sagt mittlerweile, dass man die Klimaschutzanstrengungen verstärken muss. Bisher hat das immer anders geklungen. Da hieß es: Bayern vorn. Wir sind Spitze. – Da müsste man eigentlich nichts mehr tun.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Jetzt aber geben er und sein Ministerpräsident zu, dass offensichtlich nicht alles getan wurde, was notwendig gewesen wäre. Das will man jetzt nachholen. Wir sind an Ihrer Seite. Sie brauchen nur unsere Anträge der letzten Jahre zu nehmen. Dann wäre alles erledigt. Wenn wir die darin enthaltenen Forderungen alle erfüllen, sind wir auf einem guten Weg. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass Ihr Generalsekretär – vielleicht haben Sie ihn inzwischen auch schon abgesetzt, das geht in letzter Zeit ganz schön schnell bei Ihnen – inzwischen vielleicht begriffen hat, dass die energetische Sanierung von Altbauten ein wesentliches Ziel und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sein muss. Wenn er das jetzt erklärt, dann verstehe ich nicht, weshalb Sie in der letzten Plenarsitzung unseren Antrag abgelehnt haben, der das Ziel hatte, Altbauten, vor allem auch die staatlichen, endlich schneller energetisch zu sanieren, als das bisher der Fall war.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Das müssen Sie den Menschen erklären, uns jedenfalls erschließt sich das nicht. Am Sonntag wettern Sie, wie wichtig der Klimaschutz ist, und am Montag stimmen Sie hierherin ganz anders ab. Das mag verstehen, wer kann.

(Manfred Ach (CSU): Weil wir in keiner Traumwelt leben!)

Sie behaupten, man darf die Ökoprodukte nicht hochfahren, sonst verdirbt man den Preis.

Meine Damen und Herren, dazu sage ich: Das regelt der Markt. Sie sind doch die Verfechter der Marktwirtschaft. Das kann doch nicht durch künstliche Verknappung geschehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn ich das betreiben will, muss ich dafür sorgen, dass der Markt richtig funktioniert. Sie sind doch sonst auch für Subventionen, warum da nicht, wo wir unsere Landwirte stützen und schützen könnten. – Gerade die kleinteilige Landwirtschaft könnte davon hervorragend profitieren.

(Beifall bei der SPD – Helmut Brunner (CSU): Wir tun das doch!)

Das verhindern Sie aber, wenn Sie dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

(Helmut Brunner (CSU): Der hat doch keine Ahnung!)

Wir sind aber gerne bereit, zum Nachtragshaushalt wieder einen Antrag einzubringen, um die Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm – KULAP – zu erhöhen und damit die fehlenden Mittel auszugleichen, die aus Europa nicht gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Wörner. Herr Staatsminister Miller hat ums Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Am Klimaschutz hat die Landwirtschaft selbst das allergrößte Interesse; denn sie wirtschaftet in und mit der Natur.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da haben Sie recht!)

Frau Paulig, Sie haben gesagt, ich hätte die Öko-Landwirtschaft schlechtgeredet. Ich bitte, mir dafür den Nachweis zu erbringen. Das werden Sie nicht können. Sie haben uns heute vorgeworfen, wir hätten die Öko-Landwirtschaft in eine Schmutzdecke gedrängt. Sie haben heute die herkömmliche Landwirtschaft wieder in eine Schmutzdecke gedrängt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dafür bringen Sie mal den Nachweis!)

– Hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie schreien.

Frau Paulig, Sie sind Biologin. Wissen Sie, dass nur die Pflanzen in der Lage sind, der Atmosphäre das CO₂ zu entnehmen, den Kohlenstoff in die Pflanze einzulagern und den Sauerstoff freizusetzen?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Assimilation nennt man das!)

– Genau. Sehr gut! Note 1.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nachdem Sie diesen Effekt kennen, hätten Sie die Kollegin Paulig korrigieren müssen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die weiß das besser als wir!)

Vielleicht können wir uns später einmal darüber unterhalten, ob eine Kuh in einem Öko-Betrieb weniger Methan produziert als eine Kuh in einem herkömmlichen Betrieb.

Sie haben uns auch vorgeworfen, wir hätten etwas verschlafen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, schauen wir doch einmal in die Bundesländer, in denen die GRÜNEN den Landwirtschaftsminister bzw. die Landwirtschaftsministerin gestellt haben, zum Beispiel nach Nordrhein-Westfalen, zu Frau Höhn. Als wir 255 Euro pro Hektar bezahlen konnten, wie Sie es heute forderten, sind dort nicht 255 Euro pro Hektar, sondern lediglich 153 Euro pro Hektar bezahlt worden. In Schleswig-Holstein hat Kollege Klaus Müller von den GRÜNEN nicht etwa 255 Euro bezahlt, wie wir es in Bayern getan haben, sondern 7 Euro mehr als Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen offenbaren es. Ich stelle die Frage: Wer hat da was verschlafen – Sie oder wir?

(Beifall bei der CSU)

Ich weise auch zurück, wenn hier die Vertreter des bauerlichen Berufsstandes verunglimpft werden. Frau Paulig, ich verstehe nicht, was eine ideologisch verbrämte Ideologie ist. Sie haben diese völlig neue Wortschöpfung gebraucht; ich habe noch nicht ganz eruiert, was das ist. Jedenfalls weise ich zurück, was Sie gesagt haben. Niemand reißt neue Gräben auf. Wir tun vielmehr alles, um die beiden Produktionsarten gleichberechtigt nebeneinander zu stellen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Europäische Union die Mittel um 26 % gekürzt hat. Wir haben nicht nur den Bundesanteil von 30 % gehalten, sondern wir haben auch 107 Millionen Euro Landesmittel in ungekürzter Höhe zur Verfügung gestellt. Wir müssen bei den konventionellen Betrieben um 30 % kürzen, beim Öko-Landbau um 25 %. 20 % müssen wir allein schon deswegen kürzen, weil die Anreizkomponente nicht mehr zulässig ist. Es geht also um 5 %. Wir fördern die Öko-Betriebe jetzt mit 190 Euro. Das nächste Land im Ranking ist Hessen mit 160 Euro, dann kommt Baden-Württemberg mit 150 Euro. Andere Länder, in denen heute noch Rot-Grün regiert, liegen bei 137 Euro pro Hektar.

Ich hätte es mir leicht machen können; denn einige Bundesländer haben gefordert, einheitlich 137 Euro pro Hektar zu gewähren, damit keine Wettbewerbsverzerrung entsteht. Ich hätte mich überstimmen lassen können, um dann Krokodilstränen zu vergießen und zu klagen: Wir können euch nicht mehr bezahlen, weil die Regelung bundeseinheitlich so getroffen wurde. Nein, das haben wir nicht gemacht. Wir marschieren vielmehr an der Spitze; wir bezahlen für die ersten 15 Hektar, also für die kleinen Betriebe, 225 Euro pro Hektar. Die Öko-Betriebe erhalten jährlich 30 Millionen Euro. Das sind rund 20 % der gesamten Fördermittel aus dem Kulturlandschaftsprogramm, obwohl ihr Anteil an den gesamten KULAP-Betrieben nur 6 % beträgt.

In der Forschung haben wir einen Arbeitsschwerpunkt „Ökologischer Landbau“; dort gehen wir in 49 Förderprogrammen den Dingen nach. Wir haben einen Mitarbeiter von der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern – LVÖ –, der diese Abteilung leitet. Zum Öko-Landbautag am 7. März 2007 in Freising darf ich Sie herzlich einladen.

Zu Recht haben Sie heute angesprochen, dass der Transport der Nahrungsmittel, auch der ökologisch erzeugten Nahrungsmittel, eine ökologische Belastung darstellt. Wer hat denn das Euro-Siegel mit niedrigeren Standards eingeführt, als wir sie in Bayern haben? Das war doch Ihre Ministerin Renate Künast. Das war ein Schlag ins Gesicht der Öko-Bauern!

(Beifall bei der CSU)

Heute gibt es in den Discountern billige Öko-Nahrungsmittel aus dem Ausland.

Ich meine dagegen, dass zu Öko-Produkten auch die Regionalität gehört. Das ging so weit, dass mich der chinesische Staatspräsident darauf angesprochen hat. Er hat gesagt: Ihre Bundesministerin fordert Ökoprodukte. Eco-production for Germany – wir können das auch in China für Deutschland nach EU-Normen produzieren. Ich sage Ihnen: Öko-Landwirtschaft muss regional verwurzelt sein. Wir sind mit 5000 Betrieben mit an der ersten Stelle, was die Zahl der Betriebe in Deutschland anbelangt. Wir werden in der jetzigen Antragsstellungsphase 150 bis 200 Betriebe dazubekommen. Das, was Sie heute gesagt haben, sollten Sie gegenüber Frau Höhn und gegenüber dem Kollegen Müller wiederholen.

Wir fördern auch die Vermarktung mit einem eigenen Programm. Wir haben ein Qualitätssiegel „Öko-Qualität, garantiert Bayern“. Wir verwenden 10 % der Mittel für den Absatz im Öko-Bereich. Wir haben das, was von den GRÜNEN gefordert wird, nämlich ein Aktionsprogramm für den Öko-Landbau, längst in Angriff genommen. Wir tun das allein schon wegen der gestiegenen Nachfrage nach Öko-Produkten. Wir wollen diesen Markt natürlich für unsere Bauern erschließen. Wir stehen, wie gesagt, an erster Stelle. Das Maßnahmenbündel haben wir weitgehend erarbeitet. Ich werde es in Kürze der Öffentlichkeit vorstellen.

Bayern ist in vielen Bereichen vorne. Es zählt zu den erfolgreichsten Bundesländern. Beim Öko-Landbau sind wir Spitze. Sie tun hier so, als hätten wir etwas verschlafen. Aber dort, wo Sie selbst Verantwortung getragen haben, waren Sie mitunter Schlusslicht. – Diese Fakten passen zum „Lumpigen Donnerstag“; da steht man neben der Kappe. Mit der Realität hatte Ihre Rede jedenfalls nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Für eine Zwischenbemerkung darf ich Frau Kollegin Paulig das Wort erteilen. Sie haben zwei Minuten. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Staatsminister, Fakt ist erstens: Bayern liegt im Vergleich aller Bundesländer, was den prozentualen Anteil der Öko-Betriebe und den Anteil der Öko-Flächen betrifft, unter dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweitens. Sie hätten sehr wohl die Möglichkeit gehabt, Mittel für die zweite Säule aus der ersten Säule umzuschichten. Aber das wollten Sie nicht tun; Sie hätten dann nämlich Ihrer Klientel an den Kragen gehen müssen. Natürlich haben Sie die Klientel des Bauernverbandes und der Großbetriebe geschützt und nicht umgeschichtet.

Drittens. Die Aufstockung der Prämien im Kulturlandschaftsprogramm – KULAP – von 190 Euro pro Hektar auf 255 Euro pro Hektar würde insgesamt 7 Millionen Euro ausmachen. Ich meine, das sollten Ihnen der Öko-Markt und die gestiegenen Absatzmöglichkeiten für bayerische Öko-Betriebe wert sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Prämien möchte ich Ihnen sagen: In anderen Bundesländern gibt es beispielsweise Umstellungsprämien. In Sachsen sind das 260 Euro pro Hektar, in Nordrhein-Westfalen sind es 260 Euro pro Hektar, in Rheinland-Pfalz 200 Euro pro Hektar. Bayern hat keine Umstellungsprämie und liegt damit mit 190 Euro pro Hektar weniger hoch.

Fakt ist auch: Gerade mit dem Ökosiegel von Frau Künast hat dieser Markt die notwendigen Wachstumsimpulse erhalten, und wir haben Umsätze, die sich seit 2000, seit Einführung dieses Siegels, verdoppelt haben auf derzeit über 4 Milliarden Euro bei Ökoprodukten im Lebensmittelsektor.

Wir wollen – da sind wir uns möglicherweise einig – nicht, dass die Öko-Lebensmittel von weiß Gott wo hertransportiert werden. Aber wir wollen, dass sie hier erzeugt werden, und hier müssen wir eine Stärkung dieses Marktes vornehmen, indem wir die Betriebe, die diese Produkte produzieren können, stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum fordern wir ein Aktionspaket für ökologischen Landbau und eine Erhöhung der KULAP-Prämie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Sie können gern darauf antworten. Es geht nach der neuen Geschäftsordnung nicht zulasten Ihrer Redezeit.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Ich kann es ganz kurz beantworten.

Erstens. Die Möglichkeit der Modulation besteht nicht. Da kennen Sie sich leider nicht aus.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Jetzt nicht mehr!)

Darüber diskutiert das Europäische Parlament. Derzeit ist es nicht möglich.

Zweitens. Es ist gut für die Öko-Landwirte, dass Sie nichts zu bestimmen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN: Ach!)

Es ist deshalb gut, weil eine Umstellungsprämie von 260 Euro für ein, zwei Jahre zu bezahlen und dann herunterzugehen auf 137 Euro, wie es manche Länder machen, von den Öko-Verbänden abgelehnt wird. Ich habe sie alle gefragt. Da liegen Sie völlig daneben. Ich habe gefragt: Wollt ihr eine hohe Umstellungsprämie, die wir ein, zwei, drei Jahre zahlen, und dann gehen wir herunter auf 137 Euro? Es ist gut, dass die Öko-Betriebe rechnen können – im Gegensatz zu Ihnen, sonst würden Sie so etwas nicht fordern.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Sie müssen schon ehrlich sein und sagen, woher die Nachfrage kommt. Die Nachfrage kommt daher, dass der Lebensmitteleinzelhandel – das war unser Bestreben – der Tatsache Rechnung getragen hat, dass heute eine berufstätige Frau nur wenig Zeit zum Einkaufen hat und nicht mehr zum Öko-Betrieb fahren kann – was ich ein bisschen bedauere –, und diese Produkte in die Läden gebracht hat, um das Angebot zu erhöhen, sie dort abzusetzen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Weil dann innerhalb kurzer Zeit die Discounter nachgezogen haben und die Umstellungszeit bei Öko-Betrieben zwei bis drei Jahre dauert – die haben das ohne Ankündigung gemacht –, führt jetzt das Öko-Siegel von Frau Künast dazu, dass heute in Kombination die Waren von weither kommen. Daran haben Sie, die GRÜNEN, einen ganz maßgeblichen Anteil, nämlich am Tourismus von Öko-Produkten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/7486 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren beschleunigen – Kindergeld und Ehegattensplitting nicht beschränken (Drs. 15/7487)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Joachim Wahnschaffe, Johanna Werner-Muggendorfer u. a. u. Frakt. (SPD)
Ausbau von Kinderkrippen beschleunigen – das BayKiBiG zugunsten der Kinder umgestalten (Drs. 15/7501)

Ich darf die gemeinsame Aussprache eröffnen und als Erstem Herrn Kollegen Herrmann das Wort erteilen.

Joachim Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen haben wir in diesem Saal einen Kinderkongress der CSU-Landtagsfraktion erleben dürfen. Vor einer Woche haben wir hier im Saal mit Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen diskutiert.

Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag markieren wir unsere Ziele und unsere Positionen in einigen der nun aktuell diskutierten Fragen. Ich will dazu sechs Stichpunkte kurz ansprechen.

Erstens. Wir brauchen einen deutlichen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr.

(Karin Radermacher (SPD): Das kommt zu spät!
 – Weitere Zurufe von der SPD)

Im ersten Lebensjahr sind die allermeisten Kinder zu Hause.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Mit dem Bundeselterngeld, das seit dem 1. Januar gezahlt wird, wird dies auch sehr gut unterstützt.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Doch schon im zweiten und dritten Lebensjahr wollen viele Mütter oder Väter wieder arbeiten, zumindest in Teilzeit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Für die Kinder dieser Eltern müssen wir ausreichend Betreuungsangebote zur Verfügung stellen.

Ursula von der Leyen hat davon gesprochen, dass wir aus ihrer Sicht Betreuungsangebote für etwa ein Drittel der Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr brauchen; wohlgedacht: für ein Drittel der Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr. Wenn Sie meinen, mit Ihrem Antrag die Äußerungen von Frau von der Leyen aufzugreifen, dann täuschen Sie sich, weil Sie das insofern nicht richtig verstanden haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Oberlehrer! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich habe gesagt: Wenn das so ist.

Ich will in dem Zusammenhang auf zwei Dinge hinweisen: Wenn Sie dies zum einen herunterbrechen sozusagen auf alle Kinder zwischen null und drei Jahren, dann sind Sie mit den Zahlen, auf die sich Frau von der Leyen bezieht, bei einer Betreuungsquote von ungefähr 23 %. Aber das lassen wir einmal dahingestellt.

Das Entscheidende ist – das sollten wir bitte bei der aus meiner Sicht unnötig aufgeregten Diskussion darüber auch nicht aus dem Blick verlieren –: Wenn man für bis zu einem Drittel der Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr Betreuungsplätze schafft, dann heißt das immer noch und nach wie vor, dass zwei Drittel der Kinder zu Hause von ihren Familien betreut werden. Es kann also keine Rede davon sein, dass jetzt alles auf den Kopf gestellt wird. Das sollte man bei mancher Kritik hier nicht übersehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat niemand behauptet! – Karin Radermacher (SPD): Von uns kommt das nicht!)

Zweites Stichwort. Ich sage ganz klar, dass im Hinblick auf dieses Ziel, das wir deutlich beschreiben, das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – BayKiBiG – eine tragfähige, eine verlässliche rechtliche Grundlage für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote schafft. Es bezieht dabei alle Formen der qualifizierten Kinderbetreuung ein, angefangen von den Kinderkrippen über altersgeöffnete Kindergärten und Häuser für Kinder bis hin zu den Angeboten der Tagespflege. Ich denke, dass gerade auch das Sozialministerium mit der Tagespflegestrukturförderrichtlinie einen beschleunigten Ausbau der Tagespflege angeschoben hat.

Immerhin – und das können wir, denke ich, schon mit einer gewissen Zufriedenheit feststellen – ist der Versorgungsgrad in Bayern von 3,5 % im Jahre 2001 innerhalb von fünf Jahren auf 7 % verdoppelt worden.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Die neueste Zahl ist, dass wir zu Beginn dieses Jahres in Bayern schon einen Versorgungsgrad von 9 % – das sind 30 000 Plätze – erreicht haben. Das war ein enormes Wachstum in den letzten sechs Jahren. Es zeigt, dass gerade in den letzten zwei, drei Jahren das neue Gesetz voll positiv eingeschlagen hat.

Wenn Sie den Berechnungsmaßstab der Bundesfamilienministerin nur auf das zweite und dritte Lebensjahr beziehen, dann sind wir schon bei einer Versorgungsquote von 14 %. Das ist durchaus beachtlich. Aber ich sage Ihnen in der Tat ganz klar, auch im Hinblick auf manche vielleicht noch vorhandene Zurückhaltung auch in unserer eigenen Partei: Der Bedarf ist auch in Bayern sicherlich noch größer als das gegenwärtige Angebot. Deshalb müssen wir in Partnerschaft mit den Kommunen hier weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, es geht – wohlgemerkt – darum, dass Familienfreundlichkeit für viele Kommunen auch, wie ich meine, zu einem Standortfaktor werden muss, de facto heute bereits ein Standortfaktor ist. Ich kann mich nicht auf der einen Seite in diesem Bereich zurückhalten, wie das leider noch die eine oder andere Kommune tut,

(Unruhe)

und auf der anderen Seite beschweren, dass junge Familien mit Kindern den Gemeinden davonlaufen und in die Stadt umziehen.

(Glocke der Präsidentin)

Deshalb ist es notwendig, dass wir uns in Partnerschaft mit den Kommunen mit diesem Thema auseinandersetzen. Nach dem Gesetz haben die Kommunen ganz klar die Verantwortung für die Bedarfsfeststellung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da war doch was mit der Konnexität!)

Es kann aber nicht sein – das will ich hier sehr kritisch ansprechen –, dass es immer noch eine ganze Reihe von Kommunen in Bayern gibt, die bis heute de facto keinen Bedarf festgestellt haben oder geradezu behaupten, es gebe bei ihnen keinen Bedarf;

(Zuruf der Abgeordneten Johanna-Werner Muggendorfer (SPD))

der Bedarf liege bei ihnen bei null.

Ich bestreite zunächst einmal pauschal nachdrücklich, dass es in Bayern heute noch irgendeine nennenswerte Gemeinde geben könnte, in der der Bedarf für die Kleinstkinderbetreuung bei null liegt. Auf dieser Basis müssen wir uns, denke ich, kritisch auseinandersetzen. Wir respektieren die kommunale Selbstverwaltung, aber die sich daraus ergebende Verantwortung muss von den Kommunen auch wahrgenommen werden. Deshalb

müssen wir mit unseren kommunalen Partnern in den nächsten Monaten ganz engagiert reden.

Drittes Stichwort: Auch nach einem solchen Ausbau – ich habe es gerade angesprochen – wird die große Mehrheit der Kinder unter drei Jahren weiter zu Hause betreut und erzogen werden. Den Eltern, die sich für ihre Kinder engagieren und zeitweise ihren Kindern zuliebe auf Berufstätigkeit verzichten, gilt nach wie vor der große Respekt unserer Gesellschaft. Wir wollen solche Eltern zum Beispiel auch weiter mit dem Landeserziehungsgeld unterstützen. Es wäre falsch, das Landeserziehungsgeld zu streichen, nur um das ganze Geld in die staatliche Kinderbetreuung zu investieren. Diesbezüglich unterscheiden wir uns grundlegend von Ihrem Ansatz.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Wir wollen keine scheinbar moralische Bewertung, dass die eine Art der Betreuung besser ist als die andere.

(Widerspruch bei der SPD)

Berufstätige Mütter sind in der Tat keine Rabenmütter. Sie sind um keinen Deut schlechtere Mütter als solche, die zu Hause bleiben. Aber umgekehrt gilt auch: Mütter und Väter, die sich einige Zeit von der Berufstätigkeit frei nehmen und sich ganz ihren Kindern zu Hause widmen, sind deshalb um keinen Deut weniger emanzipiert und modern als andere, die berufstätig sind.

(Beifall bei der CSU)

Beides wird die CSU auch in Zukunft klar hochhalten. Es gilt, die Wahlfreiheit zu akzeptieren und ihr gerecht zu werden.

(Zurufe von der SPD)

Dabei sehen wir ganz deutlich, dass sich insgesamt zahlenmäßig über die letzten Jahrzehnte die Lebensentwürfe junger Frauen verändert haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten, wenn Sie Ihre Weisheiten zum Besten geben, eines nicht übersehen – ich sage das zum wiederholten Male an dieser Stelle –: In keinem anderen Bundesland sind so viele Mütter von Kindern unter 18 Jahren gleichzeitig berufstätig wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir brauchen uns also da vor niemandem zu verstecken. Offensichtlich gelingt die Vereinbarkeit von Elterndasein und Berufstätigkeit bei uns jedenfalls nicht schlechter als anderswo. Bei uns haben die jungen Frauen vor allem überhaupt eine Chance auf einen Arbeitsplatz, die sie anderenorts schon aufgrund der Arbeitsmarktbedingungen überhaupt nicht haben.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Viertes Stichwort: Wir sind davon überzeugt – ich sage es noch einmal –, dass das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz die richtigen Grundlagen gibt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt überhaupt nicht!)

Wir werden mit diesem Gesetz diese Herausforderung auch schultern. Ein unmittelbares Engagement des Bundes im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen ist nicht notwendig. Schon gar nicht notwendig ist es, das Grundgesetz zu ändern und irgendwie an den Zuständigkeiten herumzubasteln. Wir bekennen uns zu der Verantwortung des Freistaates Bayern und der Kommunen für die Zukunft der Kinderbetreuung in unserem Land, und wir werden das entsprechend weiterentwickeln. Wir werden das mit unseren Mitteln finanzieren und nicht das Kindergeld dafür einschränken oder gar kürzen oder in den nächsten Jahren nicht mehr steigern.

(Beifall bei der CSU)

Die Eltern gerade auch von älteren Kindern, von 15-, 16- und 17-Jährigen, brauchen dieses Kindergeld dringend. Es ist eine Milchmädchenrechnung, wenn gesagt wird: Nur um Kinderkrippen schneller zu finanzieren, nehmen wir lieber den Eltern von 15-, 16-, 17-Jährigen beim Kindergeld etwas weg. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Dieser Politik der SPD, wie sie in Berlin propagiert wird, treten wir ganz nachdrücklich entgegen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Fünftens: Wir wollen auch weiterhin steuerliche Erleichterungen und Entlastungen für Familien. Aber wir sagen klipp und klar: Dies darf nicht zulasten des Ehegattensplittings gehen. Das Ehegattensplitting drückt nämlich aus, dass Ehe und gleichberechtigte Partnerschaft der Eheleute ein hohes und schützenswertes Gut sind.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Seit den Siebzigerjahren ist übrigens auch im Ehe- und im Erbrecht verankert, dass alle Einkünfte, die Ehepartner während ihrer Ehe erzielen, ihnen zu gleichen Teilen zugerechnet werden. Das Ehegattensplitting im Steuerrecht bringt nichts anderes als genau dies zum Ausdruck. Deshalb sage ich noch einmal klipp und klar: Mit der CSU wird es eine Einschränkung des Ehegattensplittings nicht geben, und sie wird auch in Berlin auf den erbitterten Widerstand der CSU stoßen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Sechstens und letztens: Ich habe mich sehr gefreut, dass gestern die neue Studie des Kinderhilfswerkes UNICEF veröffentlicht worden ist, die die Lebensumstände von Kindern in 21 sogenannten wohlhabenden Industriestaaten vergleicht. Deutschland landet insgesamt lediglich auf Rang 11, also genau in der Mitte von 21 untersuchten Ländern. Ich will das nicht im Einzelnen kommentieren, aber erfreulich ist natürlich, dass auch in dieser Studie

der UNICEF am Schluss wieder herauskommt, dass innerhalb Deutschlands Bayern und Baden-Württemberg am kinderfreundlichsten sind. Auch dies spricht für sich.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine – lassen Sie mich das als Letztes sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen –, wir sollten bei allem notwendigen Ringen um Kinderkrippen und Elterngelder allerdings nicht vergessen, dass Kinder nicht in erster Linie ein Kostenfaktor oder ein Betreuungsproblem sind, sondern dass Kinder in erster Linie – und jeder, der Kinder hat, weiß das – ein herrliches Erlebnis sind, ein Glück für ihre Eltern und für uns alle. Vor allen Dingen deshalb werden wir auch weiter für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in unserem Land arbeiten. Die Kinder sind unsere Zukunft, und dafür wird sich die CSU auch weiterhin nach Kräften einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) (Von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was fällt mir zu dem Antrag ein? Kaum wartet man zehn Jahre, schon ist bei der CSU auch ein Umdenken passiert!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weil Sie, Herr Herrmann, als Fraktionssprecher dazu geredet haben, habe ich mir jetzt die Frage gestellt, ob das so ist wie beim Ladenschluss, dass Sie sich nämlich nicht einig sind und Sie, Herr Herrmann, die verbindende Funktion übernehmen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

– Das ist schön. Uns ist das eben auch wichtig, und deshalb spreche ich dazu. Mir fällt bei diesem Antrag aber vor allen Dingen auf, dass das – so fasse ich es auf – eine Bankrotterklärung der Familienpolitik der CSU-Fraktion ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn man den Antrag liest, wird deutlich, dass erstmals festgestellt wird, dass es kein Konzept der Staatsregierung gibt. Respekt! So viel Einsicht hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut. Erstmals wird auch festgestellt, dass es für die Kleinkinder zu wenige Angebote gibt, dass sie in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurden und dass die Bedürfnisse der Eltern zügiger erfüllt werden müssen. Respekt für diese Einsicht!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Ich muss wirklich sagen, dass ich Ihnen das gar nicht zugetraut hätte. Man muss sich schon wundern, wenn man dann dieses BayKiBiG im Hinterkopf hat und Sie auch noch ganz explizit betont haben, dass das die richtige Grundlage sei. Da muss ich mich schon wundern. Ich denke, dieses BayKiBiG rächt sich jetzt, weil Sie merken, dass es nicht genügend Angebote für Kinder von null bis drei Jahren gibt. Das kann mit diesem Gesetz auch nicht geschehen, und ich werde Ihnen erklären, warum.

Ich weiß natürlich, dass nicht die richtigen Weichenstellungen getroffen wurden und dass den Kommunen der Schwarze Peter zugeschoben wird. Dazu komme ich vielleicht nachher noch einmal. Auf keinen Fall ist das BayKiBiG eine Erfolgsgeschichte. Es hat auch nicht den großen Schub gebracht, den Sie sich ans Revers heften. Da rächt sich einfach, dass Sie Vorschläge von anderen nicht angenommen haben, dass Sie sich also geweigert haben, Vorschläge anzunehmen.

Mit dem Ausbau der Tagespflege – das muss ich ganz klar sagen – ist es nicht getan. Das ist uns zu wenig. Diesbezüglich ist das Gesetz falsch angelegt. Ich finde, dass das Gesetz schlecht gemacht ist.

Sie haben vorhin ganz klar die Kommunen angeprangert. Sicherlich haben Sie Recht, wenn Sie glauben, dass es da das eine oder andere gibt, was nicht in Ordnung ist. Aber dann ist das Gesetz schlecht gemacht, wenn das Gesetz die Kommunen nicht dazu verpflichtet, ihrer Aufgabe nachzukommen.

Wie schaut es denn mit der Bedarfsfeststellung aus? Sie haben selber bemängelt, dass die Gemeinden den Bedarf nicht richtig feststellen. Wie geschieht denn so etwas? – Ich kann Ihnen das sagen. Da lässt der Bürgermeister in die Zeitung schreiben, wer einen Betreuungsplatz für ein Kind zwischen null und drei Jahren brauche, der solle sich melden. Wer soll denn da einen Bedarf feststellen, wenn das so abläuft und keinerlei Sanktionen für den Fall vorgesehen sind, dass sich die Kommunen so verhalten?

(Beifall bei der SPD)

Das geht doch eindeutig an den Bedürfnissen der Eltern vorbei.

(Joachim Herrmann (CSU): Ich habe Ihnen doch gesagt, dass das ein Problem ist!)

– Ja, da sind wir uns einig. Nur, darüber, wie wir weiter vorgehen, sind wir uns nicht einig, Herr Herrmann. Was das BayKiBiG angeht, besteht das Problem beispielsweise darin, dass, wie ich heute wieder gehört habe, die Bedingungen, die das BayKiBiG vorschreibt, eine Verschlechterung der Qualität der Kinderkrippen in München hervorrufen würden. Ein Weiteres muss man vielleicht sagen. Sie haben vorhin Prozentzahlen genannt und geschildert, wie die Steigerung aussieht. Das ist alles wunderbar. Aber wenn man die tatsächlichen Zahlen gegenüberstellt, wird vielen draußen und auch hier drinnen klar, dass das Angebot für die Null- bis Dreijährigen völlig unzureichend ist. Wenn es auf der einen Seite 23 000 Plätze, aber auf der anderen Seite über 300 000 Kinder von null bis drei

Jahren gibt, dann stimmt etwas nicht, und dann ist das nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD)

Was zeigt uns dieser Dringlichkeitsantrag noch? Er ist sehr aussagekräftig; Man kann einiges daran erkennen. Ich denke, dass er die Ideologie der CSU deutlich macht, und zeigt, dass die CSU in den letzten 30 Jahren wirklich die falsche Familienpolitik gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat zunächst einmal die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Aber hierin wird auch eine Zerrissenheit innerhalb der CDU/CSU deutlich. Sie wissen nicht, wie Sie vorgehen sollen. Irgendwo habe ich heute gelesen: „Flucht vor der Wirklichkeit“. Ich denke, das trifft es wirklich, weil Sie sich nicht der Tatsache stellen, wie Familie momentan gelebt wird und lebt. Nur noch 15 % der jungen Frauen sehen ihre Aufgabe als Hausfrau und Mutter. Das sei ihnen zugestanden, aber es sind eben nur noch 15 %. Wir als Politiker müssen andere Antworten darauf finden.

Ich bin der Meinung, Sie sollten sich ein Beispiel an Frau von der Leyen nehmen. Sie war da. Wahrscheinlich hat es nicht so reingehauen, wie es vielleicht sinnvoll gewesen wäre.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Doch, sie hat sehr reingehauen!)

– Hat sie reingehauen? Ich finde, Sie sollten sich ein Beispiel daran nehmen, wie sie aus ihrer persönlichen Situation gelernt hat. Sie hat sieben Kinder – vielleicht noch mehr; das weiß ich gar nicht – und ist berufstätig. Ich denke, sie weiß, wovon sie spricht, wenn sie für Kinderbetreuung eintritt.

Auch zum Ländervergleich möchte ich noch etwas sagen. Weil Sie immer so gerne Ländervergleiche anstellen, will ich das auch einmal tun. Schauen wir einmal nach Schweden. Dort gibt es seit 50 Jahren sozialdemokratische Familienpolitik, und dort ist es so, wie wir uns das vorstellen: eine gute Kinderbetreuung, eine hohe Geburtenrate und auch Zufriedenheit bei den Kindern und den Familien. Da können Sie sich anschauen, was SPD-Familienpolitik ist.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

An dem Antrag gefällt mir auch nicht, dass Sie den Schwarzen Peter für das Dilemma – die mangelnde Kinderbetreuung von null bis drei Jahren – wieder den Kommunen zuschieben. So kann man es auch machen. Wir haben hier alle miteinander die Konnexität beschlossen. Wir haben gesagt: Wenn wir eine Aufgabe nach unten verlagern, dann schieben wir auch entsprechend Geld nach. Davon höre und sehe ich nichts. Da wird nur ganz großspurig auf Geld aus dem Bund verzichtet. Das steht ja auch in dem Antrag. Ich denke, das wird so sein wie bei den Mitteln für das Investitionsprogramm „Zukunft,

Bildung und Betreuung“ – IZBB –: Zuerst sagen wir, wir brauchen es nicht, und hernach nehmen wir es gerne an, so wie wir es immer wieder erlebt haben.

Wenn im Alter der Kinder von null bis drei Jahren und vor der Schule überhaupt Bildung stattfindet, so müssen wir diese Aufgabe ernst nehmen. Dann muss dies auch eine staatliche Aufgabe sein, und wir müssen die Finanzierung dafür übernehmen. Insoweit müssen wir die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch etwas zur Kinderfreundlichkeit sagen, weil Sie sie auch angesprochen haben. Ich finde es wirklich bedauerlich, wo Deutschland in dieser Studie steht. Herr Herrmann, Sie haben es bereits gesagt – daran gibt es nichts zu deuteln –: Kinderfreundlichkeit ist ein Standortfaktor. Das müssten die Kommunen eigentlich wissen. Aber ich muss auch sagen: Solange Kinder bei uns als Problemfall und als Schwierigkeit angesehen werden, müssen wir uns nicht wundern, dass gerade die jungen, gut ausgebildeten Frauen keine Kinder mehr bekommen wollen. In dieser Argumentation muss ich mich Ihnen wirklich anschließen. Wir täten gut daran, auf der einen Seite die Familien zu unterstützen, aber auf der anderen Seite gerade Betreuungsangebote für Kinder von null bis drei Jahren anzubieten, damit wir sagen können: Kinder sind ein Glück und eine Bereicherung im Leben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrte CSU-Fraktion, Ihrem Antrag merkt man an, wann er geschrieben wurde. Man muss die CSU-Anträge nämlich mittlerweile einteilen in Anträge vor dem Besuch der Familienministerin und in Anträge nach diesem Besuch.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Vor einer Woche, vor dem Besuch, wurde ein Antrag eingebracht.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Zum Besuch!)

– Ja, zum Besuch, kann man auch sagen. Okay. – Am selben Abend kam die Familienministerin, und jetzt liegt sozusagen „der Antrag danach“ vor.

Sie tun sich immer noch schwer, den Spagat zu machen zwischen Ihrem traditionellen Familienbild und den Bedürfnissen einer modernen Familie, deswegen auch das Geeiere in Ihrem Antrag: einerseits Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Aber nicht allzu sehr!)

andererseits das Ehegattensplitting.

Ihre Betonung der Eigenständigkeit der Länder wirft allerdings die Frage auf, warum Sie nicht schon längst gehandelt haben;

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

denn der schleppende Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren ist eindeutig ein Versäumnis Ihrer Politik.

Bei den Krippen schaut es besonders schlecht aus. Entweder sind sie überhaupt nicht vorhanden, oder wenn es sie gibt, haben sie lange Wartezeiten und sind unglaublich teuer. Das ist keine Betreuung von unter Dreijährigen, wie wir sie uns wünschen. Insoweit haben Sie noch ein gewaltiges Stück Arbeit vor sich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Fraktionsvorsitzender, Sie sind vorhin auf die UNESCO-Studie eingegangen. Dazu möchte ich auch noch etwas sagen. Sie haben sie wahrscheinlich nicht ganz gelesen. Darin ist auch auf die Kita-Betreuung eingegangen worden. Hierbei ist Deutschland nämlich Schlusslicht unter 21 Ländern. Nachdem Bayern in Deutschland ist, kann man folgern: Bayern ist Schlusslicht in Europa. – Sorry.

(Beifall bei den GRÜNEN – Joachim Herrmann (CSU): Bayern ist schon lange nicht mehr Schlusslicht in Deutschland!)

Sie behaupten in Ihrem Antrag, das BayKiBiG sei – ich zitiere – eine „tragfähige, verlässliche rechtliche Grundlage für bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote.“

(Zuruf von der SPD: Einen größeren Schmarrn habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Die Rückmeldungen von Betroffenen sprechen eine deutlich andere Sprache.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt Probleme über Probleme. Ich nenne nur einige Stichworte und werde dies nicht näher ausführen; denn sonst müsste ich die Redezeit meiner Nachrednerin zu sehr strapazieren. Gastkinderregelung, Basiswert, Verfügungszeiten, Buchungszeiten-Desaster, Probleme bei den Anrechnungszeiten bei Horten. All dies ist nicht gelöst. Mit all diesen Dingen hat die Bevölkerung vor Ort zu kämpfen, und Sie nehmen das nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir gerade bei dem neunprozentigen Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige sind: Ich weiß nicht, welche Omas Sie alle mit hineingerechnet haben; aber neun Prozent sind weiß Gott noch lange nicht erreicht. Da haben Sie noch viel zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle gehe ich noch kurz auf den SPD-Antrag ein, der Forderungen erhebt, die wir auch erheben. Dennoch gehen wir mit einigen Punkten nicht ganz konform. Wie Sie wissen, wollen wir nicht das letzte, sondern das erste kostenfreie Kindergartenjahr, und der Ausbauplan für die Krippen ist mir auch zu langfristig.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ich habe ja nur Frau von der Leyen zitiert!)

– Aber Frau von der Leyen ist uns eben auch noch ein bisschen zu langsam.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Damit wären wir schon zufrieden!)

Da stellt sich schon die Frage: Worauf wartet die Personalunion aus Staatsregierung und CSU? Warum fangen Sie nicht endlich an? Wofür schreiben Sie Anträge, in denen Sie sich selbst bestätigen, dass Sie zuständig sind?

Dann seien Sie zuständig und machen Sie halt was!

Der Bedarf an Krippenplätzen schreit nach Handlung – die CSU schreibt Anträge nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass; denn Sie müssen schließlich auch Ihre konservativen Wählerschichten befriedigen, und deshalb steht das Ehegattensplitting mit im Antrag. Aber lassen Sie sich sagen, Herr Herrmann: Das Ehegattensplitting dient nicht den Familien. Es bedient Ehepaare, ganz egal ob sie Kinder haben oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Für uns ist Familie da, wo Kinder sind. Dorthin muss die Unterstützung fließen. Aber Sie schauen durch Ihre ideologisch verspiegelte Traditionsbrille und wollen nichts sehen.

Andererseits wird Ihnen aber auch immer deutlicher, dass Sie um eine flächendeckende Betreuung von „u3“ nicht herumkommen, weil sie die Voraussetzung dafür ist, dass in den Familien überhaupt erst einmal der Entschluss gefasst wird, Kinder zu bekommen; die Voraussetzung dafür, dass es eine moderne Familienplanung gibt, die Voraussetzung dafür, dass Familie und Beruf vereinbar sind, und die Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Bildung.

Ihre eigene Familienministerin im Bund hat es Ihnen am letzten Mittwoch erklärt. Das hat natürlich nicht allen von Ihnen geschmeckt. Aber kein noch so verschlungener Durch-die-Hintertür-Antrag wird verhindern, dass die Realität langsam auch ins Bewusstsein einiger CDU- und CSU-Politiker einsickert. Herr Herrmann kam mir vorhin schon ein bisschen so vor wie das Kind, das im Keller pfeift, um sich Mut zu machen vor der eigenen Fraktion.

(Engelbert Kupka (CSU): Aber nur, wenn es im Keller dunkel ist!)

Sie waren wirklich tapfer, Herr Herrmann. Bleiben Sie dran!

Aber ich möchte Sie trotzdem dazu auffordern, in Zukunft nicht mehr solche Anträge zu stellen, sondern endlich etwas in die Realität umzusetzen, was nach Realisierung schreit.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es!)

Lassen Sie endlich Ihre faulen Tricks, stellen Sie sich der Realität, und schaffen Sie endlich genügend Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ums Wort hat Frau Staatsministerin Stewens gebeten.

(Engelbert Kupka (CSU): Die kann über Kinder reden!)

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vom Grundsatz, meine ich, ist der Antrag der CSU, den der Fraktionsvorsitzende Herrmann heute noch einmal im Plenum begründet hat, in seiner Zielrichtung ganz richtig, weil er letztendlich bayernweit noch einmal verdeutlicht, wie ernst wir zum einen innerhalb der CSU-Fraktion, zum anderen aber auch innerhalb der Staatsregierung den Ausbau der Kinderbetreuung nehmen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ja, dann tun Sie es aber auch!)

– Wir tun es auch.

Mit dem viel gescholtenen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird zum ersten Mal in Bayern in jeder Kommune über den Ausbau der Kinderbetreuung diskutiert.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Lachen Sie nicht darüber. Das ist wichtig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da haben Sie recht!)

Ich bin froh, dass sich jeder Gemeinderat, jeder Stadtrat mit der Situation der Familien und mit der Kinderbetreuung intensiv auseinandersetzt. Frau Kollegin Tolle, das gibt es sonst in keinem Land. Das halte ich für ungeheuer wichtig. Ich kann mir durchaus den einen oder anderen Bürgermeister vorstellen, der sich noch intensiver der Situation gerade der jungen Frauen beim Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige annimmt, gar keine Frage.

Ich habe im letzten Jahr ungefähr 100 Veranstaltungen durchgeführt, und ich habe intensiv mit den Kommunen vor Ort diskutiert. Ich sage es noch einmal: Die Kommunen müssen eine Bedarfsplanung aufstellen, und bei dieser Bedarfsplanung – das ist sozusagen ein Dreiklang – sind die Wünsche der Eltern zu berücksichtigen. Es ist eine Pflicht, dass bei der Bedarfsplanung die Bedürfnisse der Eltern und ihrer Kinder zu berücksichtigen sind. Das ist sozusagen ein subjektiver Rechtsanspruch des Trägers, der im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz formuliert worden ist.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich ganz wichtig, dass, wenn die einzelnen Betreuungsplätze in den Bedarfsplan aufgenommen worden sind, ein Rechtsanspruch gegenüber dem Freistaat auf die Förderung besteht. Das heißt, wir sind immer dabei für jeden einzelnen Platz, der in die Bedarfsplanung aufgenommen worden ist.

Wir wissen natürlich auch, dass es Urteile vom VGH gegeben hat in Fällen, in denen Kommunen zunächst in den früheren Bedarfsplänen der Regierungen Plätze aufgenommen haben, aber dann nicht bereit waren, die Plätze zu finanzieren.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wahnschaffe?

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Ja.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben eben vom Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass wir bei der Diskussion um das BayKiBiG einen Antrag gestellt hatten, dies im Gesetz zu verankern, und dass die CSU-Mehrheit dies abgelehnt hat?

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Kollege Wahnschaffe, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass ich Ihnen sehr genau den Weg beschrieben habe, den wir von der CSU – übrigens auch unter dem Stichwort Konnexität, darauf legen Sie immer großen Wert – mit einer qualifizierten Bedarfsplanung mit den Kommunen im Boot beschrritten haben. Vor diesem Hintergrund – –

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie haben vom Rechtsanspruch gesprochen!)

– Von einem subjektiven Rechtsanspruch habe ich gesprochen, und vor diesem Hintergrund ist dies auch entsprechend zu bewerten.

Im Bereich Kindergärten sind das doch alles die alten Schlachten, die wir schlagen. Wir sind mittlerweile bei einer Bedarfsdeckung von 99,4 %, und das in allen drei Jahrgängen. Dabei habe ich die schulvorbereitenden Einrichtungen, die heilpädagogischen Tagesstätten

nicht mitgerechnet. Ich kann also insgesamt für Bayern sagen: Wir haben 100 % Bedarfsdeckung bei den Kindergärten schon längst erreicht. Das sollten auch die Damen und Herren von der Opposition zur Kenntnis nehmen.

Wir haben Mitte letzten Jahres eine Bedarfserhebung gemacht. Danach haben wir knapp 32 000 Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen. Das sind nicht ausschließlich Kinderkrippenplätze, sondern auch Betreuungsplätze in den Kindergärten, in Kinderhäusern, und da ist auch die Tagespflege dabei. Wenn ich mir anschau, was sich im vergangenen Jahr, in der zweiten Hälfte 2006, in den Kommunen getan hat beim Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige, dann kann ich nur sagen: Hier sind die Kommunen gemeinsam mit der Staatsregierung wirklich dabei, den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen sowohl quantitativ wie auch qualitativ gewaltig zu verbessern.

Zur SPD will ich sagen, ich lasse mich nicht auf das Jahr 2013 ein oder, wie es im Kinder- und Jugendhilfegesetz steht, auf das Jahr 2010. Ich bin der Ansicht, wir brauchen jetzt dann, im Jahr 2007/2008, die Bedarfsplanung in den Kommunen,

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die zu einem möglichst raschen flächendeckenden Ausbau führt. Genau das ist die Zielrichtung, die der Kollege Herrmann heute noch einmal klargemacht hat und die im Dringlichkeitsantrag verdeutlicht worden ist.

Ich möchte noch etwas sagen zur Argumentation und der Diskussion insgesamt. Mein Ziel ist es – darin bin ich mit Frau von der Leyen einig –, dass wir keine junge Frau, kein junges Ehepaar, Mama und Papa vor die Entscheidung stellen dürfen: Kind oder Erwerbstätigkeit. Das ist das Zentrale, was wir letztendlich in unserer Familienpolitik verwirklichen müssen.

Jedem Elternteil, der sich für ein Kind entscheidet, müssen wir die Möglichkeit eröffnen, ein Kind zu haben und damit gleichzeitig Erwerbstätigkeit zu verbinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das halte ich für unverzichtbar; denn nur dann werde ich die Offenheit bekommen – wobei das nicht das alleinige Rezept ist, darüber sollten wir uns schon im Klaren sein –, dass sich unsere jungen Eltern wieder verstärkt für Kinder entscheiden. Das halte ich für unabdingbar, darin sind wir uns einig. Trotzdem halte ich auch die Wahlfreiheit für notwendig. Wir sollten die institutionelle Kinderförderung nicht gegen die familiäre Kinderbetreuung ausspielen, und das unterscheidet uns ein Stück weit von Ihnen. Ich gebe zu, auch wir haben die Wahlfreiheit nicht immer ernst genommen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist schon mal etwas wert!)

– Man muss darüber offen diskutieren, das ist überhaupt keine Frage. Sie kennen mich, auch ich sage das immer.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Ackermann?

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Von Frau Kollegin Ackermann? – Ja.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Staatsministerin, halten Sie die Wahlfreiheit für gewährleistet, wenn Kinderkrippen landauf, landab fehlen? Welche Mutter kann sich für Kinderkrippen entscheiden, wenn es keine gibt?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die sind viel zu teuer!)

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Kollegin Ackermann, auch dazu sage ich Ihnen ganz klar – wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie es gehört: Die Kommunen sind in der Pflicht. Deswegen müssten Sie sich eigentlich dem Dringlichkeitsantrag des Kollegen Herrmann anschließen, gemeinsam mit dem Freistaat Bayern ein Konzept für ein bedarfsgerechtes Angebot etwa an Kinderkrippen und Kindergärten vorzulegen. Die Kommunen forderten diese Bedarfsplanung, und vor diesem Hintergrund sind sie in der Pflicht, eine qualifizierte Bedarfsplanung zu erstellen.

Frau Kollegin Ackermann, das Problem scheint im Grunde am stärksten in der Landeshauptstadt München auf, wo es ohne Frage für die unter Dreijährigen prozentual mehr Betreuungsplätze gibt. Aber dort habe ich zurzeit die größten Probleme. Von dort bekomme ich von jungen Müttern, die eine Kinderbetreuung suchen, die schwierigsten Briefe, weil sie, wenn ihr Kind zwei Jahre alt ist, dringend wieder erwerbstätig sein müssen, da die Mieten und die Lebenshaltungskosten so teuer sind. Deswegen ist es wichtig, dass sich hier alle Kommunen auf den Weg machen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und Sie schieben es auf!)

– Nein, wir schieben es überhaupt nicht auf. Sie sehen dies auch an unseren Haushaltsansätzen: Wir haben eine kindbezogene Förderung im Jahr 2007 von 580 Millionen Euro, im Jahr 2005 betrug der Haushaltsansatz dafür 564 Millionen Euro; die Haushaltsansätze werden immer gesteigert. Daran sehen Sie, wie wichtig es dem Freistaat ist, dass wir den Kommunen signalisieren: Ihr habt einen Rechtsanspruch auf Förderung, wenn ihr eine qualifizierte Bedarfsplanung erstellt. Sie müssen endlich einmal verstehen, es ist uns ganz wichtig, dass wir die jungen Familien aus dieser Option, entweder Kinder oder Erwerbstätigkeit, herausführen wollen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage?

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Nein, jetzt bitte keine weitere Zwischenfrage mehr.

Ich habe schon zwei Fragen zugelassen, und vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, mich die Gedanken ausführen zu lassen, zumal ich schon zum Ende komme.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Auch da kann nämlich ein gewisses System dahinter stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte deswegen abschließend nochmals sagen: Für uns ist es ganz wichtig, dass wir auf der einen Seite den Wert der familiären Betreuung entsprechend anerkennen und auf der anderen Seite natürlich sagen: Wir brauchen die institutionelle Förderung gerade für unsere jungen Eltern, für die jungen Frauen und Männer, Mütter und Väter, die erwerbstätig sein wollen und müssen. Deswegen hat es keinen Sinn, weiterhin in Schwarz-Weiß-Ideologien zu diskutieren. Das ist ein sehr wichtiges gesamtgesellschaftliches Anliegen. Im „Münchner Merkur“ stand heute übrigens hierzu ein hervorragender Kommentar: Familienfreundlichkeit kann nicht nur die Politik schaffen, sondern Familienfreundlichkeit muss auf die Kommunen und auf die Verantwortung eines jeden Einzelnen heruntergebrochen werden. Wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass wir Kinder nicht als lästig, sondern wieder als Glück empfinden, dass wir sie nicht unter dem Gesichtspunkt betrachten, was sie kosten, sondern darüber diskutieren, was sie uns – jedem Einzelnen und dem Staat – wert sind.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat Herr Kollege Wahnschaffe gebeten. Bitte schön.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem CSU-Antrag darf man schon darüber rätseln, was er eigentlich soll. Frau Kollegin Ackermann hat gemeint: vor Frau von der Leyen und nach Frau von der Leyen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Zeitrechnung!)

Darin stecken ganz andere wichtige Dinge. Leider habe ich Ihre Rede nicht gehört, Herr Kollege Herrmann. Vielleicht haben Sie darüber etwas gesagt.

(Zuruf von der SPD: Nein, nein! – Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Ziffer 1 des CSU-Antrags sorgfältig lesen, stellen Sie fest, dass darin zwei ganz wichtige Erkenntnisse stecken. In Ziffer 1 wird nämlich die Staatsregierung aufgefordert, ein Konzept vorzulegen. Der Umkehrschluss ist: Die Staatsregierung hat kein Konzept.

Die zweite Forderung, die darin steckt, lautet, die Angebote sollten deutlich ausgebaut werden. Herr Kollege

Herrmann, das bedeutet im Umkehrschluss: Wir liegen nicht etwa vorne, sondern hängen nach. Bayern ist im Angebot Schlusslicht, wie die Opposition immer wieder beklagt hat.

Frau Staatsministerin, deswegen sind all die schönen Worte, die Sie auch heute wieder gefunden haben, im Grunde genommen Schall und Rauch, solange Sie Ihren Worten nicht Taten folgen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sprechen davon – daher habe ich mich noch einmal gemeldet –, dass de facto ein Rechtsanspruch bestehe. Wo ist denn der einklagbare Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz?

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe zu, bei den Kindergärten haben wir fast eine Vollversorgung; aber wir haben sie weder bei den Kinderkrippen noch bei den Horten.

Frau Staatsministerin, wir müssen noch mehr differenzieren. Sie haben ein Gesetz gebacken, in dem Sie zwar den Leuten sagen, ihr habt ein Wahlrecht, also das Recht, euch den Kindergarten auszusuchen, ob es sich nun um die Waldkindergärten, die Waldorfindergärten oder sonstige Kindergärten handelt; aber das steht nur als Anspruch da, einfordern dürft ihr es nicht. Die Gastkinderregelung ist nämlich so gestaltet, dass letzten Endes derjenige, der diesen Anspruch durchsetzen will, nicht Recht bekommt, sondern bei den Kommunen scheitert. Wir haben das nachdrücklich in Regensburg erlebt. Frau Staatsministerin, mir ist gesagt worden, Sie hätten in Ebersberg ähnliche „Erfolge“ erzielt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben es immer begrüßt, dass die staatliche Förderung auf Kinderkrippen und auf Kinderhorte ausgeweitet worden ist. Aber Sie haben eines unterlassen: Sie haben die finanzielle Ausstattung dieses Förderpakets so gestaltet, dass kaum mehr herausgekommen ist als das, was bisher allein für die Kinderkrippen zur Verfügung stand. Damit ist die Qualität des gesamten Angebotes geschwächt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen können Sie nicht sagen, Sie hätten ein tragfähiges, neues BayKiBiG geschaffen. Sie haben eine Krücke geschaffen – nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben vor allen Dingen zwei Bereiche sträflich vernachlässigt: Der eine Bereich ist die Gastkinderregelung, den ich bereits angesprochen habe. Der zweite Bereich, eine ausreichende Sprachförderung, ist genauso wichtig. Ich war in dieser Woche in mehreren Kindertagesstätten und habe mir vor Ort das große Problem angehört. Das große Problem, das nach wie vor besteht, ist eine aus-

reichende Sprachförderung, die diesen Namen verdient; denn eine solche Förderung gibt es zwar an Schulen und in Kindergärten, aber beide sind nicht kompatibel. Das Schlimmste aber ist: Es fehlt an der personellen Ausstattung, um dies nachhaltig durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am meisten ärgert mich, dass Sie über ein Problem heute gar nicht gesprochen haben. Wir alle im Ausschuss für Soziales setzen uns parteiübergreifend immer wieder dafür ein, dass Menschen mit Behinderung und vor allem Kinder mit Behinderung das Recht haben, ein so normales Leben zu führen, wie es nur möglich ist. Dazu gehört auch die Integration in den Kindergärten. Was geschieht in der Praxis? Sie haben einen Förderfaktor eingeführt, der vorne und hinten nicht reicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Schlimmste ist aber, dass das Problem mit den Bezirken nach wie vor nicht gelöst ist. Eltern müssen nach wie vor um das Geld streiten, wenn sie ihre Kinder in die Kindergärten schicken. Ich empfinde das als entwürdigend.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sollten Sie sich den Antrag der SPD-Fraktion noch einmal ansehen. Ich glaube, er ist weit zielführender als das, was Sie von der CSU in wolkigen Worten in Ihren Antrag hineingeschrieben haben. Wir brauchen Kinderbetreuungseinrichtungen mit viel Qualität. Dafür müssen wir alle gemeinsam eintreten und nicht nur schöne Worte darüber verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin hat noch einmal ums Wort gebeten.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eben ein Problem, wenn man so viele Zwischenfragen zulässt. Ich wollte zur Integration noch reden, weil mir das Thema persönlich sehr am Herzen liegt.

Herr Kollege Wahnschaffe, Sie wissen, dass wir sehr lange mit den Bezirken über die Rahmenvereinbarungen verhandelt haben und dass die Rahmenvereinbarungen zwischen den Kosten- und den Leistungsträgern so nicht zustande gekommen sind. Wir vom Sozialministerium sind dabei außen vor, denn wir können nur immer schauen, dass die einzelnen Verhandlungsführer zusammenkommen. Die Bezirke haben die Rahmenvereinbarungen zwar empfohlen, gleichzeitig aber gesagt, dass in den einzelnen Bezirken darüber noch einmal verhandelt werden sollte. Vor diesem Hintergrund habe ich jetzt noch einmal ein Gespräch mit allen kommunalen Spitzenverbänden geführt, weil ich es für ungeheuer wichtig halte, dass wir bei der Integration Verbesserungen erzielen.

Zum einen gibt es das Problem, dass die Kommunen die 4,5 plus X am Anfang nicht verstanden haben, wobei wir ununterbrochen darüber aufgeklärt haben, dass mit „plus X“ das Zusatzpersonal gemeint ist, das bislang in den Integrationsgruppen war. Vor diesem Hintergrund glauben die Träger, dass sie die Eingliederungsleistungen gar nicht beantragen müssen, wenn sie das plus X nicht genehmigt bekommen. Grundsätzlich ist das falsch. Sie können trotzdem die Eingliederungsleistungen bei den Bezirken beantragen. Auch das hatte ich gestern unseren Trägern gesagt. Ich hatte ein Gespräch mit der Caritas. Zurzeit funktioniert es in zwei Bezirken sehr gut, nämlich in Unterfranken und in Schwaben. Wichtig ist aber, dass es bei allen Bezirken funktioniert. Da gebe ich Ihnen Recht, dazu müssten die erforderlichen Vereinbarungen auch geschlossen werden.

Dann gibt es noch ein anderes Problem bei Kindern mit Behinderungen bzw. deren Eltern. Auch das möchte ich ganz klar sagen. Hierüber verhandeln wir auch schon am Runden Tisch, der speziell für die Integrationskindergärten eingerichtet worden ist. Eltern, die behinderte Kinder haben, müssen zwei Anträge stellen, einen Antrag auf Frühförderung und einen Antrag auf Eingliederungshilfe. Auch hier möchte ich, dass sich die Sozialhilfeämter der Kommunen und die Bezirke zusammenschließen, damit ein Antrag ausreicht, der dann durchgereicht wird. Dazu haben wir die kommunalen Spitzenverbände noch einmal zu einem Gespräch eingeladen; denn ich bin der Ansicht, dass dieses Problem schnellstmöglich gelöst werden muss. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/7487 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die beiden anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/7501 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Dr. Christoph Rabenstein, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD)
Bamberger Domschatz als Leihgabe zum Bistumsjubiläum – sofortiges Handeln notwendig (Drs. 15/7488)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner: Herr Kollege Dr. Rabenstein, Bayreuth.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag betrifft Bamberg, aber natürlich auch Bayreuth, Oberfranken und ganz Franken. Es geht um die Rückführung des Domschatzes als Dauerleihgabe oder zunächst einmal als Leihgabe. Das Thema hat uns im Maximilianeum schon öfter beschäftigt, aber jetzt wird es allerhöchste Zeit, denn die Ausstellung „1000 Jahre Bistum Bamberg“ wird in gut zwei Monaten in Bamberg beginnen. Wenn wir jetzt nichts tun, wann dann?

(Beifall bei der SPD)

In dem Perikopenbuch Heinrichs II., einer der wertvollsten mittelalterlichen Handschriften, stand vor fast genau 1000 Jahren folgender Satz:

Mit anderen Kleinodien hat König Heinrich dieses Buch in den Schatz des Doms gestiftet, dort sei es eine Zierde für ewige Zeit.

Für ewige Zeiten – es dauerte bis 1802/1803, als im Rahmen der Säkularisation in einem wirklich barbarischen Akt viele Kunstgegenstände zerstört und viele wertvolle Kunstgegenstände aus ganz Franken, wie bekannt, nach München transportiert wurden.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag geht es uns nicht um die generelle Rückführung dieser Kulturgüter nach Franken. Das ist schon seit Längerem Thema hier im Hohen Haus. Das Thema generelle Rückführung wird uns mit Sicherheit auch in Zukunft noch beschäftigen. Heute geht es allein darum, dass die wichtige Ausstellung „1000 Jahre Bistum Bamberg“ mit Exponaten, die in München lagern, bestückt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht also um eine vorübergehende Ausleihe.

Ein kurzer Rückblick: Zunächst gab es eine Auseinandersetzung zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann, der dankenswerterweise die Leihgabe nach Bamberg anmahnte, und Finanzminister Kurt Fallthäuser, der dies geradezu brüsk ablehnte. Ohne Prüfung hieß es, die fragilen Stücke könnten nicht transportiert werden. Wir Franken sind geduldige Menschen, gemütlich, selten aufbrausend, aber

(Susann Biedefeld (SPD): – hartnäckig!)

diese Arroganz aus München hat selbst die CSU im Norden empört. Das muss ich hier deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Günther Denzler, CSU-Landrat in Bamberg und Bezirkstagspräsident in Oberfranken, hat vor allem die Arroganz, mit der sich der Finanzminister wehrt, irritiert und verärgert. Er sagt:

Ich weiß nicht, was sich der Freistaat vergibt, wenn er den Domschatz dahin geben würde, wo er vor 1803 gewesen ist.

So Dr. Günther Denzler, und dem kann ich nur zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion hat in München Druck gemacht. Wir haben zunächst einen Antrag eingebracht, und siehe da, es bewegt sich doch etwas. Vor Weihnachten – also als eine Art Weihnachtsgeschenk – hat unser Noch-Ministerpräsident Dr. Stoiber in seiner Rede im Plenum am 12. Dezember des letzten Jahres erklärt – ich zitiere wörtlich –: „Die Staatsregierung will deshalb, dass zur 1000-Jahr-Feier des Bistums Bamberg aus dem Domschatz mindestens auch die Frauenkrone, die Kunigundenkrone und die Heinrichskrone nach Bamberg kommen.“ Beim CSU-Neujahrsempfang in Bamberg am 18. Januar 2007 nannte Ministerpräsident Dr. Stoiber explizit Exponate, die kommen sollen, nämlich den Achat der Apokalypse, die Elfenbeine aus dem 4. Jahrhundert aus dem Bayerischen Nationalmuseum und fünf Handschriften aus der Bayerischen Staatsbibliothek.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Versprechungen. Doch bis heute ist nur die Frauenkrone zugesagt. Ich muss sagen, das stellt uns nicht zufrieden; denn es dürfte bekannt sein, die Frauenkrone war schon vor wenigen Jahren bei einer Ausstellung in Forchheim zu sehen. Das, was man nach Forchheim gebracht hat, will man noch einmal in Bamberg ausstellen. Wenn das alles ist, enttäuscht mich die Ankündigung des Herrn Ministerpräsidenten außerordentlich.

(Beifall bei der SPD)

Den Versprechungen müssen nun Taten folgen, und zwar möglichst bald, ansonsten ist die Ausstellung gelaufen, und zwar ohne die Exponate aus München.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch eines verdeutlichen. Es handelt sich bei dem Jubiläum „1000 Jahre Diözese Bamberg“ um kein lokales Ereignis oder gar um eine fränkische Angelegenheit. Das ist ein nationaler Festakt. Deshalb sollte es für den Freistaat Bayern eine Selbstverständlichkeit sein, alles zur Unterstützung zu unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das schließt auch Transport- und Versicherungskosten mit ein. Zumindest hier könnte man sich finanziell engagieren und damit zeigen, was einem diese Ausstellung mit nationalem Rang in Bamberg wert ist.

Die Rückkehr der fränkischen Schätze, auch wenn sie nur vorübergehend ist, wäre ein ungeheurer Gewinn für Franken.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Längst beschlossen!)

– Wenn es heißt, das sei längst beschlossen, dann muss ich sagen, richtig, im Hochschulausschuss haben wir das beschlossen. Aber was ist denn passiert? – Bisher ist doch nichts passiert. Deshalb haben wir den Antrag gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch deutlich sagen, die vorübergehende Ausleihe schließt nicht aus, dass wir uns weiterhin für einen dauerhaften Verbleib bestimmter Kunstschatze – nicht aller, aber bestimmter – einsetzen werden. Es geht um Kunstgegenstände, die in München verstauben, aber in Franken als wahre Juwelen präsentiert werden könnten. Damit wir das, was ich zusammengefasst habe, noch einmal verdeutlichen und unterstreichen, bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Meine Damen und Herren, ich darf kurz eine Bitte des Stenografischen Dienstes weiterleiten. Die Niederschriften des zweiten Teils der heutigen Sitzung können nicht mehr rechtzeitig zum Sitzungsende fertiggestellt werden. Nächste Woche ist sitzungsfrei. Deswegen möge sich derjenige, der seine Rede korrigieren will, eines der gelben Formulare hier vorn beim Stenografischen Dienst abholen, damit die Korrekturabschriften nach Hause geschickt werden können. Dann haben Sie wenigstens etwas Vernünftiges zu tun während der Faschingswoche. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Nadler.

Walter Nadler (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen, welche Blüten die Sache treibt und wie weit die Ökumene schon ist. Da sind zwei Vertreter aus dem evangelischen Bayreuth, die sich für den Domschatz in Bamberg einsetzen. Herr Kollege Dr. Rabenstein, der als evangelischer Vertreter die Angelegenheit nicht ganz im Überblick hat, stellt fest, dass mit Bamberg und Bayreuth Oberfranken betroffen ist. Ich muss sagen, betroffen sind auch Teile Mittelfrankens und der Oberpfalz, wenn wir das Bistum insgesamt betrachten. Wenn Sie sagen, das, was momentan läuft, stellt uns nicht zufrieden, dann frage ich mich: Wer ist denn „uns“?

Man sollte doch hier nicht das Vermischen beginnen. „Uns“, ist das die SPD zusammen mit dem Bistum? Ist das Franken zusammen mit dem Bistum? – Verwechselt man hier etwas, was eventuell in die Richtung des Fränkischen Bundes geht, mit der Ausstellung selbst, sodass das mit dem Bistum selbst nichts mehr zu tun hat? An all dem sehen wir deutlich, dass Ihre Rede, Herr Kollege Dr. Rabenstein, sehr flüssig war, für mich sogar überflüssig.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie Sie!)

– Zu Ihnen komme ich noch, Frau Kollegin Biedenkopf.

(Susann Biedefeld (SPD): Schon gut, Herr Kollege Nadler!)

Wenn wir über diesen Antrag reden, dann muss ich Ihnen sagen, der Antrag kann nur für einen Tag gestellt worden sein wie den heutigen, nämlich für einen „Unsinnigen Donnerstag“.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Rabenstein hat – wenn auch nur mit Halbsätzen – darauf hingewiesen, dass wir im Hochschulausschuss einen SPD-Antrag, der in die Richtung geht, die wichtigen Dinge nach Bamberg zu bringen, einstimmig verabschiedet haben. Wir haben auch einen CSU-Antrag einstimmig verabschiedet, der noch weiter geht und besagt, es soll festgestellt werden, wo überall noch Kulturschätze aus Bamberg und Franken sind, die gegebenenfalls in anderen Orten in Franken im Rahmen von Museumskonzepten gezeigt werden können.

Meine Damen und Herren, im vorliegenden Dringlichkeitsantrag wird gefordert, die Staatsregierung solle den Aus-sagen des Ministerpräsidenten vom 12. Dezember Taten folgen lassen. Warum informieren Sie sich denn nicht? – Der Ministerpräsident hat die Minister Prof. Dr. Falthausen und Dr. Goppel beauftragt, in der Angelegenheit die weiteren Verhandlungen zu führen. Da ist doch etwas geschehen. Nach meiner Kenntnis hat der Ministerpräsident auch ein Gespräch mit seiner Königlichen Hoheit Herzog Franz, dem Vorsitzenden der Wittelsbacher Landesstiftung, der Eigentümerin des Domschatzes, geführt. Auch da ist doch etwas geschehen, auch nach der Aussage hier im Plenum.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Nadler, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Biedefeld?

Walter Nadler (CSU): Im Moment nicht.

(Susann Biedefeld (SPD): Weil er die Antwort nicht weiß!)

– Aber selbstverständlich.

Darüber hinaus hat der Ministerpräsident wiederholt auch in Bamberg – auch das ist vorhin gefallen – erklärt, dass er vom Grundsatz her in der Sache mit uns einig ist, dass etwas geschehen muss. Nur, meine Damen und Herren, der Eigentümer ist nicht der Freistaat. Darüber hinaus müssen die Gutachter gehört werden. Gutachter wurden nämlich auch beauftragt. Auch hier ist etwas geschehen. Es wurden sogar internationale Gutachter beauftragt, damit keine Vorwürfe kommen, das seien wieder die Münchner.

Meine Damen und Herren, die Stellungnahme der internationalen Gutachter wollen wir abwarten, weil wir alle – doch sicher auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD – daran interessiert sind, dass diese Kulturgegenstände unversehrt bleiben. Fest steht – auch ich betone

das –, die Frauenkrone kommt nach Bamberg. Aber was geschieht denn, Frau Biedefeld? – Sie nennen die Leute, von denen Sie etwas haben wollen, Beuteräuber.

(Susann Biedefeld (SPD): Ja!)

So gehe ich aber mit Menschen, von denen ich etwas möchte, nicht um. Das ist das kleine Einmaleins des Anstandes.

(Susann Biedefeld (SPD): Aufgrund der arroganten Äußerungen des Finanzministers Falthausen!)

– Sie haben mit „Beuteräuber“ ganz andere gemeint als den Finanzminister.

(Susann Biedefeld (SPD): Der Domschatz gehört nach Bamberg! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Warum ist der Domschatz dann in München?)

Glauben Sie, dass solche Titulierungen hilfreich sind, wenn man von jemandem etwas haben will? – Mit Sicherheit nicht. Sie bekommen für solche Äußerungen im besten Fall Beifall von mit Scheuklappen behafteten Separatisten des Fränkischen Bundes, von niemandem sonst.

Bislang scheint mir, meine Damen und Herren, der gute Wille der Wittelsbacher Landesstiftung vorhanden zu sein. Denken Sie an die seinerzeitige Ausleihung des Heinrichschwerts, an die bereits vorliegende Zusage für die Frauenkrone und das Angebot der Staatsregierung – auch das möchte ich erwähnen –, drei Domschatzbücher im Wert von mehr als 140 Millionen Euro nach Bamberg zu geben, so man sie dort haben möchte. Diejenigen, die die Ausstellung durchführen, sollten sagen dürfen, was nach Bamberg kommen soll und was sie verkraften können.

(Susann Biedefeld (SPD): Die Wunschliste steht doch längst fest!)

Über Versicherungsangelegenheiten und Ähnliches wurde überhaupt nicht geredet.

Ich erinnere daran, dass über 50 Objekte, lieber Kollege Rabenstein, des Domschatzes in Bamberg aufbewahrt werden. Darunter sind die weltweit einmaligen und unschätzbar wertvollen Kaisermäntel von Heinrich und Kunigunde.

Noch einmal zum Mitschreiben, meine Damen und Herren von der SPD: Der Ministerpräsident legte Herzog Franz gegenüber in einem Gespräch seine Grundhaltung zur Thematik dar. Der Ministerpräsident beauftragte die Minister Falthausen und Goppel mit den weiteren Verhandlungen. Internationale Gutachter wurden beauftragt. Der zuständige Ausschuss verabschiedete einstimmig zwei Anträge. Bamberg erhält die Zusage hinsichtlich der Frauenkrone und weitere Angebote.

Bei diesem Stand der Dinge, dass nämlich alles, was nur möglich ist, getan worden ist und getan wird, kann

ich einen solchen Antrag nur als Schaufensterantrag par excellence bezeichnen. So etwas habe ich noch nicht gesehen und hier im Hause noch nicht erlebt, dass vor 14 Tagen zwei Anträge von zwei großen Fraktionen einstimmig verabschiedet werden, und man sich dann der Lächerlichkeit preisgibt und versucht, noch einmal einen weiteren Antrag, der in die gleiche Richtung geht, durchzusetzen. Dieser Antrag ist überflüssig, er geht ins Leere. Ich empfehle die Ablehnung.

(Susann Biedefeld (SPD): Der Antrag zielt auf konkrete Maßnahmen!)

Der Bamberger Bürgermeister freut sich über die Zusage für die drei Bücher. Wenn alles gutgeht, sollten wir diese dort hingeben. Damit haben wir unabhängig von der Ausstellung Kulturgut nach Franken gegeben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich das Wort der Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen des Kollegen Nadler stelle ich fest, dass nach wie vor vertröstet wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Verantwortlichen der Stadt Bamberg und des Erzbistums haben keinerlei Informationen. Am 9. Februar 2007 waren wir alle bei einem Termin zusammen. Sie waren leider nicht dabei, obwohl Sie auch eine Einladung hatten. Nach wie vor gibt es keine konkrete Aussage. Wir haben heute den 15. Februar 2007. Die Ausstellung wird am 12. Mai 2007 eröffnet. Von den Verantwortlichen weiß niemand Bescheid, was tatsächlich nach Bamberg kommt. Ich verweise darauf, dass die Wunschliste, die Sie vermissen, längst vorliegt. Sie sollten sich informieren und Ihren Worten endlich Taten folgen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Nadler darf darauf antworten.

Walter Nadler (CSU): Dazu ist zu sagen, dass wir Gutachter beauftragt haben und dass die Gutachten betreffend die Heinrichskrone und die Kunigundenkrone nötig sind. Die Staatsregierung hat das im Auftrag des Hohen Hauses erledigt. Sobald diese Gutachten vollständig vorliegen –

(Joachim Wahnschaffe (SPD): 2010!)

zwei liegen vor, ein drittes steht aus – kann darüber entschieden werden, was mit den Dingen, die uns nicht gehören, passieren soll.

(Susann Biedefeld (SPD): Weil sie den Bambergern geraubt worden sind!)

Würden sie uns gehören, wären die Entscheidungen längst gefallen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl. Bitte schön.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Der Antrag der SPD ist richtig, soweit er Staatsregierung und CSU nach vollmundigen Ankündigungen in die Pflicht nimmt. Eigentlich kann es nur im Sinne der Staatsregierung und der CSU sein, wenn wir in der Vollsitzung und nicht nur im Ausschuss Ihnen unseren Willen gemeinsam mit auf den Weg geben und den Rücken stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sowohl Herr Stoiber als auch Herr Herrmann bekunden bei den verschiedensten Gelegenheiten ihre Verbundenheit mit Franken und versprechen Taten. Sie müssen sich deshalb heute fragen lassen, ob immer noch die Devise gilt „ein Mann ein Wort“, „eine Frau ein Wort“ oder ob man mittlerweile in der Staatskanzlei für den Ministerpräsident die Devise hat umschreiben müssen in „ein Mann, viele viele viele viele Wörterle“.

Der Antrag der SPD ist nur bedingt richtig, als er die eigentliche Debatte, die wir hier in Bayern führen müssen, nicht oder allenfalls symbolisch zum Thema hat. Bayern braucht nämlich eine Kulturdebatte, die gerade auch einen Blick für die Bedingungen in den Regionen hat; eine Kulturdebatte, die nicht nur den Bau schöner Fassaden zum Inhalt hat, sondern auch die Arbeit, die hinter diesen Fassaden geleistet werden soll. Als Nürnbergerin weiß ich, wovon ich spreche. Wir haben ein wunderschönes neues Museum, aber wir haben niemals Geld für Ankäufe bekommen. Wir haben darunter gelitten, dass viele Jahre – fast ein Jahrzehnt – Zuschüsse aus München für Kulturarbeit deswegen nicht mehr fließen durften. Die Debatte zur Design-Abteilung erspare ich uns.

(Zuruf des Abgeordneten Walter Nadler (CSU))

Hier war eindeutig die Verweigerungshaltung Münchner Kuratoren zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Kulturdebatte um die Begrifflichkeit selbst, um die Leitkultur. Was verstehen wir unter Kultur in den Regionen? Wir brauchen eine Kulturdebatte, die sich nicht nur mit der sogenannten Hochkultur, zum Beispiel Theater oder Orchesterlandschaft, befasst, sondern auch damit, wie sich Initiativen vor Ort stärken lassen, wie wir sie über das hinaus fördern können, was bisher stattfindet.

Diese Debatte findet leider immer nur anhand von Einzelfällen, anlässlich von Festlichkeiten oder besonderen Anlässen statt, wie heute auch wieder. Die Kulturförderung in den Regionen braucht eine konzeptionelle Grundlage und nicht nur Museumseröffnungen. Wobei ich gestehe, Herr Staatsminister Goppel, Ihren Reden, etwa

bei der Eröffnung im Museum Fürth, lausche ich gerne. Sie sind sehr humorvoll. Das aber, denke ich, reicht für Kulturförderung nicht.

(Walter Nadler (CSU): Kommen Sie zu Bamberg!)

Es wurde ein Prüfauftrag erteilt, Herr Kollege, allerdings nicht mit der Intention, wir Mitglieder des Landtags wollen, dass anlässlich der Sonderausstellung in Bamberg Teile des Bamberger Domschatzes der Stadt und der Kirche ausgeliehen werden. Daran hakt es. Sagt uns Ihr Gutachter, wie das gehen kann? – Diese Intention hat man in den Prüfauftrag leider nicht geschrieben. Man hat es den Museumskuratoren überlassen zu entscheiden, ob überhaupt ausgeliehen werden sollte. Bei dieser Fragestellung und bei Kenntnis der Psyche von Museumskuratoren ist eigentlich ganz klar, wie die Antwort ausfallen wird. Wir kennen die Befindlichkeiten. Ich bin sicher, dass die jetzt noch ausstehenden Gutachten sehr ähnlich wie die bisherigen argumentieren werden.

Meine Herren und Damen, wir kommen bezüglich des Bamberger Domschatzes um eine politische Entscheidung nicht herum. Wir müssen entscheiden. Sie, CSU-Mehrheit und Staatsregierung, müssen entscheiden, welchen Aufwand Sie bereit sind zu betreiben und wie viel Geld Sie in der Region einsetzen wollen. Hierbei sind, das bestreitet niemand, rechtliche Bedingungen zu berücksichtigen. Ich fände es in diesem Zusammenhang sehr spannend zu diskutieren, wie die Rechte des Hauses Wittelsbach ausgestattet sind und ob die Privilegien und finanziellen Zuschüsse an das Haus Wittelsbach tatsächlich noch zeitgemäß sind. Das war oft genug Thema im Haushaltsausschuss. Das würde den Rahmen hier sprengen.

Wohl aber müssen wir hier diskutieren, wie viel Geld und Aufwand Ihnen unsere Region Franken wert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich erlaube mir festzustellen, dass die Ausgaben für München hoch und im Vergleich dazu die Ausgaben für Franken relativ gering sind. Ich weiß natürlich, dass jetzt wieder eine Auflistung kommen wird, was alles nach Franken transportiert wurde. Trotzdem sind die Ausgaben für Franken relativ gering. Ich erlaube mir die Spitze, dass dies vielleicht damit zusammenhängt, dass man sich in München von der Monarchie noch immer nicht ganz getrennt hat. Hier braucht man immer noch Prunkfassaden, die neu installiert oder restauriert werden. Wir haben das beim Papstbesuch erlebt, als sich der Ministerpräsident à la Königsfamilie in Prunkräumen ablichten ließ. Die Zeiten der Monarchie sind aber vorbei. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in der Kulturpolitik andere Wege gehen müssen.

Die nächsten Hochglanzprojekte sind bereits in Planung. Ich denke dabei an das Brandhorst-Museum, für das insgesamt 60 Millionen Euro aufgewandt werden. Ich denke auch an den Konzertsaal im Marstall. Ich rate Ihnen dringend, in diese Planungen die Erfahrungen, die Sie mit der Kostenexplosion im Falle der Neuen Pinakothek gemacht haben, einzubeziehen. Ich hoffe, dass Sie aus diesen im

wahrsten Sinne des Wortes bodenlosen Entwicklungen gelernt haben.

Können Sie sich noch erinnern, dass die Staatsregierung für den Boden der Neuen Pinakothek im Nachhinein 2,5 Millionen DM lockermachen musste? Um die zusätzlichen Kosten zu senken, wurde dann auf den Feinschliff verzichtet, sodass der Boden heute in einem desolaten Zustand ist. Das Geld, das hier verbaut worden ist und künftig noch verbaut werden soll, hätte ich gerne in der fränkischen Region gesehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Herren und Damen, wir Franken und Fränkinnen sind bescheiden, aber wir sind nicht blöd.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir können rechnen, und wir sehen, was in oberbayerische Schlösser und was in fränkische Burgen investiert wird. Gerade in Mittelfranken gäbe es einige Bauwerke, die dringend einer neuen Farbe bedürften. Ich fordere Sie auf, bekennen Sie sich zu den Farben Rot und Weiß, nicht nur verbal, sondern auch mental. Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine verfahrensleitende Anmerkung: Nach der Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag über den Bamberger Domschatz wird noch der Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zum Transrapid aufgerufen. Die Fraktionen haben sich aber geeinigt, nicht mehr in die Aussprache einzutreten. Über den Antrag wird dann sofort und unmittelbar abgestimmt. Ich sage das nur, damit die Fraktionschefs und die Fraktionen Bescheid wissen.

Ich habe noch eine persönliche Anmerkung: Ich stelle fest, dass erstaunlicherweise heute sehr viele männliche Kollegen ohne Krawatte hier sind, was eigentlich nicht unserer Etikette entspricht. Ich hätte noch eine Krawatte hier, wenn Sie eine haben möchten.

(Heiterkeit)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz noch zu Herrn Kollegen Walter Nadler: Wem gehört der Bamberger Domschatz? – Dieser Schatz gehört nicht einer Privatperson, sondern der bayerischen Bevölkerung insgesamt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine zweite Bemerkung: Der Erfolg stellt sich erst ein, wenn die Exponate in Bamberg sind und nicht, wenn wir hier irgendeinen Antrag verabschieden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nun zu den Begriffen „flüssig“ und „überflüssig“. Ich wäre heilfroh, wenn meine Rede so überflüssig wäre, wie sie dargestellt wurde, und die Exponate, wie das Herr Dr. Stoiber versprochen hat, nach Bamberg kämen. Dann bin ich zufrieden und sage: *Mea culpa, mea maxima culpa*. Dann war die Rede überflüssig.

Eine letzte Bemerkung zu dem Gutachten: Wir wissen, wie es läuft, wenn wir ein Gutachten in Auftrag geben. Wir wissen auch, wie es läuft, wenn bestimmte Leute etwas nicht wollen. Ich werde den Eindruck nicht los, dass Sie sich auf den Standpunkt zurückziehen, dass Sie zwar etwas versprochen hätten, aber die Gutachter dies nicht ermöglichten. Deshalb möchte ich noch einmal den CSU-Fraktionsvorsitzenden Herrmann zitieren. Er hat wörtlich gesagt: „Warum ist es möglich, das Gold der Pharaonen weltweit zu versenden und den Bamberger Domschatz nicht?“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Minister Dr. Goppel.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Antrag der SPD wäre richtig, wenn die CSU vollmundig etwas erklärt hätte, was sie nicht einhält. Herr Kollege Dr. Rabenstein, *tua optima culpa, nicht tua maxima culpa*. Die CSU kann schlecht etwas nach Bamberg liefern, was die zuständige Diözese eigentlich gar nicht will.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir wissen doch, was sie will!)

– Interessant ist nicht, was Sie wollen, sondern was die Diözese will; denn die Diözese stellt aus, sonst niemand. Und deren Konzept ist entscheidend.

(Susann Biedefeld (SPD): Wissen Sie, was die Diözese will?)

Die Diözese hatte mir geschrieben, dass sie die Frauenkrone wolle. Die kriegt sie. Mehr wollte sie ursprünglich nicht. Die Diözese hatte sonst nichts bei uns beantragt. Sie ist von den Abgeordneten dieses Hohen Hauses gebeten worden, mehr zu beantragen. Der Erzbischof hat jedoch mehr Ahnung von Denkmalpflege als Sie und hatte deswegen keinen Antrag für die Kunigunden- und die Heinrichskrone gestellt. Er hat dazu erklärt, dass er diese Kronen doch nicht bekommen würde, weil sie aus Gründen der Denkmalpflege nicht transportabel seien.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Biedefeld?

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Wir haben keine Zeit.

Das erste Kapitel lautete: Was will der Aussteller? Der Aussteller hatte nicht beantragt, das auszustellen, wor-

über die Kollegen im Landtag seit Wochen diskutieren. Sie wünschen ständig eine neue Liste. Irgendwann ist diese Liste zu Ende.

(Susann Biedefeld (SPD): Unglaublich! – Warum sagen die zwei Bamberger Kolleginnen und Kollegen nichts, die am letzten Freitag in Bamberg waren?)

– Das ist nicht unglaublich, sondern das ist die Realität. Was in Bamberg ausgemacht wird, ist uninteressant. Ich brauche einen schriftlichen Antrag. Den habe ich nicht. Ich bin der zuständige Minister. Wenn ich einen Antrag habe, wird – soweit rechtlich und fachlich möglich – ausgestellt. Was irgendwo erklärt wird, interessiert mich nicht.

Wir haben auf Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten alle Anträge geprüft, die hier genannt worden sind. Wir haben erklärt, dass die Diözese alle Stücke, die im Besitz des Freistaates sind, ohne Ausnahme bekommt, wenn sie dies will. Die Diözese hat keinen Antrag gestellt. Wenn Sie etwas zu Hause erklären, spielt das keine Rolle.

Der Ministerpräsident hat erklärt, dass geprüft wird, ob die drei Kronen zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Frauenkrone bleibt es bei der ursprünglichen Zusage. Bei der Kunigunden- und der Heinrichskrone gilt, dass ihre Transportfähigkeit geprüft werden muss. In zwei Gutachten wird die Transportfähigkeit verneint. Das dritte Gutachten wird dieses Ergebnis aller Voraussicht nach bestätigen.

Ich kann hochrechnen, was bezahlt werden muss. Die beiden Kronen sind unversicherbar, das heißt, wir bräuchten eine Staatshaftung. Bei einem brüchigen Metall muss geklärt werden, ob es transportierbar ist. Hier geht es nicht um die Frage, ob die Transportfähigkeit für den Hintransport oder für den Rücktransport besteht. Herr Kollege Dr. Rabenstein, wenn Sie fordern, dass der Staat diese Haftung übernehmen sollte, geben Sie auf die Schnelle Millionenbeträge aus. Unversicherbar heißt nämlich, dass es um Beträge in zwei- und dreistelliger Millionenhöhe geht. Wenn Sie so etwas wollen, müssen Sie laut sagen: *Tua optima culpa*.

Herzog Franz ist gefragt. Er hat ausdrücklich in einem Gespräch mit dem Herrn Finanzminister und mir erklärt: Wenn die Gutachter erklären, dass transportiert werden kann, stimme ich zu. Ich lasse auch neue Gutachten gelten, obwohl ich genügend alte habe, die bestätigen, dass es nicht geht. Dass wir den Herzog mit solchen Anträgen ganz besonders erfreuen, brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Die Kronen sind im Eigentum der Wittelsbacher Landesstiftung. Wenn es einmal keinen Wittelsbacher mehr geben wird, wird dieser Besitz dem Freistaat zufallen.

In München wird alles ausgeliehen, was dem Freistaat gehört, wenn es die Diözese will. Es gibt jedoch keinen diesbezüglichen Antrag der Diözese. Das wurde mir ausdrücklich erklärt. Die drei Kronen wären schön. Dann gibt es noch einen weiteren Gegenstand, der recht wäre. Inzwischen ist der Stand: Wenn zwei oder drei von den Büchern dazukommen, wäre die Diözese damit einver-

standen. Die Diözese kriegt diese Bücher jedoch nicht auf Ihren Wunsch, sondern letztlich, weil wir sie anbieten.

Machen Sie den Freistaat nicht dauernd schlecht, nur weil Ihnen das ins Konzept passt. Der Freistaat arbeitet an dieser Stelle mit allem Nachdruck für die Umsetzung der Aussage des Ministerpräsidenten und anderer. Wenn es nicht finanzierbar und von der Diözese partiell nicht gewollt ist, können Sie von mir verlangen, was Sie wollen.

Ich werde es nicht erledigen. Ein Antrag der SPD, den ich umsetzen soll, dessen Umsetzung aber an der Unversicherbarkeit scheitert, mag zwar Ihrem Verständnis vom richtigen Einsatz von Geld entsprechen, aber nicht meinem.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, bleiben Sie bitte am Rednerpult; denn ich erteile Frau Kollegin Biedefeld für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Susann Biedefeld (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass am vergangenen Freitag, 9. Februar, viele Repräsentanten aus Franken, weit über Oberfranken hinaus, auch Repräsentanten der CSU und der CSU-Landtagsfraktion, im Bamberger Rathaus zusammengekommen sind? Dort wurde von Prälat Göller sehr detailliert klar und deutlich dargestellt, was vonseiten des Erzbistums hinsichtlich dessen, was in der Jubiläumsausstellung gezeigt werden soll, beantragt wurde. Sind Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen? Wenn nicht, bitte ich Sie, mit den zwei Kollegen aus Bamberg, die am Freitag dabei waren – mit der Kollegin Huml, sie ist leider nicht da; ich stelle fest, es ist keiner der Bamberger Kollegen anwesend – nochmals Rücksprache zu nehmen.

Das war keine Frage, sondern eine Zwischenbemerkung; bitte aufpassen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, selbstverständlich nehme ich das zur Kenntnis, und ich bin auch bereit, Ihnen zu erklären, weshalb ich an dieser Stelle eine abweichende Meinung habe. Herr Prälat Göller, der der Beauftragte des Erzbischofs für diese Frage ist – ich habe vorhin gesagt, der Erzbischof hat keinen Antrag gestellt; ich werde nicht sophisticated, keine Angst, möchte aber dies deutlich sagen –, hat mir ausdrücklich gesagt: Ich habe das überlegt und in der Planung für die Konzeption verworfen. Wir müssen mit der Ausstellung in zwei Monaten ins Geschäft gehen. Es macht keinen Sinn, mit euch bis zum letzten Tag zu diskutieren. Deswegen beantrage ich das gar nicht. Das war die einzige Aussage, die ich von ihm kannte. Wenn er Ihnen erklärt, dass er das lieber anders gehabt hätte, dann mag das richtig sein, aber

lieber anders haben wollen und beantragen sind zwei Paar Stiefel. Ich konnte nur tun, was mir als Auftrag mitgegeben worden war. Mehr geht nicht.

Die Frauenkrone wird auf jeden Fall ausgestellt. Bei den beiden anderen Kronen geht das technisch nicht; Sie können in Wien, London oder Berlin nachfragen. Das ist nicht meine Meinung. Ich habe damit gar nichts zu tun. Herr Kollege Faltlhauser hat einmal in der Öffentlichkeit auf die Transportprobleme bei der Stauothek hingewiesen. Die dünnen, filigranen Dinge beim Metall seien gefährdet und auch die Verbindung mit dem Holz, so die Experten. Ich will Ihnen das ausdrücklich sagen. Ich habe noch dreißig Sekunden, und wenn Sie mich noch ein bisschen reizen, sage ich Ihnen noch mehr.

Ich möchte ausdrücklich festhalten: Sie stellen Anträge, obwohl Sie wissen, dass sie am Thema vorbeigehen. Ihr Antrag ist somit überflüssig. Die Staatsregierung tut alles, um mit Ihnen der Diözese zu helfen. Die Staatsregierung wird sich um alles kümmern, was notwendig ist, aber sie kann nicht mehr leisten, als man von ihr verlangt.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Vorbei an den Menschen, vorbei vor allem an den Franken!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. – Frau Kollegin Huml, Sie übersehe ich normalerweise nicht. Wozu melden Sie sich? Zu einer Zwischenfrage? Die CSU hat noch eine Redezeit von neun Sekunden.

(Zuruf der Abgeordneten Melanie Huml (CSU))

Zu einer persönlichen Erklärung dürfen Sie auch nach vorne kommen.

Melanie Huml (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Ich wollte nur auf die Ausführung der Kollegin Biedefeld kurz anmerken: Herr Kollege Heiner Rudrof liegt erkrankt im Bett und ich war bis vor einigen Sekunden anwesend und habe allen sehr wohl zugehört.

(Susann Biedefeld (SPD): Bei meiner Intervention waren Sie nicht im Raum!)

Während Ihrer Intervention wollte ich Herrn Kollegen Rudrof kurz informieren und fragen, welche Informationen er über die Sache, zu der Sie intervenieren wollten, hat. Das war der Hintergrund.

(Susann Biedefeld (SDP): Sie waren am Freitag dabei, nicht Herr Kollege Rudrof!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ganz ruhig bleiben. Wollen Sie noch eine Erklärung abgeben, Frau Kollegin Huml?

Melanie Huml (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Wir sind sehr wohl dabei gewesen. Ich weiß nicht, ob Sie jedes Wort von Herrn Göller – –

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich stelle fest, dass wir uns geschäftsordnungsmäßig in einem luftleeren Raum befinden.

Melanie Huml (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Kern meiner Aussage war: Bamberger Abgeordnete nehmen das Thema sehr ernst, und wir, das heißt alle Bamberger, haben uns sehr wohl dafür eingesetzt. Wir waren deswegen gemeinsam in Bamberg, weil uns das Thema wichtig ist. Es sind alle Fraktionen zusammen gewesen. Auch im Ausschuss haben alle Fraktionen gemeinsam für den Domschatz gekämpft. Wir empfinden es deswegen als seltsam, wenn jetzt solche Schaufensteranträge populistisch nachgereicht werden. Wenn wir uns im Vorfeld alle einig sind, ist es doch sehr seltsam, dass ein solcher Antrag in dieser Form noch nötig ist.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Stimmen Sie zu, dann beweisen Sie, wie ernst es Ihnen ist!)

Wir waren im Ausschuss sowie bei dem Treffen in Bamberg einer Meinung.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Wenn es Ihnen ernst ist, können wir gemeinsam dem Antrag zustimmen!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich glaube, jetzt sind alle Meinungen ausgetauscht. Damit komme ich jetzt endgültig zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/7488 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die

CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Eine Enthaltung; Frau Huml enthält sich der Stimme. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur Abstimmung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg, u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transrapid – Planfeststellungsverfahren vor dem Hintergrund der unwahrscheinlichen Projekt-Realisierung einstellen (Drs. 15/7489)

Alle Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass keine Aussprache stattfindet. Deswegen lasse ich gleich über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/7489 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die restlichen Dringlichkeitsanträge 15/7490, 15/7491, 15/7494, 15/7492, 15/7496 und 15/7493 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich darf noch den Abgeordneten Johannes Strasser begrüßen, unseren ehemaligen Kollegen aus dem Landtag – herzlich willkommen! –, und schließe die Sitzung. Einen schönen Feierabend und einen schönen Fasching!

(Schluss: 15.47 Uhr)

TOP 4 – Verweisung der in Erster Lesung beratenen Gesetzentwürfe

Das Plenum hat am 15.02.2007 beschlossen, die nachstehenden Gesetzesentwürfe federführend an folgende Ausschüsse zur Weiterbehandlung zuzuweisen:

Erste Lesungen **OHNE** Aussprache:

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Schlichtungsgesetzes
Drs. 15/7397

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

2. Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zur Regelung des Jugendstrafvollzugs im Freistaat
Bayern (BayJStVollzG)
Drs. 15/7334

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

3. Gesetzentwurf der Staatsregierung
eines Bayerischen Hochschulzulassungsgesetzes
Drs. 15/7387

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag des Abgeordneten Klaus Wolfrum SPD
 Beteiligung des Freistaats Bayern an der Bäderhaus GmbH Bad Alexandersbad
 Drs. 15/5540, 15/7378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	A

2. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Dr. Hildgard Kronawitter, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
 Marketing für „Niedrigpreis-Angebote“ im bayerischen Tourismus
 Drs. 15/6383, 15/7403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Bericht zur Arbeit des Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“
 Drs. 15/6568, 15/7381 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Susann Biedefeld, Herbert Müller u.a. und Fraktion SPD
 Information des Landtags über Kontrollbericht der EU-Kontrollure zu bayerischen Fleischbetrieben
 Drs. 15/6941, 15/7377 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. und Fraktion SPD
 Honorarkräfte an den Schulen endlich vertraglich absichern und vor allem bezahlen!
 Drs. 15/6830, 15/7447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

